Einheit und Widerspruch

Theoretisches und Diskussionsorgan der Partei der Arbeit Österreichs (PdA)

Heft 2 – Februar 2015

PdA Partei der Arbeit
www.parteiderarbeit.at

Vorwort

Die Aufgabe einer kommunistischen Partei ist es, jene Ideen zu stärken, die für eine progressive Veränderung der Welt grundlegend sind. Dies geschieht durch die forcierte Durchdringung dieser Ideen und der Gründe, weshalb sie wichtig und richtig sind, sowie mittels ihrer Verbreitung, durch welche sie materielle Kraft erlangen können. *„Die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.“*[1] In gradualisierter Form: Je größere Teile der Massen eine Theorie ergreift, desto stärker ist sie.

Auch die Frage, welche Ideen für eine progressive Veränderung der Welt grundlegend sind, lässt sich gradualisieren. Als Beispiel: Ein wenig außerhalb steht etwa die Überwindung religiöser Vorstellungen. Mit ihr eng wechselwirkend, hingegen aber ganz im Kern steht die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus. Von ihr hängt ab, ob überhaupt wieder historischer Fortschritt möglich wird – der keiner ist, wenn er sich wie im Spätkapitalismus weitgehend auf Teilgebiete des technischen Fortschritts beschränkt. Es gibt nur die Alternativen Sozialismus oder Barbarei, und welchen der beiden Wege die Menschheit einschlagen wird, ist noch offen.

Die Revolution ist unser Ausgangspunkt: Ihr widmen die Revolutionäre die volle Aufmerksamkeit, die gesamte revolutionäre Praxis (welche die Theorie einschließt) orientiert sich daran, der Herbeiführung und anschließenden Festigung der sozialistischen Revolution zu dienen.

Die materiellen Bedingungen für den Sozialismus sind bereits seit langem gegeben. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sind schon längst *„aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte [...] in Fesseln derselben“*[2] umgeschlagen. Der Sozialismus ist überfällig. Ausständig ist, dass die Klasse „an sich“ zur Klasse „für sich“ wird, dass Partei, Klasse und Volk die Notwendigkeit des Sozialismus sowie dessen Bedingungen und Charakteristika bestmöglich verstehen lernen und sich für die Ausnützung einer revolutionären Situation und den Aufbau des Sozialismus rüsten. Dazu gehört, neben den allgemeinen Prinzipien der revolutionären Theorie und Strategie auch das jeweilige Land möglichst genau zu kennen, um diese Prinzipien überhaupt anwenden und die Möglichkeit und Notwendigkeit des Sozialismus in mobilisierender Absicht öffentlich plausibel machen zu können.

Schon die erste Ausgabe der „Einheit und Widerspruch“ wurde diesen Ansprüchen sowie ihrem Namen gerecht. In der vorliegenden zweiten Ausgabe ist vor allem Letzteres noch deutlicher der Fall. Divergierende Akzentuierungen und widersprechende Ansichten sind durch das gemeinsame Motiv geeint, die Bedingungen für das Erstarken der Partei und der Klassen- und Massenbewegung, letztlich für den Übergang zum Sozialismus sowie den besten, weil direktesten Weg zur Erfüllung dieser Bedingungen ausfindig zu machen.

Die „Thesen über die heutige Situation der österreichischen Arbeiterklasse und die prinzipielle Orientierung auf sie“ von

In dieser Ausgabe:

2 *Helmuth Fellner:* Thesen über die Arbeiterklasse
3 *Selma Schacht*: Klassentheorie – Klassenanalyse – Arbeiterklasse
7 *Tibor Zenker:* Zur antimonopolistischen Strategiediskussion
12 *Gerfried Tschinkel:* Monopolkapital und Kleinunternehmertum in Österreich
15 *Georgios Kolias:* Die Lage in Griechenland und die kommunistische Strategie
20 *Stefan Klingersberger:* Von der KKE lernen
21 *Kommunistische Partei Griechenlands (KKE):* Parteiprogramm

Helmuth Fellner wurden bereits im Mai 2006 im Namen der Kommunistischen Initiative beim 15. Internationalen Kommunistischen Seminar in Brüssel referiert, sie blieben bislang jedoch unveröffentlicht. Die „Thesen" bringen einige wichtige Aspekte der Entwicklung und Lage der österreichischen Arbeiterklasse auf den Punkt und sind auch nach knapp zehn Jahren noch hochaktuell.

KOMintern-Arbeiterkammerrätin Selma Schacht befasst sich in ihrem Aufsatz mit Klassentheorie, Klassenanalyse und Arbeiterklasse. Dabei wird davon ausgegangen, dass *„die grundlegenden Gegenwarts- und Zukunftsinteressen der Arbeiterklasse [...] mit den grundlegenden objektiven Interessen der überwiegenden Mehrheit der Menschheit"* zusammenfallen. Im Rahmen der marxistischen Klassentheorie werden eine engere, eine weitere und eine mittlere Fassung der Arbeiterklasse unterschieden.

Tibor Zenker zeigt Parallelen zwischen dem KPÖ-Parteiprogramm aus dem Jahr 1982 sowie der Gründungs- und Grundsatzerklärung der PdA bezüglich der antimonopolistischen Strategie und Demokratie auf. Die antimonopolistische Strategie müsse ausgehend vom 1982er Programm erneuert werden. Die antimonopolistische Demokratie wird dabei als eine Koalitionsregierung gekennzeichnet, die *„umfassend antimonopolistische Maßnahmen umsetzt"*.

Dem hält Gerfried Tschinkel nach Analyse der Rolle diverser sozialer Schichten entgegen, dass eine Entmachtung der Monopole im heutigen Österreich ohnehin *„weitgehend gleichbedeutend mit einer umfassenden Vergesellschaftung der wichtigen Produktionsmittel"* und daher eine *„Zwischenstufe hin zum Sozialismus, der genau dies beinhaltet [...] nicht nur überflüssig, sondern unmöglich"* sei.

Georgios Kolias geht in seinem Aufsatz auf die politische Situation in Griechenland näher ein, um einige der gängigen Kritikpunkte zu entkräften, die gegenüber unserer griechischen Schwesterpartei, der KKE, so häufig vorgebracht werden. In Bezug auf die jüngsten Wahlen bestreitet er die ebenso häufig vorzufindende These, der SYRIZA-Sieg würde einen massenhaften Wunsch nach grundlegenden Veränderungen ausdrücken.

Passend dazu argumentiert Stefan Klingersberger, dass die Weiterentwicklung des Marxismus aufgrund seiner Allgemeingültigkeit und Singularität eigentlich gemeinsam mit den kommunistischen Parteien anderer Länder erfolgen sollte, anstatt so etwas wie einen „österreichischen Marxismus" zu entwickeln. In diesem Zusammenhang wird die Wichtigkeit der KKE betont.

Um den dazu nötigen Austausch voranzutreiben und gerade auch angesichts unserer aktuellen eigenen Programmdiskussion sowie der Anfeindungen, die die KKE nach den Ergebnissen der griechischen Parlamentswahlen im Jänner von opportunistischer Seite erfahren muss, macht es Sinn, grundlegende Originaldokumente der deutschsprachigen Leserschaft zu erschließen. Die Redaktion konnte zu diesem Zweck eine bislang nicht verfügbare deutsche Übersetzung des 2013 beschlossenen KKE-Parteiprogramms für den Abdruck in der E&W organisieren, die infolgedessen nun auch auf der KKE-Website zu finden ist (zurückdatiert auf 14.08.2013).

Von Stefan Klingersberger für die Programmkommission der PdA.

Anmerkungen

1 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie – Einleitung, http://www.mlwerke.de/me/me01/me01_378.htm

2 Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie – Vorwort, http://www.mlwerke.de/me/me13/me13_007.htm

Thesen über die heutige Situation der österreichischen Arbeiterklasse und die prinzipielle Orientierung auf sie

Wir dokumentieren im Folgenden den Beitrag von Helmuth Fellner im Namen der Kommunistischen Initiative beim Internationalen Kommunistischen Seminar in Brüssel im Mai 2006:

1. In den Industriestaaten ist in den letzten Jahren der Gesamtumfang der Arbeiterklasse im weitesten Sinn gewachsen. In vielen Ländern (so auch in Österreich) stieg in den letzten Jahren sogar – statistisch nachweisbar – der Anteil der Arbeiter und Arbeiterinnen im produktiven, mehrwertschöpfenden Sektor, dem Industrie- und Gewerbeproletariat. Und dies bei durchaus hohen Arbeitslosenziffern und trotz Ab- und Auswanderung ganzer Produktionen in Entwicklungs- und Schwellenländer. In Österreich kam es dabei durch die Privatisierung der großen verstaatlichten Industrie-Einheiten zu gravierenden Umschichtungen von Groß- zu Klein- und Mittelbetrieben. Die Ausweitung insbesondere des Dienstleistungssektors führte zu einem enorm gestiegenen Anteil an Frauen innerhalb der Arbeiterklasse.

2. Immer mehr Schichten (selbst hoch- und höchstqualifizierter und akademischer) Lohnabhängiger werden „proletarisiert", ihre Situation am Arbeitsplatz, die Abhängigkeit von der Unternehmensführung, soziale, arbeitsrechtliche und finanzielle Standards und auch ihre Lebensumstände nähern sich immer deutlicher der Lage der Arbeiterklasse an. Dies passiert auch im Bereich der kleinen und mittleren Beamtenschaft, der Telekommunikation, des öffentlichen Verkehrs und im Gesundheits- und Sozialdienst sowie im Bildungswesen.

3. Alle Arbeitsverhältnisse sind einem gravierenden Wandel ausgesetzt: Selbst in geregelten Normalarbeitsverhältnissen greifen Arbeitsrechtsverletzungen immer mehr um sich. Die Möglichkeiten der Lohnabhängigen, sich gegen Eingriffe ins Arbeitsrecht zu wehren, sind auf Grund des Arbeitsdrucks, der Entsolidarisierung, falscher „sozialpartnerschaftlicher" Gewerkschaftspolitik stark beschränkt. Dazu kommt die weitere Aushöhlung des Arbeits- und Sozialrechts sowohl durch sozialdemokratische als auch durch bürgerliche Regierungen auf nationaler Ebene und erst recht auf der Ebene der EU. Atypische Arbeitsverhältnisse wie Scheinselbstständigkeit und fingierte Werkverträge nehmen in allen Arbeitsbereichen zu.

4. Ein beträchtlicher Teil bisheriger Normalarbeitsverhältnisse ist einer steigenden Prekarisierung ausgesetzt, überproportio-

nal betroffen sind davon Frauen. Vollzeitarbeitsplätze werden auf Teilzeit reduziert, kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit (KAPOVAZ) greift um sich, die Zahl der befristeten Dienstverhältnisse steigt. Dazu kommt eine Reihe von Maßnahmen im Bereich der Sozialgesetzgebung, die Frauen wieder aus dem Erwerbsleben drängen sollen.

5. Auf Grund tatsächlicher oder illusionärer Unabhängigkeit suchen viele qualifizierte, vor allem junge Menschen den Weg in die „unternehmerische Selbstständigkeit". Nicht selten endet ihre erträumte Unabhängigkeit auf einem riesigen Schuldenberg. Ihre soziale Lage ähnelt jener der Lohnabhängigen, der Grad der Selbstausbeutung liegt vielleicht höher. Auch unter kleinen Selbstständigen wächst die Erkenntnis, dass Solidarität nötig ist, und auch linkes politisches Bewusstsein, daher sind sie in eine Bündnispolitik im Interesse der Lohnabhängigen einzubeziehen.

6. Eine marxistisch-leninistische Partei ist grundsätzlich eine Partei der Arbeiterklasse und aller von den verschärften Verwertungsbedingungen des Finanz- und Monopolkapitals betroffenen werktätigen Schichten. Es handelt sich bei diesen Schichten nicht um Opfer irgendeiner Modernisierung, sondern alter, aber neu verschärfter Ausbeutung. Sie sieht sich als Sprachrohr der Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellten, kleinen Beamten und kleinen Selbstständigen und „Scheinselbstständigen" und versucht, eine Politik für sie und mit ihnen zu entwickeln, um gemeinsam einen Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, perspektivisch für eine gänzlich andere Gesellschaftsordnung, für den Sozialismus, zu führen.

7. Der „Abwehrkampf" gegen weitere Verschlechterungen des Arbeits- und Sozialrechts muss organisiert geführt werden. Die kommenden Angriffe auf arbeitsrechtliche Absicherung, auf Kollektivverträge und Mindestlohntarife, Abfertigungen, Sozial- und Pensionsversicherung usw. müssen mit allen rechtlichen und politischen Mitteln verhindert werden. Dies kann nur durch mehr Druck von links auf die Gewerkschaften sowie durch Ausweitung fortschrittlicher Positionen in Betrieben und Arbeitnehmervertretungen gelingen.

8. Atypische und prekäre Arbeitsverhältnisse müssen mit allen Möglichkeiten bekämpft werden: durch Auseinandersetzung mit falschem, illusionärem Bewusstsein, durch Umwandlung in Normalarbeitsverhältnisse mit Hilfe von arbeitsrechtlichen Klagen, durch Erkämpfung arbeits- und sozialrechtlicher Standards für „Scheinselbstständige". Das noch vorhandene Arbeits- und Sozialrecht muss dabei – so gut wie möglich genutzt werden, sonst wird es totes Recht und bedarf gar keiner weiteren Aushöhlung durch die reaktionären Kapitalfraktionen.

9. Es geht darum, den Mut der arbeitenden Menschen zu stärken, sich zu wehren, zumindest das vorhandene Arbeitsrecht zu nützen. Voraussetzung dafür ist die Stärkung des Solidaritätsgedankens der einzelnen Sparten der Arbeiterklasse den jeweils anderen gegenüber. Kleine Selbstständige, Gewerbetreibende und Künstler müssen in diese Solidarität mit eingeschlossen sein, da sie von ihrer sozialen Lage her ebenfalls zusehends „proletarisiert" werden.

10. Ein wesentliches Kennzeichen der heutigen ArbeiterInnenklasse ist ihre Multikulturalität. Die Immigration insbesondere aus Südost- und Osteuropa hat den Arbeitsmärkten der entwickelten kapitalistischen Staaten neue, vor allem billige Subjekte der Ausbeutung gebracht. Die ArbeitsmigrantInnen sind neuen, verstärkten und schamlosen Systemen der Ausbeutung ausgesetzt. Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus finden mit gegen MigrantInnen gerichteter Ausländerfeindlichkeit und Rassenhass breiten Nährboden. Dies findet sich auch in den Diskussionen um die Osterweiterung der EU. Für uns KommunistInnen ist die Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus eine Selbstverständlichkeit, der Internationalismus ist ein Grundpfeiler unserer Politik. Die ArbeiterInnenklasse ist in jedem Land internationalisiert, sie ist längst zur transnationalen Klasse geworden. Alle Versuche, sie nach Völkern, Ethnien, Volksgruppen zu spalten, dienen nur einer Politik des „Divide et impera" („Teile und herrsche") des herrschenden Kapitals und seiner politischen Fraktionen. Dieser Politik gilt nicht nur unsere Absage, sondern auch unser entschiedener Kampf.[1]

11. Die Fragen der Umverteilung des Besitzes von oben nach unten, der Besteuerung der großen Vermögen und Besitzstände müssen Teil unserer Strategie im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse sein. Diese Politik muss aber auch das soziale Umfeld der Arbeiterklasse umfassen: die Systeme der Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, die kulturellen Gewohnheiten, die Lebens- und Wohnbedingungen. Dabei darf der Begriff der Arbeit nicht auf reine Erwerbsarbeit eingeschränkt werden, sondern muss auch den Bereich der hauptsächlich von Frauen geleisteten Reproduktionsarbeit innerhalb der lohnabhängigen und werktätigen Schichten mit einschließen.

12. Unser Ziel bleibt dabei eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft in eine sozialistische, in der die Entfremdung der Arbeit allmählich überwunden wird, der Profit nicht mehr die oberste Maxime ist und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verschwindet. Bei der Entwicklung dieses Zieles geht es auch darum, ständig die Unmenschlichkeit des Kapitalismus im globalen, aber auch im österreichischen Rahmen aufzuzeigen.

Helmuth Fellner für die Kommunistische Initiative (KI) Österreichs.

Anmerkungen

1 Diese zehnte These wurde nachträglich eingefügt.

Klassentheorie – Klassenanalyse – Arbeiterklasse

„Klassenanalyse kann kein Politikersatz sein. Noch weniger ist sie in der Lage, fehlendes Klassenhandeln zu ersetzen. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, die realen Formen von Macht und Abhängigkeit sowie die Ursachen sozialer Ungleichheit zu analysieren und die ökonomisch vermittelte Dynamik von Ausgrenzung und Prekarisierung zu erklären. Indem sie sich auf die Komplexe Ausbeutung und Aneignung konzentriert, kann die Klassenanalyse dazu beitragen, nicht nur den Klassenwiderspruch, sondern auch Klasseninteressen (wieder) bewusst zu machen. (...)Die Klassentheorie kann die elementaren Widerspruchsstrukturen herausarbeiten und auf objektive Möglichkeiten des Aufbegehrens und des Widerstandes hinweisen. Die Widerspruchserfahrungen müssen jedoch von den Menschen selbst verarbeitet und zur Grundlage politischer Praxis gemacht werden." (W. Seppmann, Umbau der Klassengesellschaft, Neue-Impulse-Verlag 2006. S.8ff)

1. Die Arbeiterklasse als historisches und als revolutionäres Subjekt

Der Klassenbegriff ist kein bloßer Strukturbegriff oder konstatiert nur entgegengesetzte Interessen, sondern enthält vielmehr in sich das Entwicklungsprinzip und die Perspektive seiner Aufhebung.
Die Arbeiterklasse hat als einzige Klasse im Kapitalismus die Fähigkeit, kraft ihrer objektiven Interessen eine andere Produktionsweise hervorzubringen, die auf einem höheren Niveau als die der vorherigen Gesellschaftsform liegt.
Die Arbeiterklasse ist das Subjekt gesellschaftlicher Veränderung, = das revolutionäre Subjekt.
Alle früheren Klassen haben, auch in ihrer revolutionären Entwicklungsphase, ihre besonderen Interessen gegenüber der Gesamtgesellschaft verfochten (Sonderinteressen wurden zur allgemeinen Norm erhoben).
Die Arbeiterklasse verkörpert keine derartigen Sonderinteressen, da sie keine neue, andere Form der Etablierung des privaten Produktionsmitteleigentums anstrebt, sondern mit der Überwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln zugleich die gesellschaftliche Wurzel der Ausbeutung und Unterdrückung selbst aufheben will.
Denn die grundlegenden Gegenwarts- und Zukunftsinteressen der Arbeiterklasse fallen mit den grundlegenden objektiven Interessen der überwiegenden Mehrheit der Menschheit zusammen.
Diese „historische Mission" der Arbeiterklasse heißt jedoch nicht, dass die ArbeiterInnen über besondere Qualitäten verfügen, die Arbeiterklasse allein Geschichte machen würde, sie in jeder Situation die aktivste Kraft in gesellschaftlichen Befreiungskämpfen darstellen würde oder dass sie immer und überall die am meisten bedrückte und ausgebeutete Klasse der Gesellschaft wäre.

„Der Betrieb ist der zentrale Ort gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, denn in seiner Struktur liegt der archimedische Punkt der Macht des Kapitals. Die bürgerliche Hegemonie auf den anderen sozialen, ideologischen und kulturellen Feldern ist zu dieser Machtkonzentration vermittelt. Ohne Verbindung zu den zentralen gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsbereichen laufen Widerstandsbewegungen leicht Gefahr, nur begrenzte Wirkungen zu erzielen. Trotz aller relativierenden Tendenzen, trotz der Bedeutungszunahme anderer Sektoren der Arbeitswelt, bleibt die Arbeiterklasse in den industriellen Kernbereichen von besonderer Bedeutung, denn sie sind der Dreh- und Angelpunkt des kapitalistischen Reproduktionssystems. (...) Jedoch ist durch die geschilderten strukturellen Veränderungen die Notwendigkeit von Allianzen, Bündnissen und Zusammenschlüssen, vorrangig mit anderen Teilen der Lohnarbeiterklasse gewachsen, die ebenfalls an der Mehrwertproduktion, bzw. an der Realisierung des Mehrwerts Anteil haben. Aber intendiert werden muss nicht minder, die Einbeziehung aller, die unter dem Kapitalismus leiden, deren Existenzbedingungen durch eine ungebremste Verwertungs- und Destruktionslogik bedroht werden. (...) Auch wenn in der gewerkschaftlichen Praxis ‚sozialpartnerschaftliche' Illusionen noch weit verbreitet sind, so ist die Arbeitswelt dennoch der Ort der unmittelbaren Konfrontation zwischen Kapital und Arbeit und das Zentrum der gesellschaftlichen Widerspruchserfahrungen. Deshalb kann weiterhin davon ausgegangen werden, dass die Arbeiterklasse im Sinne von Marx das Negationsprinzip der bürgerlichen Gesellschaftsformation darstellt, sie aufgrund ihrer Möglichkeiten die entscheidende Kraft im Kampf gegen das Kapital und für den Sozialismus ist."
(W. Seppmann, „Die verleugnete Klasse - Zur Arbeiterklasse heute", S. 208ff, Kulturmaschinen-Verlag 2011)

„Historisches Subjekt" ist die Arbeiterklasse nur potentiell, wenn sie von der Klasse an sich zur Klasse für sich wird: *„Das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten"* (Hainfelder Programm 1888/89)

Die Menschen müssen selbst praktische Widerspruchs- und Kampferfahrungen gewinnen, diese selbst verarbeiten und zur Grundlage politischer Praxis machen.

2. Klassenanalyse nach Marx, Engels und Lenin

Eine erste Definition von Klassen findet sich im Kommunistischen Manifest in einer Anmerkung von Engels im Kapitel „Bourgeois und Proletarier": *„Unter Bourgeoisie wird die Klasse der modernen Kapitalisten verstanden, die Besitzer der gesellschaftlichen Produktionsmittel sind und Lohnarbeit ausnutzen. Unter Proletariat die Klasse der modernen Lohnarbeiter, die, da sie keine eigenen Produktionsmittel besitzen, darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können."*

Lenin hat in „Die große Initiative" (1919) die Klassendefinition weiterentwickelt: *„Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit der anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft."*

Diese Definition kann in fünf darin enthaltene Grundaussagen aufgedröselt werden:
1. Klassen sind große Menschengruppen. Kleinere Gruppen mit spezifischen Merkmalen sind also keine Klassen, können aber als Schichten zwischen den Klassen existieren.
2. Klassen sind nach ihrem Platz im System der gesellschaftlichen Produktion bestimmt und unterscheiden sich dadurch. Sie müssen also auch auf die Gesamtgesellschaft bezogen werden. Im Schlusssatz wird die Formulierung „gesellschaftliche Produktion" durch „gesellschaftlichen Wirtschaft" erweitert. Die Bestimmung einer Klasse ist also nicht nur auf die produktiven Bereiche beschränkt, auch nichtproduktive gesellschaftliche Bereiche müssen in die Analyse miteinbezogen werden. Marx verwendete auch den Begriff des „gesellschaftlichen Gesamtarbeiters". Dazu gehören z.B. Beschäftigte im Reproduktionsbereich, etwa im Gesundheitswesen. Beschäftigte im Handels- und Bankbereich vergrößern zwar nicht den in der Produktion geschaffenen Mehrwert, aber den Profit („nicht indem er direkt Mehrwert schafft, aber indem er die Kosten der Realisierung des Mehrwerts vermindern hilft", Kapital III) „In einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion" bedeutet: Die Bestimmung des Systems der gesellschaftlichen Produktion bzw. Wirtschaft muss historisch erfolgen, Klassen bestimmen sich also immer nach dem historisch-konkreten System, sie entstehen, wachsen, können auch vergehen.
3. Klassen bestimmen sich nach ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln, was im Kern die Frage nach den Eigentumsverhältnissen ist, welche juristisch und durch gesellschaftlich sanktionierte Macht garantiert und bestimmt sind.
4. Daraus leitet sich die Art der Erlangung und die Größe des gesellschaftlichen Reichtums, über den die jeweiligen Gruppen verfügen, ab. Dies wird auch durch ihre Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeitsteilung bestimmt. Kern ist und bleibt zwar die Eigentumsfrage, aber eine ausschließliche Bestimmung über den formaljuristischen Besitz an Produktionsmitteln würde zu kurz greifen. Interessant in diesem Zusammenhang ist § 36 Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG): Vom „Arbeitnehmerbegriff" sind in Österreich *„leitende Angestellte, denen maßgebender Einfluß auf die*

Führung des Betriebes zusteht" ausgenommen. Beispiele: ein lohnabhängiger angestellter Spitzenmanager welchem die Eigentümerfunktion überantwortet wird oder der angestellte Personalchef eines Vereins. Wichtig ist also nicht nur: wem gehören die Produktionsmittel, sondern auch: wer kann darüber bestimmen, wer kommandiert und wer gehorcht, wer leitet und wer führt aus – auch dies bestimmt die Klassenzugehörigkeit. Wofür wird jemand gebraucht? Für die Produktion und Reproduktion (als gesellschaftlicher Gesamtarbeiter), oder fungiert er/sie in den Herrschaftsapparaten? Marx selbst sprach in diesem Zusammenhang auch von „aggregierten Gruppen der Bourgeoisie". Die Art der Erlangung des Anteils am gesellschaftl. Reichtum fragt danach, welche spezifische Funktion im Zusammenhang mit der Kapitalverwertung jemand ausübt. Nicht einfach nur die Einkommenshöhe, sondern die Art der Einkommen unterscheidet die Klassen fundamental. Also ist auch nicht die Änderung der Einkommensverteilung, sondern die Änderung des Einkommensprinzips die Aufgabe gesellschaftlicher Umgestaltung!
5. Der letzte Satz, dass „Klassen Gruppen von Menschen sind, von denen die eine sich die Arbeit der anderen infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft aneignen kann" ist nicht nur eine Zusammenfassung, sondern soll den Ausbeutungscharakter der Klassengesellschaften verdeutlichen: Klassen bestehen nicht nebeneinander, sondern übereinander in einem Ausbeutungsverhältnis und sind aufeinander bezogen: Sie bestimmen sich dadurch, dass die eine sich das Mehrprodukt (oder den produzierten Mehrwert) der anderen systematisch aneignen kann.

Lenins Definition ist die Grundlage und der Ausgangspunkt für eine aktuelle marxistische Klassendefinition.

3. Bürgerliche Modelle der Sozialstruktur der Gesellschaft

Vielfältige soziologische Theorien beschreiben die Sozialstruktur der Gesellschaft. Sozialstruktur meint vorerst nichts anderes als die analytische Gruppierung der in dieser Gesellschaft lebenden Menschen anhand bestimmter Merkmale. Derartige, beschreibende Modelle sind statisch und erklären letztlich nichts.

Klassische bürgerliche Erklärungsmodelle sind vorrangig das „Schichtenmodell", weiters das „Zwei-Drittel-Modell" und der „Lebensweise-Ansatz" (mehr zu diesen in der Artikel-Langfassung online).

Es wäre zu eng zu meinen, dass neben der Klassenanalyse kein anderer Ansatz irgendwelche brauchbaren Erkenntnisse liefern könnte, das gilt selbst noch für das Schichtenmodell, etwa hinsichtlich der Erkenntnis über die Selbsteinschätzung vieler Menschen, Einkommensverteilungsverhältnisse und -trends. Die eigentliche Frage ist jedoch: Mit welchem Ansatz lassen sich die gesellschaftlichen Verhältnisse auf das hin begreifen was sie begründet? Und welchen grundlegenden weltanschaulichen und politischen Charakter haben die unterschiedlichen Modelle?

4. Marxistische Klassentheorie

In der Klassenkonzeption wird die Stellung des Einzelnen nicht bestimmt durch seine konkreten Konsumtionsmöglichkeiten, sondern anhand seines Verhältnisses zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln und allen sich daraus ableitenden Folgen.
In der marxistischen Klassendiskussion haben sich vor allem drei Hauptstränge herausgebildet, die man formelhaft einteilen kann in eine „enge" Fassung, eine „weite" Fassung und einen „mittleren" Ansatz.

*** Die „enge Fassung" der Arbeiterklasse**

Sie hält zumeist am Erscheinungsbild des Proletariats aus seiner frühen Periode der Industrialisierung fest (Hackler, Blaumann, …). Danach werden zur Arbeiterklasse nur diejenigen Werktätigen gezählt, die unmittelbar körperliche arbeiten und Mehrwert schaffen.
Die Arbeiterklasse wird dabei mit dem Industrieproletariat gleichgesetzt.
Angestellte werden als eine „außerordentlich wichtige Schicht des Kleinbürgertums" betrachtet.
Begründet wurde diese Kategorisierung mit der „besonderen" Stellung der Arbeiter zu den Produktionsmitteln. Der Grad der Unterordnung unter das Kapitalverhältnis bleibt dabei unberücksichtigt genauso wie die (im Zuge der Verwissenschaftlichung der Produktion stattfindende) Erweiterung von der Produktion vor-, neben- oder nachgelagerten Tätigkeitsbereiche. (z.B. Jürgen Kuczynski, Sozial- und Wirtschaftshistoriker, DDR)

Ebenfalls ein „enger" Ansatz („Projekt Klassenanalyse", 70er Jahre, West-Berlin): Alle Bevölkerungsgruppen, die kein „Primäreinkommen" aus einer Tätigkeit in der unmittelbaren Produktions- und Verwertungssphäre beziehen, sondern ‚abgeleitete' Einkommen beziehen (also abgeleitet, da der Distributionsbereich nicht unmittelbar produktiv ist, daher – ihrer Ansicht nach – aus der Revenue des produktiven Kapitals gespeist wird) werden als „Mittelklassen" zusammengefasst, daher findet sich hier in der Arbeiterklasse Hilfsarbeiter, Facharbeiter, Lehrlinge, einfache Angestellte bis hin zum betrieblichen Management in den Betrieben der materiellen Produktion. Arbeiter und Angestellte in Staatsbetrieben wie der Bahn und Post werden gemeinsam mit Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen, aber auch mit nichtkapitalistischen Händlern, Kleinproduzenten und den leitenden Staatsfunktionsträgern in die „Mittelklasse" eingeordnet.

Aus all diesen Ansätzen folgt natürlich auch, dass die Arbeiterklasse im Zuge der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einem zunehmenden Schrumpfungsprozess unterworfen wäre, da die Ausweitung der Zirkulations- und Dienstleistungsbereiche ausschließlich kontinuierliches Wachstum der „Mittelschichten" bzw. „Mittelklassen" bedeuten würde.

*** Die „weite Fassung" der Arbeiterklasse**

Sie hält den Lohnabhängigen-Status für das entscheidende und im Wesentlichen (ausschließlich) bestimmende Kriterium. In der sozialdemokratischen Variante firmiert diese Konzeption unter dem Begriff des „Arbeitnehmers". Dieser Terminus nicht zuletzt auch in den Gewerkschaften weit verbreitet, die ja sowohl Arbeiter, Angestellte als auch leitende Angestellte (soweit sie lohnabhängig und gewerkschaftlich organisiert sind) und hohe Funktionsträger des Staatsapparates umfasst.

Die Konsequenz eines derartigen Begriffs ist offensichtlich: „Arbeitnehmer" - und damit Teile der Arbeiterklasse – sind: sowohl der Hochofenarbeiter wie sein Betriebsingenieur, sowohl der kleine Angestellte wie sein Prokurist, sowohl die Krankenschwester wie ihr Chefarzt, sowohl der Chauffeur wie der von ihm kutschierte Manager, sowohl die Putzfrau wie der Personalchef, sowohl der kleine Schalterbeamte wie der Chef der Sicherheitsdirektion.

In der marxistischen Debatte war/ist auch dieser „weite" Arbeiterklassenbegriff verbreitet.
Nach diesem Ansatz ist die Arbeiterklasse weitgehend identisch mit der Summe aller ArbeiterInnen, Angestellten und Beamten (~ 85% und mehr). Exkludiert wurde nur die relativ kleine Gruppe der obersten Manager sowie des Offizierskorps. (Vertreter des Ansatzes: Lotar Winter, Akademie der Wissenschaften der DDR) Die Kategorie der „lohnabhängigen Mittelschichten" (und ihre Spezifik) hat in dieser Konzeption ebensowenig Platz wie diesbezüglich mögliche bündnispolitische Überlegungen.

*** Der „mittlere" Ansatz einer zeitgemäßen Bestimmung der Arbeiterklasse**

Dieser knüpft an die Leninsche Klassen-Definition an und ergänzt sie um das Krite-

rium des Entwicklungsniveaus des Warencharakters der Arbeitskraft. Als Kriterium der Abgrenzung der Arbeiterklasse zu den – sich im SMK zur massenhaften Schicht ausbildenden – „lohnabhängigen Mittelschichten“ entwickelte das IMSF (Institut für Marxistische Studien und Forschung) das Kriterium der vollen Entfaltung des Warencharakters der Arbeitskraft.
Die voll entfalteten Warencharakter ausbildende Arbeitskraft verliert 1. ihre besonderen, an ihre Qualifikation gebundenen Privilegien und wird 2. (weitgehend) beliebig austausch- und ersetzbar.

Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse bestimmt sich nicht allein durch das Nichteigentum an Produktionsmitteln und der Verrichtung von Lohnarbeit, sondern die Arbeitskraft muss in vollem Umfang zur Ware entwickelt und damit dem Lohngesetz vollständig unterworfen sein.
Dieses Kriterium, in der marxistischen Terminologie bestimmbar als Übergang von der formalen zur realen Subsumtion (Unterordnung) der Arbeitskraft unter das Kapital beschreibt die volle Austauschbarkeit und absolute Ersetzbarkeit der einzelnen Träger der lebendigen Arbeit, es zielt also auf die Vollendung der Unterordnung der lebendigen Arbeit unter das Kapital als wesentliches, die Arbeiterklasse konstituierendes Merkmal ab.

Diesem Übergang von der formalen zur realen Subsumtion der Arbeitskraft (und der Arbeitsprozesse) unter das Kapital und der damit einhergehenden Unterordnung unter die Fabrikshierarchie und den technologischen Arbeitsrhythmus wurde zuerst die Fabriksarbeiterschaft unterworfen, in den letzten Jahrzehnten folgten alle Bereiche. Teilweise gibt es jedoch auch ein den letzten Jahren Gegentendenzen, wie neue Heimarbeit, kleine Selbständige etc.

Das gilt auch für breite Teile der Angestellten: In ihrer Mehrheit üben diese untergeordnete Tätigkeiten aus, unterliegen einer ständigen Kontrolle und werden in ihren Arbeitsleistungen nach industriellen Effizienzkriterien gemessen. Angestellte haben also in ihrem Anwachsen zu einer Massenschicht eine innere soziale Differenzierung erfahren und wurden in ihrem Lohnarbeiterstatuts massenhaft einer echten Proletarisierung unterworfen.

Das Anwachsen der Angestelltentätigkeit und deren massenhafter Proletarisierung ist zugleich (!) ein *Indikator* des – im Zuge der zunehmenden Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses – bereits von Marx in den „Grundrissen“ vorausgesehenen Prozesses des zunehmenden Heraustretens des Arbeiters aus dem unmittelbaren Produktionsprozess:
„Es ist nicht mehr der Arbeiter, der modifizierten Naturgegenstand als Mittelglied zwischen das Objekt und sich einschiebt; sondern den Naturprozeß, den er in einen industriellen umwandelt, schiebt er als Mittel zwischen sich und die unorganische Natur, deren er sich bemeistert. Er tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein.“

Klar ist: der Klassenbegriff ist eine theoretischer Begriff der sich weder auf das Erscheinungsbild noch auf arbeitsrechtliche Grundlagen, sondern auf das Wesen der Sache bezieht.
Daraus lässt sich nun auch die Charakteristik der „lohnabhängigen Mittelschichten“, einschließlich der „Intelligenz“ entwickeln: Sie besteht darin, dass ihre Funktion im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung – (zumeist) gebunden an besondere Qualifikationen ihrer Arbeitskraft – anders beschaffen ist. Sie üben bestimmte besondere Funktionen aus, nicht zuletzt (aufgrund ihrer Qualifikation) auch in den ideologischen wirtschaftspolitischen u.ä. Apparaten. In ihrer Arbeitskraft sind gegenüber dem Proletariat noch Privilegien eingeschlossen. Schon Marx u. Engels machten in Ansätzen auf die Existenz/Herausbildung von besonderen Leitungs- Aufsichts-, Verwaltungs- und Spezialistenguppen in der Produktion wie auf besondere Gruppen des staatlichen Herrschaftsapparates aufmerksam.

Diese soziale Kategorie der lohnabhängigen Mittelschicht lebt vorwiegend vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, aber deren Warencharakter ist nicht voll ausgeprägt. Die Arbeitsmärkte der lohnabhängigen Intelligenz sind segmentiert, was natürlich nicht ausschließt, dass sich auch hier das Lohngesetz über Angebot und Nachfrage wirksam macht, dass Arbeitslosigkeit auftritt usw. Aber dieser Prozess vollzieht sich auf einem gegenüber der Arbeiterklasse anderen Niveau. Es werden hier faktisch gegenüber der Arbeiterklasse modifizierte und höhere Reproduktionsbedingungen der Arbeitkraft wirksam. Ware ist also nicht gleich Ware. Denn faktisch sind die Austauschbarkeit und Reproduzierbarkeit eingeschränkt. Die „lohnabhängigen Mittelschichten“ bilden somit eine eigene, nichtproletarische Schicht, deren Grenzen im wesentlich durch die Grenzen der beiden Hauptklassen bestimmt sind.

Wir haben es sowohl mit einem Anwachsen der Arbeiterklasse wie einer zunehmenden Herausbildung nichtproletarischer „lohnabhängiger Mittelschichten“ zu tun, die zwischen den Klassen stehend, sich oft über ihnen stehend wähnen, aber ein nach beiden Seiten offenes, äußerste heterogenes soziales Konglomerat sind.

Das heißt: Obwohl die Grundklassen für die Klassenstruktur der Gesellschaft bestimmend sind (!), machen sie nicht die gesamte Klassenstruktur der Gesellschaft aus.

Hinsichtlich der Abgrenzung der Arbeiterklasse von den „lohnabhängigen Mittelschichten“ entscheiden vom allem die Kriterien der Art der Tätigkeit, der „Funktion“: also ob diese vorwiegend anleitend oder ausführend ist. Die Ausübung *kapitalistischer Leitungsfunktionen*, auch auf mittlerer Ebene der betrieblichen Hierarchie, schließt daher die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse aus. Diese Leitungskader kennzeichnet eine zwiespältige Stellung, einerseits Lohnabhängige, andererseits Organisatoren, Überwacher und Eintreiber der Mehrarbeit anderer fürs Kapital zu sein.
Der Charakter der Arbeitskraft bestimmt sich nach der Frage, wofür man im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung gebraucht wird: Für die Produktion- und Reproduktion im gesellschaftlichen Wirtschaftsprozess – oder fungiert jemand in den herrschafts- und meinungsmachenden Apparaten. V.a. bei Staatsangestellten ist deren konkrete Funktion im Staatsapparat, nicht zuletzt ihre jeweilige Nähe zu den repressiven Staatsfunktionen, zu berücksichtigen.
Zur Bestimmung der herrschenden Klasse wäre noch zu bemerken: Bestimmend ist und bleibt das Eigentum an den Produktionsmitteln und die in den Produktionsverhältnissen herrschende Hierarchie. Doch aus dem Bestehen eines Herrschaftssystems, seiner Unentbehrlichkeit für die weitere Existenz und die Funktionsweise des Kapitals folgt nicht weniger zwingend:
Zu den Herrschenden gehören – als „aggregierte Gruppe“, wie Marx in ähnlichen Fällen formulierte, all jene, die für die Funktion dieses Systems unentbehrlich sind, auch wenn sie selber noch kein Kapital besitzen (in Unternehmen, im Staatsapparat, in Parteien, …).

5. Zur heutige Struktur der Arbeiterklasse

<u>Veränderung der letzten Jahrzehnte:</u>

- beständige Verallgemeinerung der Lohnarbeit, kontinuierlicher Anstieg der Zahl unselbständig Beschäftigten, wobei ausschließlich aufgrund von Anstieg im Angestelltenbereich
- Im Jahr 1993: erstmals prozentuell wie auch in absoluten Zahlen mehr Angestellte als Arbeiter (wobei in Ö. auch aufgrund juristisch besserer Grundlagen wechseln vom Arb.- zum Ang.verhältnis)
- jedoch auch tief greifende Veränderungen in einzelnen Bereichen
- Prozentueller Rückgang des klassischen Industrie-/Fabriksproletariats
- zunehmende Verschiebung zugunsten des Dienstleistungssektors
- Auslagerungen aus dem eigentlichen Fertigungsprozess (davor, daneben, danach)
- Zunehmende Prekarisierung von

Arbeitsverhältnissen (Teilzeit, freie DienstnehmerInnen, Leiharbeit, …)
- Ab Jahr 1999: massiver Rückgang im öffentlichen Dienst, gleichzeitig noch weiterer Anstieg im Angestelltenbereich (Ausgliederungen, Privatisierungen).

Nicht alle sogenannten „Nichtlohnabhängigen" sind außerhalb der Arbeiterklasse. Prekäre Beschäftigung ist nur eine (arbeits- und sozialrechtlich) verschlechterte Art der klassischen Lohnarbeit. Freie DienstnehmerInnen sind in überwiegendem Ausmaß scheinselbständig, sie eine rechtlich schlechter gestellte Art der Lohnarbeit, welche vergleichbar ist mit der alten Taglöhnerei. Das neue daran ist einerseits die massiv angestiegene Zahl dieser eigentlich als normale LohnarbeiterInnen zu beschäftigten Menschen, andererseits sind dies meist individualisiert (und teilweise mit eigenen Arbeitsmitteln) Arbeitende, die dadurch schwerer solidarisierbar sind und tw. bewusstseinsmäßig Kapitalinteressen anhängen.
Genauso sind jene, die (gerade) nicht direkt in Lohnarbeit, aber davon abhängig sind, Teil der Arbeiterklasse (Arbeitslose; ReproduktionsheimarbeiterInnen, PensionistInnen, Familie, SchülerInnen, StudentInnen,…).

Zum „Argument", die Arbeiterklasse würde nur aus den industriell Produzierenden bestehen (und sie sich damit sukzessive verkleinern) zwei Zitate:
„Es ist ja eben das Eigentümliche der kapitalistischen Produktionsweise, die verschiedenen Arbeiten, also auch die Kopf- und Handarbeiten – oder die Arbeiten, in denen die eine oder andere Seite vorwiegt-, zu trennen und an verschiedenen Personen zu verteilen, was jedoch nicht hindert, dass das materielle Produkt das gemeinsame Produkt dieser Personen ist." (MEW 26.1., S387, Theorien über den Mehrwert).
„Mit dem kooperativen Charakter des Arbeitsprozesses selbst erweitert sich daher notwendig der Begriff der produktiven Arbeit und ihres Trägers des produktiven Arbeiters. Um produktiv zu arbeiten ist nun nicht mehr nötig, selbst Hand anzulegen; es genügt, Organ des Gesamtarbeiters zu sein, irgendeine Unterfunktion zu vollziehen". (Das Kapital, MEW 23, S. 531)

Damit fallen auch all jene Beschäftigten im Dienstleistungssektor, der zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft notwendig ist, unter die Arbeiterklasse.

Zu Neulinken Theorien von „neuen Subjekten"

Die Struktur und Größe der Arbeiterklasse wie auch ihres Kerns haben sich verändert. Aber die Arbeiterklasse ist infolge ihrer zahlenmäßigen Größe, ihrer Stellung im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess derjenige Teil der Gesellschaft, der am wirksamsten der wachsenden Ausbeutung und dem Ausverkauf der sozialen Sicherungssysteme entgegentreten kann. Eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft wird weiter vor allem von der Bereitschaft der Arbeiter und Angestellten abhängen, notfalls alles stillstehen zu lassen – und die Verhältnisse umzustürzen.

Trotz aller relativierender Tendenzen, trotz der Bedeutungszunahme anderer Sektoren der Arbeitswelt bleiben die Arbeiterklasse und ihre industriellen Kernbereiche von besonderer Bedeutung. Ihr Stellenwert ergibt sich aufgrund ihrer Größe und ihrer zentralen gesellschaftlichen Funktion. Jedoch ist die Wichtigkeit anderer, nichtklassischer Kernteile der Arbeiterklasse durch die strukturellen Veränderungen des Industriesystems gewachsen, wie auch die Notwendigkeit von Allianzen, Bündnissen und Zusammenschlüssen mit Rand- und Mittelschichten, die ebenfalls an der Mehrwertproduktion bzw. an deren Realisierung ihren Anteil haben.

„Obwohl die politische Programmatik vieler ‚neuer sozialer Bewegungen' auf den ersten Blick vielleicht umfassender wirkt (globale Gerechtigkeit, Friedfertigkeit, ökologische Überlebensperspektiven, Solidarität), besitzen sie dennoch keinen solch zentralen Bezugspunkt der Auseinandersetzung, durch den die Hegemonialansprüche des Kapitals automatisch in Frage gestellt würden. Erst ein Widerstand in den zentralen gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsbereichen kann diesbezüglich volle Wirkungskraft entfalten.
Weil der Kampf um die unmittelbaren (betrieblichen) Interessen – wenn er mit der notwendigen Intensität geführt wird! – eine wirksame Möglichkeit des kollektiven Lernens ist, besitzen die in den Großbetrieben tätigen Lohnabhängigen trotz aller Aufsplitterungstendenzen immer noch die besten Voraussetzungen, sich als fundamentale Veränderungskraft zu formieren. Deshalb kann weiterhin davon ausgegangen werden, daß die Arbeiterklasse im Sinne von Marx das Negationsprinzip der bürgerlichen Gesellschaft darstellt, sie die entscheidende Kraft im Kampf gegen das Kapital und für den Sozialismus ist."
(W. Seppmann: Kraft des Widerstands. Auf der Suche nach dem Subjekt der Veränderung, Teil II. Junge Welt, 7.3. 2009)

Von Selma Schacht.

Hinweis: Eine etwas ausführlichere Version dieses Artikels ist auf unserer Homepage zu finden.

Zur antimonopolistischen Strategiediskussion

Die Partei der Arbeit befindet sich in einer Programmdiskussion. Die am Gründungsparteitag am 12. Oktober 2013 in Wien beschlossenen Grundsätze bilden nur einen allgemeinen Rahmen, der nun programmatisch zu präzisieren ist. Im Folgenden einige Gedanken zur antimonopolistischen Strategie zum Sozialismus.

Kontinuitäten und Brüche in der österreichischen Arbeiterbewegung

Die PdA ist nicht vom Himmel gefallen. In der Präambel ihrer Gründungserklärung verweist sie auf die ehrenvolle und kämpferische Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, auf die Streikbewegung vom Januar 1918, auf die Februarkämpfe von 1934, auf den antifaschistischen Widerstand 1934-1945, auf den nationalen Freiheitskampf 1938-1945 sowie auf die Klassenkämpfe für sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt, für Frieden und Demokratie in der 2. Republik. Damit unweigerlich verbunden ist die Geschichte der früheren österreichischen Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei Österreichs. Die PdA stellt sich bewusst in die Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung, die in den vergangenen 125 Jahren zunächst von der SDAP (als Vorläuferin der SPÖ) und dann von der KPÖ repräsentiert wurde, was heute jedoch freilich nicht mehr der Fall ist (weshalb die PdA ja auch gegründet wurde). Diese Kontinuität besteht auch programmatisch, ausgehend von der Hainfelder Prinzipienerklärung der SDAP 1888/89, über die Gründung der KPÖ 1918 (die gleichzeitig natürlich einen organisatorischen Bruch bedeutet) und deren Bolschewisierung Mitte der 1920er Jahre – bis zum letzten marxistisch-leninistischen Parteiprogramm der KPÖ („Sozialismus in Österreichs Farben"), das 1982 beschlossen wurde.

Dies gilt ungeachtet der Anerkennung von verschiedenen Fehlentwicklungen, falschen Positionierungen oder strategischen

wie taktischen Fehlentscheidungen sowie parteiinternen Abweichungen, die es in der Geschichte der KPÖ ebenfalls mitunter oder vorübergehend gab – hierzu zählen etwa die Auseinandersetzungen mit dem modernen Revisionismus in den 1960er Jahren oder mit dem „Eurokommunismus" in den 1970er Jahren. In beiden Fällen wurde die marxistisch-leninistische Linie der KPÖ wiederhergestellt bzw. bewahrt, weshalb es hier keinen inneren Bruch gab und keiner benötigt wurde. Es bedurfte keiner marxistisch-leninistischen Neukonstituierung außerhalb der KPÖ. Die organisatorischen Brüche, die es in jener Zeit gab, basierten auf einer Verschreibung an einen linken Radikalismus, der den Maoismus und/oder Hoxhaismus mit dem einzig wahren Antirevisionismus identifizierte, somit auch die KPÖ ab diesem Zeitpunkt als revisionistisch einstufte. Dies gilt für die damaligen maoistischen „K-Gruppen" MLPÖ und VRA – beide (vorrangig jedoch die MLPÖ) bildeten somit eine andere, eigenständige ideologische Entwicklungslinie, die jener der seinerzeitigen KPÖ (und somit auch der PdA) entgegensteht und die letztlich zur späteren komak-ml und zur heutigen IA.RKP führte.

Die Mitgliedschaft der KPÖ war Ende der 1960er Jahre und in den 1970er Jahren aufgrund ihrer Erfahrungen und Einsichten selbst in der Lage, die antirevisionistische, marxistisch-leninistische Identität der Partei zu behaupten, sich sowohl gegenüber dem Revisionismus wie gegenüber dem linken Dogmatismus, Radikalismus und Sektierertum abzugrenzen und schließlich konkrete Ansätze im Rahmen einer revolutionären Gesamtstrategie zu finden. Inhaltlich geschah dies über diverse theoretische Konferenzen, programmatisch über die Etappen der „Ideologisch-politischen Leitsätze" von 1974, der „Thesen zur Bündnispolitik" von 1980 sowie schlussendlich mit dem Parteiprogramm von 1982. Die KPÖ verfügte in diesen Jahren also über ein funktionierendes Immunsystem.

Das änderte sich erst mit der 1989/90 eintretenden Krise in der internationalen kommunistischen Bewegung und der Konterrevolution in Osteuropa. Nachdem der erste Liquidationsversuch bezüglich der Identität der KPÖ 1991 noch zurückgeschlagen werden konnte, setzte sich der Kurs der Umwandlung in einer beliebigkeitslinke „pluralistische" Partei von 1994 bis 2004 schließlich durch. Dies bedeutete eine Niederlage für die marxistisch-leninistische Opposition, an welcher diese freilich zum Teil selbst mitschuldig war. Das Resultat war auch ein organisatorischer Bruch: Außerhalb der KPÖ wurde 2005 die Kommunistische Initiative konstitutiert, deren Aufgabe die *„Sammlung jener Kräfte ..., die eine auf den Grundlagen von Marx, Engels und Lenin aufbauende Organisation entwickeln wollen"*[1], war. Auch die KJÖ und der KSV emanzipierten sich von der Neuausrichtung der KPÖ, die programmatisch, ideologisch und theoretisch nicht mehr in der Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung stand und steht. Das schließliche Ergebnis dieser Entwicklungen und der Bemühungen v.a. der KI ab 2005 war die Schaffung der PdA im Jahre 2013. Wenngleich ein Gutteil der heutigen PdA-Mitglieder niemals Mitglied in der KPÖ war, so ist doch eine klare inhaltliche Kontinuität gegeben. Möchte man dieser programmatisch gerecht werden, so ist beim bereits erwähnten letzten marxistisch-leninistischen Parteiprogramm der KPÖ anzusetzen, ohne dabei freilich lineare Fortschreibungen oder unkritische Übernahmen zuzulassen sowie Anssichten oder auch nur Formulierungen zu verallgemeinern, die aufgrund historischer Umstände zu erklären sind. Werfen wir einen Blick auf besagtes KPÖ-Programm – und setzen wir es in Bezug zur PdA.

Antimonopolistische Strategie und Bündnispolitik

Im Gefolge einer Analyse der gesellschaftlichen Kräfte (Arbeiterklasse, Intelligenz, Bauern, Zwischenschichten, Frauen, Jugend) stellt das Programm „Sozialismus in Österreichs Farben" unter der Überschrift „Arbeiterklasse und Bündnisse" fest: *„Um den Interessen der großen Mehrheit zum Durchbruch zu verhelfen, bedarf es der Kraft, die durch ein hohes Maß an Einheit der Arbeiterklasse entsteht. Und es bedarf der Bündnisse der Arbeiterklasse mit Intellektuellen, werktätigen Bauern, Handwerkern, Kleinhändlern ... In der Bündnispolitik wie in den Bemühungen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gehen die Kommunisten von Grundsätzen aus. Bündnisse entstehen aus dem Zusammengehen für konkrete Ziele. Sie beruhen auf dem Zusammenwirken von Organisationen, die sich durch soziale Zusammensetzung, Teilinteressen, Weltanschauung, Funktionen und Aufgabenstellung unterscheiden. Sie erfordern folglich die gegenseitige Respektierung der organisatorischen und weltanschaulichen Selbständigkeit der Bündnispartner. Kommunisten unterstützen jede Tätigkeit für den gesellschaftlichen Fortschritt, was immer die Motive sind ... Auch in der Bündnispolitik stellen Kommunisten so wenig ideologische Vorbedingungen, wie sie sich solche – etwa Abstriche von der revolutionären Gesinnung – stellen lassen. Was zählt, ist das Zusammenwirken für das jeweilige freiwillig festgelegte Ziel. Bestimmend für den Charakter von Bündnissen ist die freiwillige, gemeinsame Zielsetzung, sei sie auf Einzelfragen beschränkt, punktuell, antifaschistisch, antimonopolistisch oder sozialistisch."*[2]

Diese Herangehensweise entspricht auch den Grundsätzen der PdA aus dem Jahr 2013, wo es in Artikel 25 heißt: *„Es ist die Aufgabe der PdA, bündnisfähig zu sein. Sie darf sich nicht sektiererisch isolieren oder gegenüber anderen besserwisserisch und maßregelnd verhalten. Sie ist daher bereit, mit allen sozialistischen, kommunistischen, revolutionären und linken, aber auch allen demokratischen, sozial progressiven, pazifistischen und antifaschistischen Kräften zusammenzuarbeiten, wenn es sich aufgrund einer konkreten Übereinkunft ergibt, ohne Vorbehalte aufgrund anderer Meinungsverschiedenheiten. Die PdA hat sich als verlässlicher Bündnispartner zu erweisen, der zu seinem Wort steht und dessen Handschlag gilt ... Die PdA gibt ihre ideologische und organisatorische Eigenständigkeit jedoch in keiner Bündniskonstellation auf."*[3]

Über diese grundsätzliche Aufgabenstellung hinaus erklärt selbiger Artikel auch noch eine strategische Zielsetzung: *„Im Großen geht es um die Schaffung eines dynamischen antimonopolistischen Bündnisses für Demokratie, sozialen Fortschritt, nationale Unabhängigkeit und Frieden, das auch gesellschaftliche Schichten wie kleine Landwirte und Gewerbetreibende, Freiberufler und Intellektuelle erfasst, die objektiv ebenso im Gegensatz zum Imperialismus und Monopolkapital stehen."*[4]

Eine Zielsetzung, die wiederum jener der KPÖ von 1982 entspricht – unter der Losung „Für ein antimonopolistisches Bündnis" wird, nachdem unmittelbar zuvor „Für Demokratie" und „Für nationale Unabhängigkeit" eingetreten wird, der oben teilweise zitierte Abschnitt mit folgendem Absatz beendet: *„Allein in einer Vielzahl von Aktionen, Bewegungen, Kämpfen können breite, feste Bündnisse entstehen. Mit dem Aufbrechen, Austragen und Bewußtwerden der Klassengegensätze werden auch Wandlungen in den Funktionen von Organisationen, Verbänden und Parteien vor sich gehen. Stets werden Kommunisten im Interesse des sozialen Fortschritts dahin wirken, daß Teilbündnisse sich zu umfassenden erweitern. Auf jeder Entwicklungsstufe stellen sie die Fragen so, daß alles zum Kern der Sache weiterführt: Zur Notwendigkeit der Überwindung des staatsmonopolistischen Systems."*[5]

Gemeinsam gibt es also ein Bekenntnis zur antimonopolistischen Strategie und Bündnispolitik. Deren Sinn und Zweckmäßigkeit stehen auch weitgehend außer Frage. Ein wenig anders verhält es sich mitunter in der Frage der antimonopolistischen Demokratie, ihrer Bedeutung und ihres Inhalts, ihrer Möglichkeit oder Notwendigkeit.

Antimonopolistische Demokratie und Sozialismus

Die PdA-Grundsätze geben zur antimonopolistischen Demokratie nur eine knappe

Einschätzung, welche lautet: *„Die PdA hält es zwar nicht für unausweichlich, aber durchaus für wahrscheinlich, dass der Weg zum Sozialismus in Österreich über die Etappe der antimonopolistischen Demokratie führt, von deren Boden aus aufgrund eines nachhaltig veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses die Kampfbedingungen um den Sozialismus optimiert sind. Dementsprechend richtet sie ihre revolutionäre Strategie aus.“*[6]

Hier ist also von einer Möglichkeit, keiner Notwendigkeit die Rede. Da die Möglichkeit jedoch mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit ausgestattet sei, müsse diese in der revolutionären Strategie berücksichtigt werden. Die Strategie an sich ist aber deutlich *„auf das Hauptziel der sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus in Österreich gerichtet. Dieses ist nicht zu ersetzen durch eine ‚soziale Demokratie‘, eine ‚solidarische Gesellschaft‘, eine ‚soziale Marktwirtschaft‘ oder dergleichen, denn diese verbleiben entweder im Rahmen des Kapitalismus oder stellen einen Widerspruch in sich dar. Die beiden zentralen Elemente der sozialistischen Revolution sind die politische Macht der organisierten Arbeiterklasse und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel.“*[7] Damit ist gesagt, dass die antimonopolistische Demokratie kein Ziel für sich ist, sondern eine Übergangssituation, die dem Erreichen des strategischen Zieles dienlich sein soll oder zumindest kann. Sie ersetzt es natürlich nicht.

Dies entspricht auch dem Selbstverständnis der PdA, denn ihr *„strategisches Ziel besteht in der sozialistischen Revolution und im Aufbau des Sozialismus. Der sozialistische Staat als demokratische Herrschaft der organisierten Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Schichten bei gleichzeitiger Niederhaltung gegenrevolutionärer Elemente ist Voraussetzung für den späteren Übergang zur klassenlosen Gesellschaft (Kommunismus) und somit der Aufhebung jeglicher Herrschaft.“*[8]

Die PdA stellt die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution auch in einen größeren Kontext: *„Es ist die historische Aufgabe der PdA, für den Sozialismus zu kämpfen. Die Welt befindet sich in der Epoche des Übergangs der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus. Dieser ist heute global eine historische Notwendigkeit für die weitere menschliche Existenz und Zivilisation, denn der Kapitalismus steht für den Weg in die Barbarei, die das Überleben der Menschheit selbst infrage stellt. Im Sinne des konsequenten Kampfes für den Sozialismus hebt die PdA die Eigentumsfrage (die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln) als Grundfrage der revolutionären Arbeiterbewegung hervor. Die zentrale Frage der sozialistischen Revolution ist die Eroberung der politischen Macht durch die organisierte Arbeiterklasse, um dem Kapital den ökonomischen Boden zu entziehen. Daran führt kein wie auch immer gearteter ‚dritter Weg‘ vorbei.“*[9]

So weit die PdA-Positionen aus 2013. Werfen wir nun wieder einen Blick darauf, wie die KPÖ 1982 diese Fragen angegangen ist. Im Programm „Sozialismus in Österreichs Farben“ heißt es: *„Unter Österreichs Bedingungen ist es wahrscheinlich, daß der Weg zum Sozialismus über eine Etappe – die antimonopolistische Demokratie – führen wird. Objektive Grundlage dafür ist die um sich greifende Krise des staatsmonopolistischen Systems, der tiefe Interessensgegensatz zwischen diesem und der großen Mehrheit der Bevölkerung … Die Kommunistische Partei orientiert zunächst auf eine Etappe der antimonopolistischen Demokratie. Diese ist nur durch eine Umwälzung zu erreichen, auch wenn viele Schritte nötig sein werden, um an sie heranzuführen. Unabdingbare Voraussetzungen sind die Durchbrechung des Systems des Sozialpartnerschaft, eine neue kämpferische Rolle des Gewerkschaften, eine wesentliche Stärkung der Kommunistischen Partei, Bündnisse mit anderen sozialistischen und konsequent demokratischen Kräften.“*[10] Auch hier geht es also um eine wahrscheinliche Etappe, auf welche orientiert wird. Die objektiven Voraussetzungen entspringen den Widersprüchen des staatsmonopolistischen Kapitalismus selbst. Die subjektiven Voraussetzungen sind zu schaffen: eine starke marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse, kämpferische Gewerkschaften, antimonopolistische Bündnispolitik.

In ihrer Herleitung und Programmatik wird die antimonopolistische Demokratie im KPÖ-Programm folgendermaßen umrissen: *„Für die Errichtung einer revolutionär-demokratischen Macht – wie es der Staat der antimonopolistischen Demokratie wäre – können die Massen nur durch ihre Erfahrungen in Kämpfen für ihre Interessen gewonnen werden, in dem Maß, als sie erkennen: Eine Sicherung und Erweiterung demokratischer und sozialer Rechte verlangt die konsequente Zurückdrängung der politischen und ökonomischen Macht des Monopolkapitals bis zu seiner völligen Entmachtung. In einem solchen Prozess kann die Bildung einer von diesen Bündnissen getragenen Koalitionsregierung möglich werden. Die Einengung und Überwindung der ökonomischen und politischen Macht des Monopolkapitals durch diese Kräfte gestattet schon tiefgreifende gesellschaftliche Umgestaltungen: durch Herausbrechung des verstaatlichten Sektors aus dem Profitsystem und seine Umwandlung in eine Position der Arbeiterschaft, durch Verstaatlichung aller monopolistischen Unternehmen, der Agrarmonopole, der Banken, Versicherungskonzerne und Handelsgesellschaften; durch Ausschaltung der Sachwalter und Handlanger des staatsmonopolistischen Systems aus den staatlichen Institutionen und den monopolisierten Massenmedien.“*[11]

So viel zu den ersten Maßnahmen der antimonopolistischen Demokratie – doch welche Konsequenzen und Vorteile hätten diese und was wären die Perspektiven? Nochmals aus „Sozialismus in Österreichs Farben“: *„Im Staat der antimonopolistischen Demokratie wäre Wirtschaftsplanung bereits möglich. Vor allem mit Hilfe des staatlichen Sektors, seiner Erweiterung und von Investitions- und Kreditkontrollen. In nichtmonopolistischen Betrieben würden kapitalistische Produktionsverhältnisse weiterbestehen. Es würde also auch weiter Ausbeutung und Elemente der Anarchie in der Wirtschaft geben. Die antimonopolistische Demokratie wäre ein enormer Fortschritt, aber sie kann kein Ziel an sich sein. Ihre revolutionär-demokratische Macht würde es erleichtern, den Klassenkampf der Massen von unten durch staatliche Mittel zu unterstützen und zu ergänzen, mittels politischer, wirtschaftlicher und sozialer Maßnahmen, durch eine fortschrittliche Gesetzgebung im Interesse des Volks günstige Bedingungen für den Kampf um den Sozialismus, für den Sieg der sozialistischen Revolution zu schaffen.“*[12]

Hier wird klargestellt, dass es sich bei der antimonopolistischen Demokratie um eine Zwischenetappe handelt, in der die Kräfteverhältnisse nachhaltig umgruppiert werden müssen. Denn eines ist klar: Diese Zwischenform und, wie zu hoffen ist, Übergangsform ist gewissermaßen in beide Richtungen offen. Die ökonomisch und politisch Herrschenden geben ihre Macht nicht nur niemals freiwillig ab, sie werden auch mit allen Mitteln um ihre Wiedererlangung kämpfen. Insofern ist das Heranführen und das Vorwärtsschreiten zur sozialistischen Revolution unabdingbar, möchte man keinen ansonsten unweigerlich eintretenden massiven Rückschlag erleiden. Die sozialistische Revolution hat ein neues Gemeinwesen zu schaffen, den sozialistischen Staat, der wohl unterschiedliche Formen zulassen mag, dem Inhalt nach jedoch immer eines, nämlich die Diktatur des Proletariats sein muss, egal ob man den Begriff nun verwenden möchte oder nicht. Aber die Machtfrage ist in jedem Fall der Kern und die Voraussetzung jeder wahrhaft sozialistischen Umgestaltung. Denn, so heißt es im KPÖ-Programm von 1982: *„Grundfrage der Arbeiterbewegung, in die alle Fragen nach Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit, Freisein von Ausbeutung münden, ist die Eigentumsfrage. Zentrale Fra-*

ge ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, um dem Kapital den Boden entziehen, ihm seine Privilegien entreißen zu können. Da führt kein ‚dritter Weg' herum."[13]

Unterm Strich: Die Übereinstimmungen zwischen den Grundsätzen der PdA von 2013 und dem KPÖ-Parteiprogramm von 1982 sind offensichtlich – und natürlich sind sie auch kein Zufall. Die PdA hat sich mit ihrer Gründung nicht nur in die Tradition der revolutionären KPÖ gestellt, sondern sich auch ihres marxistisch-leninistischen Erbes angenommen und bewusst eine programmatische Kontinuität hergestellt. So liegen zunächst einmal die Tatsachen.

Notwendige Klärungen und Klarstellungen

Immerhin liegen mehr als 31 Jahre zwischen dem Beschluss des Parteiprogramms „Sozialismus in Österreichs Farben" und jenem der Gründungs- und Grundsatzerklärung der PdA – und diese 31 Jahre waren nicht gerade ereignislos. Es stellt sich die Frage, ob die revolutionäre Strategie der marxistischen-leninistischen Kräfte in Österreich nicht einer Revidierung bedarf.

Zwei evidente Punkte, die Bedingungen einer antimonopolistischen Strategie zum österreichischen Sozialismus im Jahre 1982 waren, sind heute nicht mehr gegeben: Weder gibt es den Rückhalt einer sozialistischen Staatenwelt in Europa, die bloß 50 Kilometer vor Wien beginnt; noch gibt es eine marxistisch-leninistische KPÖ mit 10.000 Mitgliedern. Beides waren Voraussetzungen, auf denen man aufbauen konnte, mit denen man arbeiten konnte. Tatsache ist, dass die Anzahl der marxistisch-leninistischen Kräfte auf einen geringen Bruchteil zusammengeschrumpft ist, und dass wir es seit Beginn der 1990er Jahre mit einer umfassenden und globalen Offensive des Imperialismus zu tun haben, an der auch die gegenwärtige Krise nichts ändert. Es fehlt also an einem internationalen Kräfteverhältnis, das anzunützen wäre, wie an eigenen Ressourcen. Die revolutionäre Arbeiterbewegung befindet sich hierzulande in einer Defensivposition, die Ihresgleichen sucht.

Die antimonopolistische Strategie ist allerdings geradezu eine Ausrichtung, deren Kerngedanke darin besteht, aus der Defensive in die Offensive zu gelangen. Wann hätte es eine solche mehr gebraucht? Insofern stehen die Aufgaben im Rahmen einer antimonopolistischen Strategie so wie zuvor: Wir brauchen eine stärkere marxistisch-leninistische Partei, kämpferische Gewerkschaften, die der Sozialpartnerschaftslogik Klassenkampf entgegensetzten, und eine Bündnispolitik, die geeignet ist, Kräfte zu sammeln und zielgerichtet einzusetzen. Tatsächlich wird unsererseits gegenwärtig an allen drei Fronten gearbeitet: durch die Gründung und den Aufbau der PdA, durch die Etablierung und Ausweitung der Kommunistischen Gewerkschaftsinitiative – International (KOMintern), durch die Bündnisarbeit der PdA, der KJÖ, der KOMintern. Offensichtlich ist, dass im erstgenannten Bereich am meisten zu tun ist, denn hier gibt es die größten Defizite (was nach eineinhalb Jahren Existenz aber nicht ungewöhnlich erscheint). Niemals aber kann das für die PdA bedeuten, andere Aufgaben zu vernachlässigen – diese zwingend zusammenhängenden Bereiche sind nicht gegeneinander aufzurechen und auf- oder abzuwerten. Es ist für die PdA daher notwendig, ihre Anstrengungen überall weiter zu verstärken, und gleichzeitig Mittel und Wege zu finden, offensichtliche Defizite zu beheben. Gelingt dies auf Dauer nicht, ist aber auch die Arbeit in den bislang positiveren Bereichen nicht aufrechtzuerhalten. Das muss allen klar sein.

Die inhaltlichen Ansatzpunkte für die antimonopolistische Strategie liegen heute allzu deutlich vor uns – sie lauten: sozialer Fortschritt, Demokratie, Frieden und nationale Unabhängigkeit. Wir haben vor dem Hintergrund der kapitalistischen Krise Rekordarbeitslosigkeit, ausufernde Armutsgefährdung und weiteren Sozialabbau ebenso wie Privatisierungen und Marktliberalisierungen; wir haben die Einschränkung von demokratischen und Arbeiterrechten, von rechtsstaatlichen Standards und Bürgerrechten, wir haben Überwachung, Repression und rechtsextreme bis faschistische Bedrohungsszenarien; wir haben weltweit imperialistische Aggressionen, Interventionen und Okkupationen, drohende Großmachtkonflikte und Krieg als Dauerzustand; wir haben Souveränitätsverluste durch die österreichische Mitgliedschaft in der EU. All dies sind Zuspitzungen der Widersprüche des Imperialismus und staatsmonopolistischen Kapitalismus, die nicht nur die Arbeiterklasse, sondern darüber hinaus relevante Gesellschaftssichten massiv treffen. Die durchdringende Herrschaft der Monopole, perfektioniert im SMK, in dem sie sich den Staat komplett unterordnen, hat sich seit 1982 nicht gerade vermindet – im Gegenteil. Daher sind die Monopole berechtigt immer noch das Hauptangriffsziel einer revolutionären Bewegung. Was, wenn nicht diese Bedingungen, bilden objektive Voraussetzungen und zwingende Anlässe für die Verfolgung einer antimonopolistischen Strategie?

Sowohl die eigenen subjektiven Bedingungen der PdA und ihres Umfeldes wie die objektiven Bedingungen der Gesellschaft legen nahe, dass es keinen Grund gibt, von einer antimonopolistischen Strategie abzurücken. Andernfalls bestünde vielmehr die Gefahr einer Isolierung und eines Rückfalls in bloße radikale Phraseologie, die keinerlei realen und praktischen Tätigkeitsansatz mehr ermöglicht. Um dies in einen historischen Vergleich zu setzen: Man wäre beim Zustand der vorbolschewistischen jungen KPÖ.

Besteht Einigkeit über die Richtigkeit und Notwendigkeit der antimonopolistischen Strategie, so bleibt theoretisch noch die mögliche Infragestellung der antimonopolistischen Demokratie. Innerhalb des strategischen Rahmens ergibt dies jedoch recht wenig Sinn: Die antimonopolistische Strategie ist darauf ausgerichtet, dass die Arbeiter- und Volksbewegung, die vornehmlich außerparlamentarischen Charakter hat, in die Offensive gelangt – in die Offensive gegenüber dem Monopolkapital, dessen Parteien, Verbänden und Medien; dass das Militär der bürgerlichen Staatsgewalt zumindest vorübergehend und teilweise neutralisiert wird; dass diese Arbeiter- und Volksbewegung allerdings auch Bastionen und Verbündete in parlamentarischen Körperschaften hat. Käme diese parlamentarische Vertretung der Bewegung – Kommunisten, Sozialisten, etwaige radikaldemokratische, antiimperialistische oder ggf. antifaschistische Verbündete – in die Gelegenheit, eine Koalitionsregierung zu bilden, die umfassend antimonopolistische Maßnahmen umsetzt (wie weiter oben im KPÖ-Programm angeführt), so wäre dies die Schaffung einer antimonopolistischen Demokratie. Nicht weil diese als zwingendes Ziel ausgegeben wurde, sondern weil sie die Bewegung mit einer gewissen Folgerichtigtkeit aus sich selbst heraus erschaffen hat. Nun sei die Frage an die Gegner des Konzepts der antimonopolistischen Demokratie erlaubt: Und dies soll man dann wirklich ablehnen?

Doch eines ist schon klar: Ein solcher Zustand einer antimonopolistischen Demokratie ist nur so stabil, wie die Bewegung über Stärke verfügt. Die Macht einer solchen Situation begründet sich nicht auf Mandate in Parlamenten, sondern auf die Klassenkämpfe auf der Straße und in den Betrieben. Wenngleich es Aufgabe der Regierung wäre, die Bewegung „von oben" zu unterstützen, so sind ihre Möglichkeiten letztinstanzlich von der außerparlamentarischen Unterstützung abhängig, wie auch nur diese ein Garant ist für die Abwehr antizipiert konterrevolutionärer oder faschistischer Gegenmaßnahmen. Und das ist auch der eigentliche Sinn der Sache: Das gesellschaftliche Kräfteverhältnis muss so geändert werden, dass die Bedingungen für den Übergang zur sozialistischen Revolution optimiert sind – das ist keineswegs nur eine organisatorische

politische und sozialökonomische Frage, sondern auch eine ideologische Aufgabe der marxistisch-leninistischen Partei, eine Frage der Bewusstseinsschaffung. Und dieser Übergang ist natürlich unerlässlich, es ist geradezu so: Wird hier nicht ein einheitlicher und permanenter revolutionärer Prozess begriffen, in dessen antimonopolistischem Stadium es um nicht anderes gehen kann als um die Eröffnung und Einleitung des Weges zur sozialistischen Umwälzung, so wäre die Herangehensweise verfehlt und in der Tat ein Einfallstor für opportunistische und revisionistische Vorstellungen gegeben. Aber von derartigem war und ist nie die Rede: Es geht nicht um einen „parlamentarischen Weg" zum Sozialismus, um kein kontinuierliches Hinübergleiten in den Sozialismus, um nichts, das mit austromarxistischen, eurokommunistischen oder transformationsideologischen Ideen zu identifizieren wäre. Es geht um eine Strategie des Klassenkampfes, deren Kern der revolutionäre Bruch mit dem Kapitalismus und die sozialistische Umwälzung darstellen.

Ebenso klar ist: Eine antimonopolistische Regierung kommt unter kapitalistischen Verhältnissen, im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft und Klassenherrschaft an die „Macht" (die nur eine Regierungsverantwortung ist, keine gesellschaftliche Herrschaft). Es handelt sich aber nicht einfach um eine Regierungsbeteiligung marxistisch-leninistischer Parteien zum Zwecke der „sozialeren" Kapitalismusverwaltung – dies wäre in der Tat abzulehnen –, sondern sie muss für die marxistisch-leninistischen Kräfte – in der Regierung, in Parlamenten und außerhalb dieser sowie in neuen gesellschaftlichen demokratischen Basisstrukturen – Instrument der Organisierung und offensiven Führung des Klassenkampfes sein. Ist das nicht der Fall – oder misslingt dies aufgrund der Schwäche der beteiligten Marxisten-Leninisten –, so verfehlt sie ihren Zweck und ist zu revidieren. Insofern ist die antimonopolistische Demokratie auch kein Muss, falls die Bedingungen anderes gebieten – man wird sich niemals die Hände binden, sondern Strategie und Taktik immer überprüfen und ggf. anpassen.

Eine letzte Tatsache ist: Die antimonopolistische Demokratie belässt dem Gegner immer noch genügend Handlungsspielräume, egal wieviele Großunternehmen und Betriebe entprivatisiert werden, egal wieviele z.B. volksdemokratische oder Rätestrukturen bereits als Keimzellen einer künftigen Herrschaftsausübung geschaffen werden, egal welche progressiven Verfassungsbestimmungen erlassen werden etc. – es handelt sich ja noch immer nicht um die Diktatur des Proletariats, um eine sozialistische Demokratie, die erst in der Lage sein wird, die alten Herrscherklassen umfassend und in jeder Hinsicht zu entmachten und niederzuhalten. Dies muss der nächste Schritt der revolutionären Kräfte sein, andernfalls ist der Rückschlag nur eine Frage der Zeit.

Schlussbemerkungen

Die Erfahrungen der sozialistischen Umwälzungen des 20. Jahrhunderts – und wahrlich beginnend mit den russischen Revolutionen im Jahr 1917 – zeigen recht deutlich die Bedeutung der Bündnispolitik auf. Ebenso verweisen sie auf die Möglichkeit und Relevanz vorgelagerter Durchganssituationen, die noch kein Sozialismus sind und in diesem Sinne keinen revolutionären Bruch bedeuten. Zu guter letzt sind es die volle Entfaltung des Imperialismus als SMK und gerade die konkreten Bedingungen seit der Konterrevolution in der UdSSR und Osteuropa, die es nahelegen, auch heute eine antimonopolistische Strategie zum Sozialismus zu verfolgen. Dass künftige Wege zum Sozialismus zwingend über die antimonopolistische Demokratie führen, ist indessen nicht gesagt, doch ist man in Österreich gut beraten, dies weiterhin als wahrscheinliche Möglichkeit im Rahmen einer antimonopolistischen Strategie zu bewerten. Das Resultat liegt ohnedies in der Praxis.

Dass die KPÖ 1982 mit ihrem Parteiprogramm einen wichtigen Beitrag zur revolutionären Strategie geleistet hat, sollte nicht ausgeblendet werden. In der Programmdiskussion der PdA muss diese wichtige Vorarbeit berücksichtigt werden, will man nicht hinter diesen Stand der Dinge zurückfallen. Tatsächlich sind 31 Jahre – oder mittlerweile sogar 33 – seit Beschluss des KPÖ-Parteiprogramms „Sozialismus in Österreichs Farben" eine lange Zeit. Nur ein äußerst geringer Teil der heutigen PdA-Mitgliedschaft war damals, 1982, bereits in der KPÖ, in der KJÖ, im KSV oder im GLB organisiert und aktiv. Offensichtlich ist es notwendig, einen gewissen Teil der Mitgliedschaft mit den Ergebnissen langer ideologischer und theoretischer Auseinandersetzungen gründlich vertraut zu machen.

Denn die PdA kann ihre Herkunftslinie nicht nur nicht in ein ahistorisches Vakuum verlegen, wo es nun zunächst darum ginge, die Erfindung des Rades neu zu diskutieren. Sie kann sich vor allem nicht in die ideologische Entwicklungslinie jener Einschätzung stellen, die KPÖ sei bereits in den 1970er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts eine revisionistische Partei gewesen. Das ist die Linie der „K-Gruppen". Dann wäre das Ringen um eine marxistisch-leninistische Mehrheit in der KPÖ, das bis 2004 anhielt, bereits hinfällig gewesen. Dann wären in letzter Konsequenz aber auch die Gründung der KI wie eben auch jene der PdA unnötig oder sogar falsch gewesen. Stattdessen hätte es einen Anschluss an die MLPÖ oder die komak-ml geben müssen. Und die heutige PdA-Führung müsste umgehend Fusionsgespräche mit der IA.RKP unter deren programmatischer Federführung einleiten.

Die wohl bessere und realitätsnähere Alternative für die PdA ist, die antimonopolistische Strategie zum Sozialismus unter den gegenwärtigen Bedingungen und rund um die soziale und nationale Frage zu erneuern, d.h. insbesondere die Monopolmacht und die EU-Mitgliedschaft Österreichs sowie deren Folgen zu analysieren und als Ansatzpunkte einer konkreten Strategie zu nützen. Die Frage der antimonopolistischen Demokratie wird unterdessen kaum mit jeweils sorgfältig ausgewählten Lenin-Zitaten zu diskutieren sein, nicht mit Hinweisen auf heutige Positionen anderer Parteien mit gänzlich anderen objektiven und subjektiven Voraussetzungen, Bedingungen und Historien in anderen Ländern, und auch nicht mittels eines theoretisch-ideologischen Resetknopfes, der wesentliche Entwicklungsschritte und -linien in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung nonchalant liquidiert. Die antimonopolistische Demokratie muss als das gesehen werden, was sie ist: Eine politische Möglichkeit in der Praxis einer antimonopolistischen Bewegung, somit eine theoretische Möglichkeit einer antimonopolistischen Strategie.

Von Tibor Zenker.

Anmerkungen

1 Aufruf des 1. Plenums der Kommunistischen Initiative, Wien, 20. Jänner 2005.
2 Sozialismus in Österreichs Farben – Programm der KPÖ. Wien 1982, S. 39f.
3 Gründungs- und Grundsatzerklärung der PdA Österreichs. Wien 2013, Art. 25.
4 Gründungs- und Grundsatzerklärung der PdA Österreichs. Wien 2013, Art. 25.
5 Sozialismus in Österreichs Farben – Programm der KPÖ. Wien 1982, S. 42.
6 Gründungs- und Grundsatzerklärung der PdA Österreichs. Wien 2013, Art. 27.
7 Gründungs- und Grundsatzerklärung der PdA Österreichs. Wien 2013, Art. 14.
8 Gründungs- und Grundsatzerklärung der PdA Österreichs. Wien 2013, Art. 4.
9 Gründungs- und Grundsatzerklärung der PdA Österreichs. Wien 2013, Art. 27.
10 Sozialismus in Österreichs Farben – Programm der KPÖ. Wien 1982, S. 45.
11 Sozialismus in Österreichs Farben – Programm der KPÖ. Wien 1982, S. 45.
12 Sozialismus in Österreichs Farben – Programm der KPÖ. Wien 1982, S. 46.
13 Sozialismus in Österreichs Farben – Programm der KPÖ. Wien 1982, S. 49.

Monopolkapital und Kleinunternehmertum in Österreich

Antimonopolistische Demokratie auf dem Prüfstand

Es gilt zu prüfen, ob die „antimonopolistische Demokratie“, wie sie von Ernst Wimmer und anderen vorgestellt wurde, in Anbetracht des Grades der Konzentration und Zentralisation des Kapitals in Österreich zeitgemäß ist. Ich will dabei nicht der Frage nachgehen, ob dieses Konzept unter gewissen anderen Bedingungen seine Berechtigung hat, sollte es im hier und jetzt nicht Bestand haben. Vielmehr gilt es zu prüfen, ob das Konzept, wie es vorliegt, für die heutigen Verhältnisse tragfähig ist. Ernst Wimmer schreibt 1974: „Eine qualitative Erweiterung und Sicherung der Demokratie verlangt nicht weniger als die Entmachtung der Monopole unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei. Für die Befreiung der Arbeiterklasse genügt freilich nicht bloß die Entmachtung der Monopole. Sie verlangt mehr: die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, welche die Produktion der Gesellschaft in allen wichtigen Bereichen bestimmen.“ (Wimmer 1974: 8 f.) Es wäre zu fragen, ob die Entmachtung der Monopole, welche die gesamte Wirtschaft dominieren und durchdringen, heute im Wesentlichen gleichbedeutend wäre mit einer umfassenden Vergesellschaftung der Produktionsmittel, zumindest in allen wichtigen Bereichen. Zu den wichtigsten Produktionsmitteln zählen jene der großen Industrie. Dazu kommen aber auch die Baubranche, die Banken, Fonds und Versicherungen, das Post- und Telekommunikationswesen, die Transportmittel und die großen Handelsbetriebe.

Das Großkapital in Österreich

Betrachtet man die Unternehmen in Österreich nach Beschäftigungsgrößenklassen so ergibt sich zunächst das Bild, dass kleine und mittlere Unternehmen einen großen Anteil an Österreichs Wirtschaft haben. Dieses Bild ist noch nicht sehr aufschlussreich, da es über die tatsächliche Herrschaft der Monopole wenig aussagt. Dennoch liefert es einen Hinweis über die Konzentration des Kapitals. Kleine und mittlere Unternehmen weisen in Österreich von 1988 bis 2000 zwar ein gleich starkes Beschäftigungswachstum aus wie Großunternehmen, die reale Wertschöpfung in großen Unternehmen wächst jedoch rascher als in den kleinen und mittleren Betrieben. (vgl. Europäische Kommission 2000: 67) Unternehmen mit 250 Mitarbeitern und darüber hinaus machen 2011 zwar nur 0,3 Prozent der gesamten Unternehmen in Österreich aus, bei ihnen arbeiten aber 32,6 Prozent aller Beschäftigten. Große Unternehmen vereinen 36,4 Prozent aller Umsatzerlöse auf sich, ihr Anteil am gesamten Produktionswert macht 41,3 Prozent aus und sie tragen 41,1 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei. Auf Unternehmen mit 50 bis 249 Mitarbeitern entfallen 18,8 Prozent aller Beschäftigten, sie erzielen 26,4 Prozent aller Umsatzerlöse, ihr Anteil am gesamten Produktionswert macht 25,9 Prozent aus und sie tragen 21,7 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei. (vgl. Statistik Austria 2014) Die Unterscheidung zwischen Großunternehmen und Klein- und Mittelunternehmen nach den gängigen Beschäftigungsgrößenklassen ist jedoch sehr fragwürdig. So bemerkte das WIFO, dass die Bruchlinie von Klein- zu Großbetrieben in vielen Bereichen zwischen Unternehmen mit bis zu 99 Beschäftigten und jenen mit 100 und mehr Beschäftigten verlaufen dürfte. „Die Entwicklungs- und Verhaltensindikatoren der Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten weichen deutlich von jenen der Unternehmen mit 100 bis 499 Beschäftigten ab, anderseits nähern sich die Indikatoren (Investitionsquote, Gewinnquote u.a., Anm.) von Unternehmen zwischen 100 und 999 Beschäftigten zunehmend an.“ (Hahn 1992: 44) Erst Unternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigten entwickeln sich wiederum signifikant verschieden von den Unternehmen mit 500 bis 999 Beschäftigten.

Betrachten wir den Bereich der Industrie und fragen danach, wem die Produktionsmittel gehören, so stellt sich zunächst heraus, dass die zentralen industriellen Sektoren von Großunternehmen beherrscht werden. Insgesamt macht der Anteil der Großbetriebe am gesamten industriellen Produktionswert 68,9 Prozent aus. In den produktionsintensivsten Fachverbänden der Industrie (Maschinen und Metallwaren Industrie, chemische Industrie, Elektro- und Elektronikindustrie, Fahrzeugindustrie), die mehr als die Hälfte des industriellen Produktionswerts erwirtschaften, ist ihr Anteil oft noch höher. (vgl. IWI 2006: 19 f.) Aber obwohl in der chemischen Industrie von insgesamt 300 Unternehmen nur 17 mehr als 500 Arbeitnehmer beschäftigten (vgl. FCIO 2014), sind nur rund ein Drittel von 84 befragten Mitglieder des Fachverbandes der chemischen Industrie Österreichs als eigenständige Unternehmen einzustufen, rund zwei Drittel der Befragten sind Teil oder Mutterunternehmen eines internationalen Konzerns. (vgl. IWI 2008: 14) Überhaupt ist die Konzernierung in der Industrie sehr weit fortgeschritten. Untersucht man die 250 größten Industrieunternehmen Österreichs (vgl. Industriemagazin 2014), die den Großteil ihrer Wertschöpfung mit industrieller, produzierender Tätigkeit erzielen und addiert den Umsatz dieser Muttergesellschaften (Gruppenabschluss), so ergibt sich, dass dieser 2012 in etwa dem gesamten Umsatzerlös der Industrie in Österreich entspricht. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese Konzerne die Industrie vollkommen beherrschen, da die Umsätze, die von ausländischen Töchtern bezogen werden, miteinkalkuliert sind. Rechnet man diese anteilsmäßig heraus (nach Angaben der Statistik Austria), kommt man zu dem Ergebnis, dass die 250 größten Industriekonzerne in etwa 68 Prozent des gesamten Umsatzes der heimischen Industrie auf sich vereinen.[1]

Noch eindeutiger fällt der Befund für das Bankenwesen aus. Die Konzentration hat in den letzten Jahren beständig zugenommen. Betrug der Marktanteil der größten 10 Bankkonzerne gemessen an der Bilanzsumme 2000 noch 67,2 Prozent so stieg er im Jahr 2005 auf 82,7 Prozent. Die fünf größten Banken halten einen Marktanteil von 71,5 Prozent im Jahre 2005 gegenüber 59,3 Prozent im Jahre 2000. (vgl. AK Wien 2007: 39)

Auch der Handel ist hoch konzentriert. Im Lebensmittelhandel hat eine ständige Marktkonzentration stattgefunden. Laut Lebensmittelbericht Österreich (BMLFUW, 2003) liegt der Marktanteil der vier größten Unternehmen bei 83 Prozent, die zwei größten Unternehmen beherrschen gemeinsam nahezu 60 Prozent des Marktes. Auf den Marktführer Rewe entfällt ein Drittel des österreichweiten Lebensmittelgeschäfts. (vgl. Neunteufel/Pfusterschmid 2006: 33) Laut Handelsblatt vom Oktober 2012 kommen im Sportartikelhandel fünf große Unternehmen auf 89 Prozent Marktanteil, bei den Baumärkten vereinen fünf Ketten 86 Prozent, im Drogerie- & Parfümeriehandel kommen fünf große Unternehmen auf 85 Prozent, im Möbelhandel haben die Lutz-Gruppe, Leiner/Kika, Ikea, Garant und die MHK Group 78 Prozent, im Schuhhandel haben Leder & Schuh, Deichmann, ANWR Garant, Ringschuh und Stiefelkönig 63 Prozent und im Bekleidungshandel vereinen Hennes&Mauritz, C&A, P&C, KiK und Vögele 35 Prozent Marktanteil. (vgl. Handelsblatt 31.10. 2012)

KMU im Gefüge des Großkapitals

Mittels Kapitalbeteiligungen sind KMU teils in das Gefüge des Großkapitals integriert. Entscheidend für die Frage, wem die Wirtschaft gehört, ist die Konzentration der Beteiligungen in den Händen der Letzteigentümer. Die Beteiligungen an Kapitalgesellschaften sind in Österreich in wenigen Händen konzentriert. Rund 64 Prozent aller protokollierten Unternehmen in Österreich sind GmbHs, die rund 90 Prozent des Eigenkapitals aller nichtfinanziellen Unternehmen in Österreich auf sich vereinen. Rund 3 Prozent der österreichischen Haushalte halten direkte GmbH-Beteiligungen. Der Gesamtwert dieser Beteiligungen beläuft sich auf 18,6 Mrd. Euro. Die Top-10-Prozent der GmbH-Beteiligungsbesitzer besitzen mit 17,1 Mrd. Euro rund 92 Prozent, das Top-Promille rund 39 Prozent und das Top-Zehntausendstel rund ein Viertel des Werts dieser GmbH-Beteiligungen. Die Privatstiftungen in Österreich halten Beteiligungen im Wert von 9,2 Mrd. Euro. Das ist etwa die Hälfte des Gesamtwertes der Beteiligungen der Einzelpersonen. Die Top-10-Prozent halten rund 80 Prozent, die Top-1-Prozent rund 41 Prozent des Gesamtwerts dieser Beteiligungen. (vgl. Andreasch/Fessler/Schürz 2009)

Zu den herkömmlichen Beteiligungen am Kapital von KMU kommen Beteiligungen durch sogenanntes Risikokapital, das von Risikokapitalfonds in KMU investiert wird um sich Anteile zu sichern, die nach einiger Zeit von den Risikokapitalgebern gewinnbringend abgestoßen werden. Geht man davon aus, dass die Risikokapitalinvestitionen in KMU zur Gänze eigenkapitalerhöhend wirken, so wäre jedoch der Beitrag von Risikokapital zur Steigerung der Eigenkapitalquote 2010 bei nur rund 0,15 Prozent anzusiedeln und damit kaum spürbar. (vgl. WIFO 2013)

Anders sieht es mit der Bedeutung von Krediten für kleine und mittlere Unternehmen aus. Diese sind in ihrer Finanzierung erheblich von Bankkrediten abhängig. Kleinstunternehmen weisen im Schnitt überhaupt nur eine Eigenkapitalquote von knapp 10 Prozent aus. Kleinunternehmen weisen eine Eigenkapitalquote von rund 20 Prozent auf und mittelgroße Unternehmen eine von rund 29 Prozent (Zahlen beziehen sich auf 2007/08). Bei derart geringen Eigenkapitalquoten – bei 23 Prozent der Unternehmen bewegt sich die Eigenkapitalquote zwischen 0 und 20 Prozent, 36 Prozent der Unternehmen haben überhaupt eine negative Eigenkapitalquote (Verschuldung) – und der hohen Abhängigkeit von der Finanzierung mittels Krediten (vgl. Hölzl 2009: 980) kann wohl kaum von wirklich eigenständigen Unternehmungen gesprochen werden. Diese sind in hohem Maße von den Banken abhängig.

Hinzu kommt, dass KMU oft Zulieferer für Großkonzerne sind und wirtschaftlich stark an sie gebunden sind, ohne unbedingt mit ihnen über Anteilsbesitz verflochten zu sein. Große internationale Konzerne mit einem Marktanteil von mindestens 1 Prozent des globalen Weltmarktanteils aus inländischer Produktion in den Kernaktivitäten oder 10 Prozent des inländischen Branchen-Bruttoproduktionswertes kooperierten 2008 bei steigender Tendenz mit rund 95.000 Zuliefer- und Dienstleistungsunternehmen in Österreich (inklusive Doppelzählungen) – davon 87 Prozent KMU. (vgl. Industriellenvereinigung 2008: 4 f.) Jürgen Leibiger kommt in einer Untersuchung für Deutschland zu dem Schluss, dass viele kleine und mittlere Unternehmen, die formal selbständig sind und auch keine Beteiligungen aufweisen, durch Lieferverträge und andere wirtschaftliche Abhängigkeiten fest an die Großkonzerne und ihr Umfeld gebunden und von deren Wohl und Wehe abhängig sind. Damit ist der wirtschaftliche Bedeutungszuwachs des Großkapitals noch viele größer, als dies die Analyse des formalen Eigentums oder der Verfügung über fremdes Kapital, von Beteiligungen und personellen Verflechtungen offenlegen würde. (vgl. Leibiger 2014: 141)

Nichtmonopolistische Bourgeoisie und selbstständige Mittelschicht

1. Kleine und mittlere Unternehmen

Kleine und mittlere Unternehmer befinden sich teils an der Schwelle zur Monopolbourgeoisie in ihrer übergroßen Mehrheit zählen sie zur selbstständigen Mittelschicht oder befinden sich an der Grenze zu dieser. Es wäre jedoch irreführend kleine und mittlere Unternehmen die nicht der selbstständigen Mittelschicht zuzurechnen sind durchgehend als nichtmonopolistische Unternehmen zu klassifizieren, da die kleinen und mittleren Unternehmen in vielen Fällen nicht eigenständig, sondern Tochterunternehmen von großen Konzernen sind. Kleine und mittlere Unternehmen sind somit teils dem Monopolkapital direkt unterstellt oder aber durch vielfältige Formen der finanziellen und arbeitsteiligen Abhängigkeit in den Reproduktionsprozess des Monopolkapitals eingegliedert. Zwar tun sich auch Gegensätze zwischen KMU und Großunternehmen auf – vor allem ihr geringerer Anteil am Gesamtprofit, der geringere Einfluss auf die ökonomische und politische Macht sind hier zu nennen –, durch ihre Abhängigkeit vom Großkapital sind sie aber auch fest an dieses gebunden. Abhängig vom Monopolkapital sind KMU einerseits im Sinne einer Benachteiligung gegenüber dem Großkapital andererseits aber auch in dem Sinne, dass sie auf das Großkapital angewiesen sind, um bestehen zu können. 2011 gab es 313.605 kleine und mittlere Unternehmen in Österreich. Diese machten 2011/2012 einen durchschnittlichen Gewinn von rund 45.700 Euro. KMU geraten einerseits unter den Druck des Großkapitals. So zeichnet sich der Markt durch Preisdumping und starke Konkurrenz vor allem durch Großunternehmen aus. Zum anderen vertreten KMU entschieden die Position des Kapitals gegen die Interessen der Arbeiterschaft. In stärkerem Maß noch als die Marktsituation macht den Unternehmen die „Personalfrage“ zu schaffen. Dies betrifft unter anderem die „hohen Personalkosten“ sowie auch den Mangel an Fachkräften. Mehr als ein Viertel der KMU fordert Erleichterungen mit Bezug auf die Steuer- und Bürokratielast. Die meisten Probleme bereiten die Finanzierung und der Zugang zu Fremdkapital aufgrund der geringen Eigenkapitalquote. (vgl. KMU-Plattform 2009) Innerhalb der KMU gilt es noch einmal zu differenzieren. So sind Unternehmen mit mehr als 99 Beschäftigten eher den Großunternehmen zuzurechnen (Investitionsquote, Gewinnquote). Am anderen Ende des Spektrums stehen Mikrobetriebe welche die große Mehrheit der KMU ausmachen. 2011 gab es 271.500 solcher Unternehmen mit 0 bis 9 Beschäftigten.

2. Mikrounternehmen

Die Mikrounternehmer, zu denen auch die Unternehmer von Ein-Personen-Unternehmen gehören, zählen zu der selbständigen Mittelschicht. Sie sind überwiegend Alleineigentümer ihrer Unternehmen und arbeiten meist selbst im Betrieb mit (schaffen Wert). Mikrounternehmer stehen unter enormem finanziellen Druck, sodass oft der Wunsch besteht, fix angestellt zu sein. Sie sind zwar in erheblichem Maße von den Monopolen abhängig und vertreten Kapitalinteressen, stehen aber Einkommensmäßig oft nicht viel besser da als Lohnabhängige. Sie wünschen sich vielfach eine Kooperation mit anderen kleinen Unternehmen und die Produktionsmittel über die sie verfügen sind nicht von großem Ausmaß. Eine Studie für die Steiermark gibt an, dass der typische Mikrounternehmer 60,7 Stunden pro Woche arbeitet, er hat im Schnitt 2,7 fix angestellte Mitarbeiter. Die untersuchten Mikrounternehmen sind im Bereich Bau- und Baunebengewerbe, Gastronomie/Tourismus, Handel/KFZ, Persönliche Dienstleistungen, Produktion/Handwerk, Transport und Unternehmensbezogene Dienstleistungen angesiedelt. Mikrounternehmen bearbeiten aufgrund ihrer Größe in erster Linie Märkte in der eigenen Umgebung. Lediglich 4,3 Prozent der Geschäftsführer bzw. Leiter der befragten Mikrounternehmen sind nicht Eigentümer des Betriebs, 79,5 Prozent sind hingegen Alleineigentümer. Naturgemäß ist dieser Wert bei Ein-Personen-Unternehmen noch höher (89,2 Prozent). Mikrounternehmen wünschen sich vor allem eine Entlastung bei den Lohnnebenkosten, eine Sozialabgabenkürzung, Steuerentlastung und eine Steuersenkung

sowie Bürokratiesenkung usw. Fast ein Viertel (23,2 Prozent) der befragten Mikrounternehmer ist mit seiner beruflichen Situation unzufrieden und würde sich stattdessen eine angemessene unselbstständige Tätigkeit wünschen. Dies vor allem auch wegen der schlechte wirtschaftlichen Situation, dem Wunsch nach mehr Freizeit und geregelten Arbeitszeiten, dem Wunsch nach umfassender Versicherung, Urlaub und anderen Vergünstigungen, eine angemessene Bezahlung und fixes Einkommen, geringeres wirtschaftliches Risiko und finanzielle sowie soziale Sicherheit u.a. (vgl. Initiative Taten statt Worte 2009)

3. Ein-Personen-Unternehmen

Vor allem Unternehmer von Ein-Personen-Unternehmen sind einkommensmäßig den Lohnabhängigen in weiten Teilen gleichzusetzen. Zwar sehen sich viele von ihnen als „überzeugte Unternehmer", oft ist ihr Einkommen aber gering. Unternehmer von EPU sind auch in die monopolistischen Strukturen integriert, sie verfügen aber in geringem Maß über Produktionsmittel und beuten zumeist2 nur ihre eigene Arbeitskraft aus. 56 Prozent der österreichischen Unternehmen sind Ein-Personen-Unternehmen. Ihre Anzahl stieg von 238.300 im Jahr 2010 auf 251.200 im Jahr 2012. Viele Unternehmensbereiche wie Rechnungswesen, IT, kreative Dienstleistungen, Reinigung u.a. sind heute von den großen Unternehmen ausgelagert und werden von Selbstständigen betrieben. Mehr als drei Viertel der EPU sind hauptberuflich geführt (63 Prozent in einem Vollzeitausmaß, 15 Prozent Teilzeit). Das Umsatzniveau der hauptberuflichen Vollzeit-EPU liegt bei 6 Prozent unter 10.000 Euro, bei 21 Prozent jedoch über 100.000 Euro. Höhere Umsätze werden tendenziell von den EPU im Handel geringere von den EPU im Gewerbe und Handwerk erzielt. Vor allem in den kleinsten Umsatzgrößenklassen konnte der angesetzte Unternehmerlohn (15.450 Euro bei Unternehmen bis 50.000 Euro Jahresumsatz) nicht verdient werden. (vgl. WKO 2013: 10 f.)

KMU als Bündnispartner im Kampf für den Sozialismus?

Die nichtmonopolistische Bourgeoisie ist fest an das Monopolkapital gebunden, sei es über Beteiligungen, Kredite oder Lieferbeziehungen. Dennoch, oder auch gerade deshalb, tun sich Gegensätze zwischen nichtmonopolistischer Bourgeoisie und Monopolbourgeoisie auf, besonders hinsichtlich der geringeren Partizipation kleiner und mittlerer Kapitale an dem gesellschaftlichen Gesamtprofit. Diese Differenzierung verläuft jedoch hinein bis in das Monopolkapital selbst. Große Monopole, vor allem die finanzkapitalistisch organisieren Monopole, generieren Profitraten, die höher sind als die kleinerer Monopole, die nicht so sehr in den Genuss von Gewinnen aus Finanzinvestitionen und Spekulationen kommen. Auch dieser Gegensatz wird nicht im Sinne einer revolutionären „Bündnispolitik" der Arbeiterbewegung mit Teilen der Monopolbourgeoisie genutzt. Auf dem Weg zum Sozialismus gilt es jedoch jene Teile des Kleinunternehmertums zu gewinnen, die auch vom Monopolkapital abhängig sind, die aber aufgrund ihrer sozialen Lage Auswege aus dieser Abhängigkeit suchen. Bei Unternehmern größerer nichtmonopolistischer Betriebe, welche selbst Leitungs- und Aufsichtsfunktionen innehaben und die von ihrer Eigentümerstellung entschieden profitieren, wie überhaupt auch von den Vorzügen der Kooperation mit den Monopolen, wird das Interesse überwiegen, Maßnahmen gegen die Ansprüche der Arbeiterklasse durchzusetzen. Als Unternehmer, so sie dies denn überhaupt anstreben, sind sie ohnehin unfähig, Interessen gegen das Monopolkapital durchzusetzen, sie bräuchten also die Arbeiterklasse als Verbündete. Vor diesem Bündnis werden sie sich hüten, steht doch insgesamt das Privateigentum an den Produktionsmitteln auf dem Spiel. Die revolutionäre Partei hingegen kann von einem möglichen Bündnis mit den Produktionsmittelbesitzern nichts gewinnen, wozu sie nicht die Mehrheit der Arbeiterklasse benötigen würde. Um die Monopole zu entmachten, bedarf es der Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Schichten (selbstständige Mittelschichten, lohnabhängige Mittelschichten, werktätige Bauern usw.). Aber die Entmachtung der Monopole ist weitgehend gleichbedeutend mit einer umfassenden Vergesellschaftung der wichtigen Produktionsmittel. Eine Zwischenstufe hin zum Sozialismus, die genau dies beinhaltet ist nicht nur überflüssig, sondern unmöglich. Die erste Phase des Sozialismus kann einschließen, dass die kleinen und mittleren Unternehmen vor einer Enteignung (vorerst) geschont werden. Ein Bündnis der Arbeiterklasse mit den nichtmonopolistischen Kapitalisten für den Sozialismus ist jedoch ausgeschlossen. Viel eher gilt es, Schichten herauszubrechen, die zwar auch in der Abhängigkeit der Monopole stehen, die aber von ihrer sozialen Lage her zwischen Bourgeoisie und Proletariat schwanken, die selbst in der Produktion Hand anlegen und die trotz Produktionsmittlebesitzes nicht unbedingt ein Interesse am Fortbestand des Kapitalismus haben. Ein Bündnis mit einigen Mikrounternehmern ist daher nicht ausgeschlossen, sondern im Gegenteil gilt es diese für den Sozialismus zu gewinnen.

Literatur

AK Wien. 2007. Märkte – Wettbewerb – Regulierung. Wettbewerbsbericht der AK 2006. Teil 2. Wien

Andreasch, Michael/Fessler, Pirmin/Schürz, Martin. 2009. Unternehmensbeteiligungen der privaten Haushalte in Österreich – Evidenz auf Basis von Mikrodaten. In: Geldpolitik und Wirtschaft Q4/09

Europäische Kommission. 2000. Das Europäische Beobachtungsnetz für KMU. Sechster Bericht. Luxemburg

Hahn, Franz. 1992. Entwicklung der Unternehmen nach Größenklassen in den achtziger Jahren. In: WIFO. Monatsberichte 1/92

Hölzl, Werner. 2009. Österreichs kleine und mittlere Unternehmen in der Finanzmarktkrise. In: WIFO. Monatsberichte 12/2009

Industriellenvereinigung. 2008. Internationale Leitbetriebe in Österreich. Factsheet 2008. Wien

Initiative Taten statt Worte. 2009. Mikrounternehmen in der Steiermark. Graz

IWI. 2006. Struktur und Entwicklung der Industrie Österreichs (Kurzfassung). Wien

IWI. 2008. Die Chemische Industrie Österreichs. Eine detaillierte Branchenuntersuchung. Wien

KMU-Plattform. 2009. Erste Ergebnisse der „Bedürfnisanalyse 2009 in österreichischen KMU" liegen bereits vor... Auf: http://www.openpr.de/pdf/350328/Erste-Ergebnisse-der-Beduerfnisanalyse-2009-in-oesterreichischen-KMU-liegen-bereits-vor.pdf, 17.11.2014

Leibiger, Jürgen. 2014. Wem gehört die Republik? Empirisches zum Eigentum im deutschen Finanzmarktkapitalismus. In: Z. Nr. 98, Juni 2014

Neunteufel, Marta/Pfusterschmid, Sophie. 2006. Das Ernährungssystem und die Landwirtschaft. In: Esskultur <-> Agrikultur. Beiträge des Symposions über Essen und Landwirtschaft in unserem heutigen Schlaraffenland. Wien

WIFO. 2013. Risikokapital in Österreich. Angebots- und nachfrageseitige Erklärungen der geringen Ausprägung und Empfehlungen zu ihrer Überwindung. Wien

Wimmer, Ernst. 1974. Antimonopolistische Demokratie und Sozialismus. Wien

WKO. 2013. Wirtschaftskraft KMU. Vorfahrt für Österreichs KMU. Wien

Internetseiten

FCIO: www.fcio.at

Industriemagazin: www.industriemagazin.at

Statistik Austria: www.statistik.at

Anmerkungen

1 Berechnungen nach Angaben der Statistik Austria für 2010 und die Gesamtwirtschaft. Berücksichtigung in der Schätzung finden Auslandstochterunternehmen von in Österreich ansässigen Unternehmen die mehrheitlich unter inländischer Kontrolle stehen. Die Umsatzerlöse wurden vollständig den österreichischen Unternehmen zugerechnet. Konzernkonsolidierungen wurden nicht berücksichtigt, weshalb das Ergebnis von 68 Prozent etwas zu niedrig angesetzt sein dürfte.

2 EPU dürfen keine fest angestellten Mitarbeiter beschäftigen. Unter „fest angestellt" wird die Anstellung ab fünf Monaten pro Jahr verstanden.

Die Lage in Griechenland und die Strategie der kommunistischen Bewegung

Wir wollen uns in diesem Artikel mit einigen Seiten der gängigen Kritik an der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) auseinandersetzen. Diese Auseinandersetzung ist deswegen wichtig, weil sie nicht nur außerhalb der kommunistischen Bewegung, sondern auch – international – innerhalb dieser erhoben wird. Wir möchten uns hier nicht mit den Intentionen dieser Kritik beschäftigen, die man meist ohnehin schwer beurteilen kann, weil man bemerkenswerterweise häufig, sowohl in gegenüber der KKE gut-, als auch in bösgesinnten Kritiken, dieselben oder ähnliche Argumente entdeckt.

Zunächst muss der Gegenstand der Kritik bestimmt werden. Man kann feststellen, dass in der einen oder anderen Weise hauptsächlich die Bündnispolitik oder auch bloß die politische Haltung der KKE gegenüber anderen politischen Kräften kritisiert oder sogar angegriffen wird. Dabei spielt die rechtsopportunistische, inzwischen vollkommen sozialdemokratisierte Partei SYRIZA eine wichtige Rolle, obwohl man auch bemerken muss, dass nicht alle Kritiker und Kritikerinnen die Zusammenarbeitsverweigerung der KKE mit SYRIZA oder die Einschätzungen der KKE zu dem Charakter dieser Partei in Frage stellen. Dies ist eine wichtige Demarkierungslinie zwischen verschiedenen kritischen Ansätzen.

Da aber SYRIZA *de facto* nicht nur im Zentrum der Öffentlichkeit steht, sondern auch in der innerkommunistischen Diskussion immer wieder auftaucht, ist es wichtig sich auch mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Dabei geht es um zwei Sachen: Einerseits geht es um die konkrete Einschätzung des Charakters von SYRIZA oder auch Kräften ähnlicher Gesinnung und Ausrichtung in Griechenland, aber auch weltweit. Andererseits geht es aber auch um tiefergreifende Fragen prinzipieller Natur, die mit der Strategie der Kommunistischen Partei zu tun haben, wie die des Charakters des bürgerlichen Staats, der Teilnahme an bürgerlichen Regierungen, oder der Verwaltung der kapitalistischen Krise. Diese Fragen betreffen schließlich auch einige der Kritiken, die über die Frage der Zusammenarbeit mit SYRIZA hinausgehen.

Wir werden aber diese Kritiken weder vereinzelt behandeln noch direkt konfrontieren. Was wir versuchen werden, ist, diese zu entkräften, indem wir unmittelbar die objektive Situation und die betreffenden theoretischen Grundlagen behandeln. Der Boden, auf dem derartige Kritik wächst und sich nährt, ist ein bestimmtes Verständnis der Wirklichkeit. Die beste Antwort kann also nur die Untersuchung der Wirklichkeit selbst sein. Dabei geht es aber nicht primär darum, irgendwelche Teilerscheinungen oder einfache Episoden in dem allgemeinen Prozess journalistisch darzustellen, sondern die grundlegenden, strukturellen Verhältnisse zu untersuchen, weil uns in Wirklichkeit nicht hauptsächlich die Information fehlt, sondern die solide Basis einer sinnvollen Diskussion über Fragen der Strategie und Taktik der kommunistischen Bewegung. Wir stellen keinen Anspruch auf eine allumfassende wissenschaftliche Behandlung des Sachverhalts, sondern zielen nur darauf, einen Anstoß für eine wesentliche und notwendige Diskussion zu geben.

Die ökonomischen und politischen Verhältnisse in Griechenland

Wir werden nicht mit der Beschreibung der aktuellen Entwicklungen und der Parteipositionen beginnen, sondern mit den ökonomischen und politischen Verhältnissen. Denn alle Entscheidungen, Handlungen von Individuen, Parteien und Klassen finden in einem bestimmten Rahmen statt, der schließlich die Bedeutung und Grenzen dieser bestimmen und an welchem sie auch zu messen sind.

Griechenland ist ökonomisch und politisch ein vollentwickeltes **monopolkapitalistisches** Land. Darüber sollte eigentlich kein Zweifel bestehen. Die Eigenarten der Entwicklung des griechischen Kapitalismus (und solche hat es in jedem Land immer gegeben) sollte man sehr wohl in Betracht ziehen, wenn man eine konkretere Analyse vornehmen möchte, betreffen aber nicht die grundlegenden Wirtschafts- und Machtstrukturen des Landes und sind demnach für die Grundfragen strategischer Natur nicht von primärer Bedeutung. Denn darum geht es nun einmal, da sich an einem Großteil der Analysen ein derart niedriges Niveau abzeichnet, dass elementare Sachen in Frage gestellt werden, weshalb hier auf das ganz Grundlegende zurückgegangen werden muss.

Trotzdem wollen wir hier nichts von einem abstrakten Begriff ableiten. Griechenland ist ein monopolkapitalistisches Land, weil sich **die wichtigsten konzentrierten Produktionsmittel und die zentralsten Machtstrukturen in den Händen des Finanz- oder auch allgemeiner Großkapitals** befinden. Auch wenn einigen der Grad der Monopolisierung verhältnismäßig klein erscheinen mag, ist die politische Herrschaft mindestens genauso eindeutig wie in jedem anderen entwickelten imperialistischen Land. Dies ist ein empirisches Faktum, auf dem sich folgende Überlegungen begründen lassen.

Eine andere Tatsache ist, dass **die strategischen Interessen des griechischen Großkapitals mit der EU und den USA verbunden sind**. Innerkapitalistische und –imperialistische Gegensätze gibt es natürlich und kommen auch in der einen oder anderen Weise zum Ausdruck. Diese scheinen aber – mindestens momentan – nicht so zugespitzt zu sein, dass sie die allgemeine strategische Ausrichtung in Frage stellen würden. Das liegt aber vor allem daran, dass die griechische bürgerliche Klasse ihre Herrschaft im Inneren und ihren imperialistischen Einfluss im Äußeren durch das Bündnis mit den EU- und US-amerikanischen Monopolen sichern und stärken kann. Man darf nämlich die rege Aktivität, die Rolle und die Interessen des griechischen Kapitals im Balkan, dem Nahen Osten und Afrika nicht unterschätzen, wofür die transatlantische Zugehörigkeit unabdingbar ist. Umgekehrt hat das EU- und US-Kapital ausreichend Interesse, das griechische Kapital einen kleineren oder größeren Anteil an der imperialistischen Beute haben zu lassen, weil sie sich damit einen treuen Verbündeten in der Region sichern und ihre imperialistische Pläne effektiver durchsetzen können.

Diese Bündnisse tragen einige Konsequenzen und Verpflichtungen mit sich, von denen einige Kräfte das Volk abzulenken versuchen. Die EU als Bündnis zwischen kapitalistischen Staaten hat **bestimmte Zwecke** und **bestimmte Richtlinien**. In ihrer Struktur und Politik widerspiegeln sich nicht die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen, sondern höchstens die Kräfteverhältnisse zwischen den verschiedenen Monopolgruppen, aber vor allem ihr **Konsens für eine gemeinsame volks- und arbeiterfeindliche Politik** und eine **verstärkte imperialistische Machtprojektion**. Die NATO entspricht ähnlichen Zielrichtungen mit noch stärkerer militärischer Ausprägung. All das bestimmt auch **die Orientierung des griechischen Staates, die von Wahlergebnissen und Regierungsparteien unabhängig sind**.

Das bedeutet, dass einerseits die politische und wirtschaftliche Macht der Monopole unangefochten bleibt und andererseits ihre Politik eine sehr konkrete Ausrichtung hat, welche den Rahmen jeder Regierungspolitik zusätzlich einengt. **Die bürgerliche Klasse verfügt über die wichtigsten Strukturen des Staatsapparats, aber auch über andere Mechanismen des ideologischen Einflusses und der repressiven Gewalt**. Abgesehen von den Brüchen und Gegensätzen (die vor allem in den letzten Jahren unausweichlich waren) ist die Unterstützung oder zumindest die Toleranz seitens der höheren Schichten der Bevölkerung wie auch großer Teile des arbeitenden Volks gesichert. Der Druck aufgrund der Krise hat zwar Verluste und Gefahren mitgebracht, aber die Kontrolle über die Wirtschaft nicht geschwächt, sondern im Gegenteil sogar gestärkt. Die **Monopolisierung vieler Sektoren** wurde durch die Krise beschleunigt und die **Profite** der größten Unternehmen sind gestiegen. Die **Zerstörung von Produktivkräften** kann natürlich nicht als vollendet oder sogar genügend für einen Aufschwung betrachtet werden (vor allem aufgrund der internationalen Dimensionen der Krise), hat aber eindeutig die Position der einheimischen und ausländischen Monopole im Land gestärkt.

Was die wirtschaftliche und politische Macht der bürgerlichen Klasse und der Monopole bedeutet, sollte, weit von jeder Naivität, jedem Kommunisten und jeder Kommunistin klar sein. **Keine herrschende Klasse in der Geschichte hat ihre Macht freiwillig abgegeben. Und keine herrschende Klasse hat Zugeständnisse freiwillig gemacht.** Sowohl Zugeständnisse abzugewinnen, als auch der Macht sich entgegenzustellen vermochte immer nur **der organisierte und entschlossene Widerstand der unterdrückten Klassen**.

Wir setzen an dieser sehr strukturellen Sache an, weil wir glauben, dass die Bedeutung solcher Tatsachen heute, aus welchen Gründen auch immer, in den Hintergrund gerückt oder sogar gänzlich verschwiegen wird. Uns der Banalität zu bezichtigen, erlauben wir sicherlich nicht denen, die mit ihrer „linken" Sophisterei verschleiern möchten, dass sie einen Leichnam wieder beleben möchten. Uns mangelt es heute weniger an einfallsreichen „Taktiken", als an der **grundsätzlichen strategischer Orientierung der kommunistischen Bewegung**.

Verwaltung des Systems und Krise

Aber noch eine andere Tatsache soll hervorgehoben werden: die andauernde Krise des kapitalistischen Systems, die besonders in Griechenland eine heftige Ausprägung hatte und weiterhin hat. Wer den Charakter und die Natur der Krise nicht versteht, wird auch nicht in der Lage sein, die Grenzen der Verwaltung dieses Systems zu verstehen. **Die Überakkumulationskrise ist 1. eine notwendige Erscheinung der kapitalistischen Produktionsweise und kann deshalb 2. weder vermieden noch durch systemimmanente Interventionen überwunden werden**. Dass Interventionen und Regulierungsversuche die Krisen verlangsamen, ihren Ausbruch verschieben, die Lasten in der einen oder anderen Richtung umverteilen können, wollen wir prinzipiell nicht bestreiten. Was die Krise aber „löst", ist nur die **Zerstörung von Produktivkräften**. Unbestreitbar bleibt auch, dass die Widersprüche des Systems und der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit sich weiter zuspitzen und sogar einen immer größeren Teil der Bevölkerung umfassen. Das Streben in der Krise nach einer Rückkehr des kapitalistischen Wachstums ist keine klassenneutrale Sache. Denn das Opfer für diese wird die Arbeiterklasse und die Mehrheit des Volkes bringen. Und das ist groß. Freilich sind die herrschenden Klassen oft bereit bzw. gezwungen einige Bröseln dem an meisten verelendeten Teil der Bevölkerung zuzuwerfen und Teile der „Mittelschichten" zu „bestechen". Aber Arbeitsrechte, Löhne und Pensionen, die den modernen Bedürfnissen entsprechen, Sozialversicherung usw. für die Mehrheit der Lohnabhängigen sind mit den Bedürfnissen der kapitalistischen Entwicklung und Reproduktion nicht vereinbar. **Das kapitalistische Wachstum wird aus dem Schweiß und Blut der Arbeiterklasse geschaffen**.

Es lässt sich also grundsätzlich fragen, was kann man von all jenen politischen Kräften erwarten, die in der Krise das Wirtschaftswachstum als gemeinsames Ziel in den Vordergrund rücken, versprechen, dass sowohl Arbeitende als auch „gesunde Unternehmen", sowohl Kleinbauern und verarmte Selbstständige als auch Monopolgruppen gewinnen können? **Das System hat Gesetzmäßigkeiten und dem ist auch die Politik der Verwaltung der Krise unterworfen**. Aber diese Verwaltung, solange es überhaupt eine Verwaltung ist und bleibt, ist eine **Verwaltung im Interesse des Kapitals**. Denn so oder so, wenn das System ins Wackeln kommt, zahlen es immer und am Teuersten die Unterdrückten, die Machtlosen, die Unmündigen.

Zusätzlich kommt aber auch das schon genannte **Machtgefüge des Monopolkapitals**. Auch wenn man alles andere beiseitelassen würden, alle Beschränkungen, Gesetzmäßigkeiten dieser Wirtschaftsstruktur, bleibt immer noch der unleugbare Kern der gesellschaftlichen Realität: **der Klassenkampf**. Und auch da ist man gezwungen, die Sache so zu betrachten, wie sie ist, und euphorische Parolen beiseite zu lassen. Es ist nämlich nicht nur so, dass die Arbeiterklasse und die unterdrückten Volksschichten ihre Interessen nicht klar erkennen oder den Kampf effektiv und unter ihrer eigenen Fahne aufnehmen, sondern hinzu kommt gleichzeitig, dass das Kapital sehr wohl seine Interessen verfolgt und dafür die wirtschaftlichen und politischen Mittel besitzt und ausnützt. Es ist eine der gefährlichsten Illusionen, die Krise würde diese Strukturen unterminieren. Nein, sie bleiben nicht nur bestehen, sondern tendieren sogar dazu ihre aggressivsten Seiten zu zeigen.

Regierung und Bewegung

Was kann also ein Regierungswechsel in Griechenland unter den dargestellten Bedingungen bewirken? Zunächst muss festgehalten werden, dass **ein Regierungswechsel selbst in keiner Weise und auf keiner Ebene die Strukturen der kapitalistischen Wirtschaft und des bürgerlichen Staates in Frage stellt**. Denn Veränderungen solcher Art resultieren nicht aus Unterschriften von Ministern oder Gesetzeserlasse des Parlaments, sondern aus dem Kampf des Volkes und der Arbeiterklasse. Genauso wenig ändert sich der Charakter des Staates oder die Klasse, die die Macht besitzt, wenn sich Parteien in den Ämtern abwechseln. **Denn weder die Regierung noch das Parlament sind der Staat. Dieser besteht aus einer Reihe offenkundiger und heimlicher Macht- und Gewaltmechanismen, die keineswegs** klassenneutral sind, sondern „***ein Werkzeug zur Ausbeutung der unterdrückten Klasse***" (Lenin).

Die konkretere Frage ist nun: Was kann eine Regierung, die den Bruch mit diesen Strukturen der ökonomischen und politischen Herrschaft des Großkapitals in keiner Weise bestrebt, im Interesse des Volkes und der Arbeiterklasse bewirken? Woher könnte sie überhaupt die Macht ziehen, die Forderungen des Volkes durchzusetzen, wenn sie nicht die wirkliche Klassenbewegung als den einzigen Träger der sozialen und politischen Veränderung anerkennt? Aus einer parlamentarischen Mehrheit? Parlamentarische Mehrheit und Klassenbewegung sind jedoch zwei vollkommen unterschiedliche Sachen. Und diesem Unterschied sollten wir uns nicht nur bewusst sein, sondern ihm unsere volle Aufmerksamkeit schenken.

Die Klassenbewegung ist – in der einen oder anderen Weise – **der Ausdruck der Selbsttätigkeit der Massen, der Anstrengung der Massen ihre eigenen Interessen selbst durchzusetzen**. Diese Bewegung, sofern sie tatsächlich diesen

Namen verdient, gehört keiner Regierung und kann keiner Regierung gehören. Sie steht ihrem Wesen nach im Gegensatz zum bürgerlichen Staat, genau weil die Selbsttätigkeit und Selbstorganisation der Massen das Gegenteil dessen ist, was der bürgerliche Staat repräsentiert: die Unterwerfung, die Passivität, die Logik der Übertragung. Die Klassenbewegung stellt Forderungen und kämpft für diese mit den jeweils vorhandenen und angemessenen Mitteln. Die Durchsetzung dieser Forderungen hat nichts mit den Entscheidungen einer Regierung oder eines Parlaments zu tun, egal welchen ideologischen, politischen Charakter diese haben oder zu haben vorgeben. Denn sie sind nicht Teil der Bewegung, sondern Teil des Staates: des bürgerlichen Machtapparats. Die Bewegung unterstützt keine Regierung, sie gibt in ihren Forderungen nicht nach, um eine Regierung zu unterstützen.

Wir wollen bemerken, dass dies nicht bedeutet, dass die Klassenbewegung keine Struktur, Organisation, Leitung usw. hätte oder solche gar nicht brauchen würde. Ganz im Gegenteil. Aber diese Organisation muss die eigene Organisation des Volkes sein. Und es kann verschiedene politische Kräfte geben, die in der Bewegung aktiv sind. Aber sie können und dürfen nicht mit den Kräften des bürgerlichen Staatsapparates identifiziert werden. Denn die Organisation der Arbeiterklasse entwickelt sich nicht im bürgerlichen Staat oder im Schatten der Staats- und Regierungspolitik, sondern abseits und im Gegensatz zum bürgerlichen Staat.

Was bedeutet dagegen eine parlamentarische Mehrheit, wenn die bürgerlichen Machtstrukturen nicht angetastet werden? Wenn die Produktionsmitteln in privater Hand bleiben und der Staatsapparat aufrechterhalten wird? Wir wollen ein sehr einfaches Beispiel geben. Hinter den Kulissen entwickelt sich in Griechenland in den letzten Jahren eine **sehr verschärfte rechtliche Verfolgung von Gewerkschaftern**, die in Arbeitskämpfen eine hervorragende Rolle gespielt haben. Wir reden von hunderten von Menschen aus der Arbeiterklasse und auch der Bauernschaft, die einzeln sogar mit hunderten Anklagen konfrontiert werden. Von Stahlarbeitern, die nach einen neunmonatigen Streik gegen Entlassungen und Lohnkürzungen mit Haftstrafen von bis zu zwei Jahren verurteilt worden sind. Kann sich diese Situation mit einer Änderung der Regierung ändern? Zum ersten unterliegt die Judikative nicht der exekutiven und legislativen Gewalt. Denn obwohl die „Gewaltenteilung" wegen der tiefgreifenden Verflechtungen vollkommen scheinhaft erscheinen mag, sollte man nicht ihren objektiven Grund übersehen. Die Gewalten sind zwar nicht abgeschottet, aber sie haben sie beziehen ihre Macht unabhängig voneinander. Ein Richter hat selbst Macht und zusätzlich kann das Volk ihn auch nicht wählen und abwählen. Vollkommen scheinhaft ist nur, dass diese Macht unabhängig von den bestehenden ökonomischen Verhältnissen ist. Der springende Punkt ist, dass dieser Aufbau des bürgerlichen Staates die Herrschaft der Bourgeoisie festigt, weil sie damit nicht von einer Regierung und einem Parlament abhängig ist, sondern auf eine mannigfaltige institutionelle Macht zurückgreifen kann (und das ist auch der Grund, aus dem die Arbeitermacht die Gewaltenteilung aufheben muss). Zum zweiten ist das Problem nicht eine falsche Vollstreckung der Gesetze, sondern das Recht selbst, das diesen Gesetzen zugrunde liegt und welches das Recht der herrschenden Klassen ist. Gesetze kann man ändern, aber nicht das Recht, sofern man die bestehende Ordnung grundsätzlich akzeptiert und man nicht die Macht besitzt dieser entgegenzutreten. Das Recht ist nicht klassenneutral, sondern einer der wichtigsten Pfeiler der bürgerlichen Herrschaft. Und dieses Recht kann auch von keiner Regierung und keinem Parlament reformiert werden, auch wenn man es wollte. Was bringt also eine Regierung dem für seine Interessen kämpfenden Volk, dem selbsttätigen Volk?

Von der „linken" Regierung (die sich mittlerweile Regierung der „sozialen Rettung" nennt)

Kommen wir aber jetzt zu den konkreten Entwicklungen und betrachten wir, was uns die „linke" Politik verspricht. Hinter dem Schleier der großen Worte und der begeisterten Rhetorik lässt sich das Ganze in einigen Worten wiedergeben. Was uns SYRIZA und andere Kräfte in Griechenland und international sagen, ist, dass das Volk ohne jeglichen Schritt in Richtung der Veränderung der eigentlichen Wirtschafts- und Machtverhältnisse, sondern nur durch Unterstützung (und dahinter versteckt sich auch etwas sehr Gefährliches) einer Regierung der „sozialen Rettung" (man ist versucht mit „Erlösung" zu übersetzen), das Kapital zu Zugeständnissen zu zwingen, die dessen wesentlichen Interessen widersprechen. Und das noch dazu in Zeiten der Krise.

Dies ist sogar noch eine etwas euphemistische Beschreibung, denn was sie uns vielmehr sagen, ist, dass dies sogar mit der Kapitalistenklasse gemeinsam erreicht werden kann, dass „gesunde Unternehmen" und Arbeitnehmer dieselben Interessen haben, dass das Land nicht den Bruch mit den kapitalistischen Strukturen braucht, sondern nur mit einigen ihrer korrupten, unproduktiven Seiten. **Das Ideologem dahinter ist, dass das Problem nur eine Ausprägung der Politik des Kapitals ist, die als „Austerität" und/oder „Neoliberalismus" bezeichnet wird**. Abgesehen von der Unklarheit des Inhalts solcher Bezeichnungen, sieht man, dass das Hauptanliegen oder zumindest die Konsequenz die Verharmlosung des Kapitalismus als solchen und die Öffnung zu Bündnissen mit sogenannten „progressiven" Kräften ist – unter denen sich zahlreiche Vertreter des griechischen und internationalen Monopolkapitals finden lassen –, die die „neoliberale Doktrin" und die „Austerität" – aus welchen Gründen auch immer – in Frage stellen. Kein Wunder, dass sich da Verbündete finden, die von den nationalistischen „Unabhängigen Griechen" bis zum Obama, Soros und der österreichischen Sozialdemokratie reichen.

Man sieht also, dass einerseits die grundlegenden Strukturen der Gesellschaft verleugnet werden, aber andererseits auch die Zusammenarbeit zwischen den Klassen, deren Interessen gegensätzlich und unversöhnbar sind, vertreten wird. Nicht nur die Grenzen einer solchen Politik sind sehr eingeschränkt, sondern auch ihre Absichten letztendlich suspekt. Man hat es nämlich nicht nur mit einer Illusion zu tun, sondern auch mit dem **Versuch breitere Volksschichten unter dem Banner eines mit dem Kapital gemeinsamen Kampfes zu bringen**.

Aber wer steckt überhaupt hinter solchen Programmatiken? Die von einem Teil der bürgerlichen Medien dargestellte Konfrontation von SYRIZA mit den kapitalistischen Strukturen oder mindestens mit gewissen Seiten dieser ist eindeutig ein Trugbild. Schließlich gibt es auch einen ebenfalls großen Teil der bürgerlichen Medien, die ein ganz anderes Bild vermitteln. Es ist eindeutig, dass SYRIZA nicht isoliert dasteht, sondern im Wesentlichen die Unterstützung eines bedeutenden Teils der herrschenden Klasse genießt. Diese Unterstützung basiert auf folgender Tatsache bzw. Überlegung von Teilen des Kapitals: dass SYRIZA letztendlich in keiner Weise eine Bedrohung für die Macht des Monopolkapitals darstellt, sowohl weil SYRIZA keine wirkliche Kraft darstellt, die sich dieser Macht widersetzen könnte, als auch weil eine solche Intention überhaupt nicht vorhanden ist. Das Programm von SYRIZA wurde sogar von Persönlichkeiten seines „linken" Flügels als „moderater Keynesianismus" bezeichnet. Es ist eigentlich ziemlich lächerlich im 21. Jahrhundert in einem marxistischen Rahmen noch darüber zu diskutieren, ob so ein Programm die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung befriedigen könnte oder eine Schwächung des Kapitals bedeutet. Nichtsdestotrotz können wir die einfache Tatsache hervorheben – die nun mit der Regierungsbildung noch

klarer hervortritt –, dass **in keiner Weise die für das Kapital wesentlichen Reformen und Maßnahmen in Frage gestellt werden**. Die Unterschiede mit der vorigen Verwaltungsweise beschränken sich auf einige Brösel an die Bevölkerung und auf Maßnahmen, die das kapitalistische Wachstum energischer fördern sollen. Abgesehen von der Frage, ob solche Eingriffe überhaupt stattfinden werden, ist es eindeutig, dass **ein solches Programm 1. die Bedürfnisse des Volkes nicht betrifft, sondern sogar weitere Opfer verlangt** (denn wie schon erwähnt, erfordert das kapitalistische Wachstum immer Opfer von Seiten der Arbeiterklasse), **2. das Kapital und seine Macht in keiner Weise in Frage stellt, sondern stabilisiert**.

Natürlich stecken hinter diesen Unterschieden auch **innerkapitalistische und innerimperialistische Gegensätze**. Zwischen Kapitalfraktionen im eigenen Land, als auch zwischen kapitalistischen Staaten. Man kann z.B. sagen, dass das griechische Kapital heute auch ein Interesse daran hat, dass einige Veränderungen in der allgemeinen EU-Politik eintreten, ohne natürlich den Rahmen zu ändern, der, wie schon gesagt, auch seinen eigenen Interessen momentan am Effektivsten dient. Denn selbstverständlich erlitt es auch wichtige Verluste, die es jetzt von einer relativen Position der Stärke – im Vergleich zur Zeit des Beginns der Krise – aufholen möchte. Dafür ist SYRIZA nicht nur keine Gefahr, sondern ein gutes Werkzeug, um Druck aufzubauen.

Viele Ansätze gehen davon aus, dass solche Gegensätze von einer Klassenbewegung auszunutzen wären. Die wirkliche Frage ist aber, inwiefern diese Gegensätze überhaupt das Volk betreffen. Denn es geht in keiner Weise um eine Auseinandersetzung, aus der irgendetwas für das Volk herauskommen könnte, sondern in der es um die Verwaltung und Aufteilung der Beute geht. Wenn diese Gegensätze ausgenutzt werden sollen, dann indem man sich von dieser innerkapitalistischen Auseinandersetzung deutlich abgrenzt und sich mit keinem der Polen identifiziert. **Sofern sich diese Gegensätze zuspitzen, wird die selbstständige Organisation auf Basis der gemeinsamen Klasseninteressen nur zu einer noch dringenderen Aufgabe. Die Zersplitterung des Feindes kann nur durch die Ansammlung der eigenen Kräfte ausgenutzt werden**. Und – um uns im Klaren zu sein – die Kräfte des Feindes bleiben nur solange zersplittert, bis sie sich gegen den gemeinsamen Feind vereinen.

Es ist wichtig zu verstehen, warum **diese Auseinandersetzung das Volk nicht betrifft**, weil die Illusion weit verbreitet ist, dass es ein Anliegen der Bewegung sein sollte, welche Seite dieser Gegensätze sich durchsetzen wird. Wir haben schon erklärt, dass die Macht- und Ausbeutungsstrukturen des Kapitals durch diese Auseinandersetzung in keiner Weise geschwächt werden. Aber auch darüber hinaus können wir keine Elemente feststellen, die eine Seite als „volksfreundlicher“ beurteilen ließe. Denn, wenn man die Rhetorik beiseitelassen würde, könnte man leicht erkennen, dass die Reformen und Maßnahmen, die das Kapital stärken und die Lage der arbeitenden Bevölkerung verschlechtern, weiterhin bestehen und bestehen bleiben werden, egal welche Kraft sich durchsetzen wird. Ob jetzt einige Bröseln gegeben oder einige Bündnisse mit mittleren Schichten der Lohnanhängigen und des Beamtentums wiederhergestellt werden sollen, signalisiert in keinster Weise, dass die unterdrückten Klassen selbst ihre Lage oder ihre Kampfbedingungen verbessert hätten. **Im Gegenteil zielen solche Versuche (die an sich weder „links“ noch „rechts“ sind) darauf ab, das Volk an das Elend zu gewöhnen**.

SYRIZA: ein Ausdruck des Bedürfnisses der Massen nach Veränderung?

Trotz der angeführten Tatsachen scheinen viele Menschen darauf zu bestehen, dass schon etwas mehr hinter SYRIZA steckt, auch wenn man akzeptiert, dass diese Partei in keiner Weise in der Lage ist, die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen oder mit den Interessen des Großkapitals zu brechen. Es wird behauptet, dass, was auch immer SYRIZA wirklich sei, ihr Wahlsieg eine gewisse Stimmung in der Bevölkerung repräsentiere, die sich nach wesentlicher Veränderung der Verhältnisse sehnt.

Abgesehen davon, dass dies Vermutungen sind, die keiner Verifizierung fähig sind, lässt sich fragen, wie sich das überhaupt beurteilen lässt. Eine bedeutende Menge von Menschen in Griechenland, die sich angeblich nach Veränderung – lassen wir beiseite, was darunter zu verstehen ist – sehnt, hat eine Partei gewählt, welche letztendlich nichts mehr angeboten hat als im Rahmen der EU und der Eurozone für bessere Bedingungen zu verhandeln. Die Menschen haben eine Regierung gewählt, die ihnen mehr versprochen hat als die vorige. Was ist daran bemerkenswert im Sinne einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse? Dass Leute sich allgemein die Veränderung einer schlechten Lage wünschen, ist selbstverständlich. Das gilt schließlich für Wähler und Wählerinnen aller Parteien, abgesehen von der verschiedenen Art und Weise der Veränderung, die sie für gut halten.

Viele meinen aber auch, dass mit ihrer Stimme die Leute ein Zeichen gegen eine in Europa herrschende Politik gesetzt haben. Dass sie sich „getraut“ haben, nicht dem Terror von bestimmten internationalen Zentren und der vorigen Regierung nachzugeben. Was haben sie sich aber denn „getraut“? Was haben sie denn gewählt? Haben sie nicht den Weg innerhalb der EU und der Eurozone gewählt? Haben sie nicht den Weg der „Verhandlung“ mit den EU-Partnern gewählt? Haben sie nicht den Weg des kapitalistischen Wachstums gewählt? Haben viele nicht bloß den Weg des kleineren Übels gewählt?

Vielleicht haben sich tatsächlich viele Wähler und Wählerinnen viel mehr erhofft. Das wissen wir nicht. Was wir aber sicher wissen – und das ist durchaus verifizierbar –, ist, dass die Stimmenstärke von SYRIZA in keiner Weise zum Kampf für die eigenen Klasseninteressen dieser Wähler und Wählerinnen beigetragen hat. Denn anders lässt sich die Tatsache nicht erklären, dass diese 2 Millionen Stimmen für die Bewegung in den letzten Jahren gleich null waren. Wo waren und wo sind denn zumindest einige Hunderttausende von den 2 Millionen Menschen, die angeblich „radikalisiert“ wurden, sich etwas „getraut“ haben, „den Kopf hochhielten“ usw.? Da schaut die Realität eher düster aus für diejenigen, die SYRIZA unterstützen, oder auch diejenigen, die ihm gegenüber eine „kritische Solidarität“ bzw. eine „solidarische Kritik“ erfordern. Denn die Realität ist, dass die PAME – die KKE nahe Gewerkschaftsfront – am 1. November letzten Jahres mit einer Demonstration und Kundgebung von 100.000 Menschen aus über 1.000 Gewerkschafts- und anderen Massenorganisationen des Volkes die seit Jahren größte und erfolgreichste Mobilisierung organisiert hat (die selbstverständlich von allen bürgerlichen, aber auch den sogenannten „alternativen“ und „linken“ Medien fast vollkommen verschwiegen oder sogar als „sektiererisch“, „parteiisch“ usw. verhöhnt und denunziert wurde). Dagegen gab es all diese Jahre keine einzige annähernd so große oder dynamische Aktivität von Seiten der Kräften von SYRIZA oder des Gewerkschaftsbunds, in dem mittlerweile diese Kräfte dominant sind. Die KKE hat 5,47% der Stimmen (338.138) und SYRIZA 36,34% der Stimmen (2.246.064) in den Wahlen gekriegt.

Die Realität ist, dass sich leider die Mehrheit der Menschen, die für SYRIZA gestimmt haben, keineswegs verändert hat oder sich irgendwelche grundlegende Veränderung wünschte. Nachdem sie von den alten Parteien enttäuscht wurden, haben sie sich „neue“ Parteien gesucht. Und gleichzeitig blieben die Gewerkschaften schwach, die Kämpfe inexistent und die Forderungen und Erwartungen niedrig. Der alte Partei- und Gewerkschaftsapparat und seine Klientel sind einfach über-

siedelt. Da bräuchte man gar nicht so lange darüber zu diskutieren, ob und was sich da verändert haben soll, außer der Farben und Fahnen.

Eigentlich sollte man es für eine Verhöhnung halten, wenn einige heute behaupten, dass nach fünf Jahren von Einsparungen, Lohnkürzungen, unbezahlten Monatslöhne, massiver Arbeitslosigkeit, Beschlagnahmen, schwerer Besteuerung der Arbeiter- und Volksfamilien usw. – die sich (mit Ausnahme einiger tausender „Sektierern“) fast widerstandslos durchsetzen konnten – der Wahlsieg von SYRIZA ein Zeichen des Widerstandes des griechischen Volkes oder gar ein Erfolg der „Bewegung“ sein soll. Es ist eine Verhöhnung derselben Millionen von Leuten, die momentan nicht die Kraft oder das Bewusstsein haben sich zu widersetzen und eine leichtere Lösung suchten, denn es ist gleichbedeutend mit der Geringschätzung ihrer Bedürfnisse. Und es ist selbstverständlich auch eine Verhöhnung jener, die sich für den Kampf entschlossen und eingesetzt haben und dafür ihren Kollegen, ihren Familien, ihrer Klasse Opfer brachten, nur damit einige „linke“ Philister auf sie schimpfen können, weil sie sich nicht bereit erklären diesen Kampf im Namen der „sozialen Rettung“ aufzugeben.

Die Situation der Klassenbewegung in Griechenland

Die Klassenbewegung in Griechenland mag verhältnismäßig schwach sein (immerhin wahrscheinlich die stärkste in Europa), aber sie ist immerhin existent und in allen Bereichen präsent. Zusätzlich weist sie einen vergleichsweise **hohen Grad von Organisation, Bewusstsein und Kampfbereitschaft** auf; qualitative Elemente, die eine entscheidende Rolle spielen. **Diese Bewegung auszubauen und in vielen Bereichen überhaupt wiederzubeleben ist das ausgesprochene unmittelbare Ziel der KKE**. Sie orientiert sich auf **ein soziales Volksbündnis** zwischen der Arbeiterbewegung und der Klein- und Mittelbauernschaft, der Selbstständigen, der Frauenbewegung, der Studentenbewegung. **Dieses Bündnis ist kein Zusammenschluss von politischen Organisationen und Parteien, sondern die selbstständige Organisation der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten**. Politische Kräfte, die da einwirken möchten, können es tun, sofern sie diesen Rahmen und die Klassenorientierung akzeptieren und als Arbeiter, Bauern, Beamten, Arbeitslose, Studenten usw. beitragen möchten. **Diese Organisation soll nicht das Vehikel oder Anhängsel einer Regierung sein, sondern den Keim der zukünftigen Arbeiter- und Volksmacht darstellen**.

Im Parlament und anderen politischen Gremien wird diese Bewegung von der KKE repräsentiert (momentan gibt es kein Anzeichen dafür, dass es andere politische Kräfte gäbe, die das tun würden oder könnten), **indem sie als Stimme der Bewegung von unten, als Opposition zur Politik des Kapitals tätig ist und nicht als derer Umsetzer im „volksfreundlichen“ Gewand**. Eine Teilnahme an einer Regierung der kapitalistischen Verwaltung kommt nicht in Frage. Die einzige Regierung, an der KKE teilnehmen würde, wäre eine **Volks- und Arbeiterregierung**, die den bürgerlichen Staat nicht aufrechterhält und reformiert, sondern sich ihm entgegensetzt, ihn zerschlägt und durch die Organe der Volks- und Arbeitermacht ersetzt.

Was würde es nun bedeuten, wenn die KKE, die sich als Repräsentant der Klassenbewegung versteht und *de facto* ist, entweder an einer Regierung teilnehmen würde oder auch nur Toleranz gegenüber einer solchen zeigen würde. Man muss zunächst einfach einsehen können, dass es **keine gemeinsame Basis zwischen der KKE und den Kräften des Opportunismus oder des bürgerlichen Lagers** gibt. Man kann natürlich von dieser Tatsache hinwegzutäuschen versuchen, indem man frühere Programme von SYRIZA oder diverse phantasievolle Szenarien präsentiert. Es gab aber weder von SYRIZA oder irgendeiner anderen politischen Kraft das geringste Zeichen – das man vor allem in der Praxis setzen muss – einer wirklichen Annäherung an eine klassenorientierte Richtung. Auch die älteren „radikaleren“ Programme von SYRIZA haben nichts mit dem Versuch, die Arbeiter- und Volksbewegung wiederaufzubauen und den Kampf von unten zu organisieren, zu tun.

Darüber hinaus gibt es auch einen anderen Faktor. Die KKE sieht im politischen Bündnis mit opportunistischen Kräften die unmittelbare Gefahr nicht nur der Degeneration der kommunistischen Bewegung, sondern primär der Arbeiter- und Volksbewegung selbst. Und es geht nicht darum, wie die bösartigsten Kritiker meinen, dass die KKE nur die akzeptiert, die in allen Punkten mit ihr übereinstimmen. In einem muss man aber übereinstimmen, wenn man eine gemeinsame Basis haben möchte: **dass es nicht darum geht, mit politischen Bündnissen und Vereinbarungen hinter geschlossenen Türen die Bewegung zu vereinnahmen, sondern darum, beizutragen, dass diese ihren Kampf und ihre Strukturen ausbaut**. Worum geht es hier eigentlich? Um nichts Anderes oder „Originelleres“ als die einfachen Grundsteine der Klassenpolitik wieder zu legen. Politische Bündnisse – egal wie man allgemein dazu steht – waren nie Selbstzweck oder gar das primäre Anliegen der kämpfenden und revolutionären Arbeiterbewegung. Das Primäre war immer die Arbeit in und mit den Massen, die Organisierung ihres Kampfes, die Bewusstseinsbildung im Sinne ihrer eigenen Interessen. Es ging immer darum, die Arbeiterklasse und das Volk auf den entscheidenden Kampf vorzubereiten und die Keime zu legen, aus welchen ihre Macht erwachsen wird. Das Bewusstsein und die Organisation schmieden sich im Betrieb, auf der Straße, im täglichen Kampf gegen das Kapital und den bürgerlichen Staat. Und das ist der lange Kampf, den andere politische Kräfte nicht aufnehmen möchten, weshalb sie Lösungen präsentieren, um die Lage zu „verbessern“, indem man die Verantwortung mit der Stimme überträgt und sich selbst nicht zu rühren braucht.

Und was die Haltung gegenüber der Regierung der „Linken“, der „sozialen Rettung“ oder wie auch immer sie sich nennen lassen mag, betrifft: **Die Kommunistische Partei kann und darf nicht die Rolle der „linken Sozialdemokratie“ spielen, sondern muss unter allen Umständen die Vorhut der Arbeiterklasse und der unterdrückten Volksschichten sein.** Und dafür ist es essentiell, den Klassencharakter des bürgerlichen Staats und seiner Regierungen theoretisch und praktisch aufzuzeigen. Und man zeigt es nicht auf, indem man mit den Kräften des Opportunismus, der kapitalistischen Regulierung und Verwaltung packelt oder diese auch nur toleriert, sondern indem man sich der Regierung derer, die das System erhalten wollen, widersetzt und sich keiner Regierung im Namen irgendwelcher leeren Versprechen schenkt. Wollen und können die regierenden Kräfte etwas machen, dann sollen sie es machen. Aber **die Fahne der Klasse wird weder eingeholt, noch ersetzt**. Wer ein Problem damit hat und die Bewegung als Anhängsel einer Verwaltung des Systems haben möchte, der hat ein Problem mit den Interessen und Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung selbst und gehört bekämpft und enttarnt. **Die selbsttätige und selbstständige Organisation der Arbeiterklasse und des Volkes schuldet niemandem etwas**. Und hat keinen Grund jemanden zu unterstützen. Wer will, kann diese unterstützen. In der Tat. **Weil jede politische Kraft wird an ihren Taten gemessen.**

Von Georgios Kolias.

Von der KKE lernen

„Die Wissenschaft erfordert erstens, dass man die Erfahrung anderer Länder in Betracht zieht.“[1]

Der Marxismus-Leninismus ist eine wissenschaftliche Weltanschauung, die alles für den Fortschritt der Menschheit Bedeutsame in sich integrieren kann und zu diesem Zweck die Wirklichkeit adäquat widerspiegeln muss. Es gibt aber nur eine Wirklichkeit, mithin nur eine Wahrheit und nur einen Marxismus-Leninismus.

Unser Ziel kann daher und aufgrund der notwendigen kollektiven Theorie-Praxis-Einheit nicht ein zwar gleichberechtigtes, aber einander äußerliches Nebeneinander nationaler kommunistischer Parteien sein. So ein Zustand kann nur ein vorübergehendes Stadium sein, das einzig der Schwäche der weltweiten kommunistischen Bewegung geschuldet ist. Längerfristiges Ziel ist hingegen eine parteiförmige Internationale, die die allgemeinen weltanschaulichen Prinzipien kollektiv entwickelt, dabei die nationalen und anderen Besonderheiten berücksichtigt und die Leitung der revolutionären Kämpfe vor Ort in einer geeigneten Weise koordiniert.

So eine Internationale lässt sich nicht einfach dekretieren, am Reißbrett entwerfen oder von heute auf morgen aufbauen. Noch sind sich die kommunistischen Parteien selbst über grundlegende strategische Fragen viel zu uneinig. Dies betrifft auch einige Ansichten der PdA, die den Ansichten der wichtigsten europäischen Partei, der KKE, diametral widersprechen: So etwa über die Möglichkeit einer Zwischenetappe zwischen Kapitalismus und Sozialismus, über die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung einer kommunistischen Partei unter kapitalistischen Verhältnissen oder über das Verhältnis zwischen Partei und kommunistischem Jugendverband.

Diese unterschiedliche strategische Orientierung lässt sich nicht aus unterschiedlichen objektiven Bedingungen erklären. Sowohl Österreich als auch Griechenland sind monopolkapitalistische Länder, beide sind bestens ins imperialistische System integriert und für beide gilt die weltpolitische Lage des Fehlens eines sozialistischen Machblocks. Das österreichische und das griechische Monopolkapital mag zum Teil gegeneinander, aber auch jeweils in sich selbst divergierende und widersprechende Interessen vertreteen. Diese Gegensätze betreffen aber die Interessen der jeweiligen Kapitalgruppen, nicht die Interessen der Arbeiterklasse und der Völker, daher auch nicht die revolutionäre Strategie. Der hervorstechendste Unterschied zwischen den beiden Ländern besteht im subjektiven Faktor, in der unterschiedlichen Stärke der kommunistischen und Arbeiterbewegung. Auch dieser Unterschied kann die revolutionäre Strategie aber nicht modifizieren, sondern bezeichnet lediglich, wie weit man entlang dieser Strategie bereits vorangekommen ist.

Es handelt sich mithin nicht um Fragen, die in Österreich so und in Griechenland anders beantwortet werden können, sondern um echte Meinungsverschiedenheiten – die man keinesfalls auf sich beruhen lassen darf! Es geht um echte theoretische Probleme, die deshalb gleichzeitig praktische Probleme sind und zum Zwecke des internationalen Erstarkens der kommunistischen Bewegung internationalistisch-kollektiv, auf wissenschaftlicher Basis und in sachlicher Form gelöst werden müssen.

Die Schlussfolgerung aus noch bestehenden Uneinigkeiten darf daher nicht sein, „drohenden Einfluss“ seitens der KKE abwehren oder unter Vorwand klangvoller Losungen wie „Sozialismus in Österreichs Farben“ die Allgemeingültigkeit theoretischer Prinzipien in Frage stellen oder gar in einen theoretischen Isolationismus flüchten zu wollen. Stattdessen geht es darum, den Dialog und die ideologische Auseinandersetzug mit der KKE bewusst zu forcieren, von ihren in vergleichsweise großen Teilen der Arbeiterklasse und des Volkes diskutierten theoretischen Schlussfolgerungen zu lernen und gemeinsam mit den griechischen Genossinnen und Genossen argumentativ auf gemeinsame Lösungen der genannten und anderer theoretischer Probleme zu kommen.

Es handelt sich bei der KKE immerhin um jene Partei, die am meisten zur Wiederbelebung einer kommunistischen Weltbewegung beiträgt und zugleich in ihrem Land jene von unserer Programmkommission geforderte[1] lebendige und kollektive Theorie-Praxis-Einheit so leuchtend verkörpert wie keine andere europäische Partei. Unsere enge Verbundenheit mit der KKE ist uns daher nicht etwa peinlich, sondern wir sind stolz darauf und festigen sie mit aller Kraft, im Theoretischen wie im Praktischen.

Es ist im Sinne eines intensivierten Austauschs mit der KKE – gerade auch angesichts unserer eigenen Vorbereitungen eines Parteiprogramms – erfreulich, dass es gelungen ist, für die vorliegende Ausgabe der „Einheit und Widerspruch“ eine bislang nicht verfügbare deutsche Übersetzung des Parteiprogramms zu erhalten.

In diesem Programm widerspiegelt sich die Haltung der KKE, sich auf das für eine kommunistische Partei Wesentliche zu konzentrieren: Die Mobilisierung aller Kräfte für den Sturz des Kapitalismus und den Aufbau sowie die Konsolidierung des Sozialismus.

In der ersten Ausgabe der E&W habe ich von Kommunistinnen und Kommunisten gefordert, *„möglichst genau zu wissen, was denn diesen Sozialismus eigentlich ausmacht, den wir als das nächste größere Wegstück auffassen und daher erkämpfen wollen. Wenn wir von Sozialismus reden, so fragen ArbeiterInnen völlig zu Recht, was er denn genau sei, und wir müssen eine Antwort geben können – wenn schon vorerst nur in Grundzügen, so doch sukzessive immer detaillierter und umfassender. Dass es dabei wesentlich um jene konkrete Form des Sozialismus gehen muss, die unter den jeweils vorhandenen Bedingungen möglich und notwendig ist, sollte sich von selbst verstehen. Diese Bedingungen müssen ebenfalls analysiert und dargelegt werden, es muss verständlich und anschaulich gemacht werden, wie und warum die heutige Gesellschaft geradezu nach Sozialismus verlangt.“*

Diese Forderung ist in den Dokumenten der KKE ganz vorbildlich verwirklicht, so auch im Parteiprogramm. Die KKE hat jeglichen Dogmatismus, den siamesischen Zwilling des Opportunismus, hinter sich gelassen und argumentiert auf Basis einer Analyse des Hier und Jetzt, wie eine bessere Zukunft erkämpft werden kann. Ausgehend von der weltpolitischen Lage, der Stellung Griechenlands und der materiellen Basis widmet sich der deutlich größere Teil des Programms dem Weg zum Sozialismus, seiner Charakterisierung und den Rollen, die Partei, Klassen- und Volksbewegung spielen müssen. Dieses Parteiprogramm wurde nach ausgiebiger Diskussion beschlossen und enthält Auffassungen, deren Anerkennung Voraussetzung für eine Parteimitgliedschaft ist.

Es legt in einer verständlichen Form dar, dass Sozialismus in Griechenland notwendig und wie er möglich ist. Wie anders soll man jemanden überzeugen, sich in den revolutionären Kampf einzureihen? Dieser Kampf erfordert nicht halbgare Losungen, sondern Entschlossenheit auf Basis eines revolutionären Programms.

Von Stefan Klingersberger.

Anmerkungen

1 Lenin: Der linke Radikalismus, https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1920/linksrad/kap09.html
2 Vgl. E&W#1, Seite 3: Aufruf der Programmkommission.
3 Vgl. E&W#1, Seite 4: Einige Aufgaben unserer theoretischen Arbeit.

Programm der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE)

Vorwort

Die KKE wurde 1918 als ausgereiftes Ergebnis der Entwicklung der Arbeiterbewegung in unserem Land, auch unter dem Einfluss der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 in Russland gegründet. Die KKE ist der bewusste und organisierte Teil der Arbeiterklasse; sie ist ihre Vorhut. Ihr strategisches Ziel ist der Sturz des Kapitalismus und der Aufbau des Sozialismus-Kommunismus.

Die langjährigen positiven und negativen Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung und der KKE bestätigen, dass die Arbeiterklasse ihre historische Mission nicht erfüllen kann, wenn sie nicht ihre eigene starke, gut organisierte und theoretisch ausgerüstete Partei, die Kommunistische Partei, verfügt.

Die KKE wird von der revolutionären Weltanschauung des Marxismus-Leninismus geleitet. Indem sie systematisch die neuen Errungenschaften der Wissenschaft und Technik verfolgt, versucht sie die Entwicklungen dialektisch-materialistisch zu erklären und die Erfahrungen der Arbeiter- und Volksbewegung auf der Grundlage der kommunistischen Ideologie zu verallgemeinern. Das Kriterium dafür ist die Notwendigkeit der Befreiung der Arbeiterklasse von der Ausbeutung. Die KKE bekämpft reaktionäre Theorien, wie die vom „Armenhaus Griechenland“, von der „untergeordneten Stellung der Frau“, rassistische Theorien, den Nationalismus und den Kosmopolitismus des Kapitals, den Obskurantismus und die Intoleranz. Sie kämpft für eine tief humanistische und auf den Erkenntnissen der Wissenschaft begründete Volksbildung. Mit ihrer Ideologie und ihren Kämpfen hat sie die radikalen Intellektuellen und Künstler inspiriert und wurde eine konsequente und stabile Stütze der griechischen Volkskultur.

Seit ihrer Gründung ist die KKE dem Prinzip des proletarischen Internationalismus treu. Sie verteidigte den sozialistischen Aufbau in der UdSSR, in den anderen Ländern Europas und Asiens, in Kuba. Sie beteiligte sich an der Kommunistischen Internationale und brachte ihre Solidarität mit den Kämpfen der internationalen Arbeiterklasse und den Völkern zum Ausdruck, die für ihre nationale Befreiung, für den Sozialismus kämpften. Die KKE selbst empfing in kritischen und schwierigen Phasen ihres Kampfes die internationalistische Solidarität und Unterstützung der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Sie kämpft für den Wiederaufbau der internationalen kommunistischen Bewegung nach dem Rückschritt und der Krise, unter denen sie bis heute, besonders nach dem Sieg der Konterrevolution 1989-1991, leidet.

Seit ihrer Gründung stand die KKE an der Seite der Jugend unseres Landes. Sie befasste sich fürsorglich mit ihren Problemen und ihrer Zukunft. Sie sieht weiterhin dem Potential der jungen Generation vertrauensvoll entgegen, zum Aufbau der sozialistischen Zukunft beizutragen.

Die gesamte historische Entwicklung der KKE bestätigt die Notwendigkeit ihrer Existenz in der griechischen Gesellschaft. Die KKE hat ihre historische Kontinuität nie verloren. Sie kämpfte gegen den Opportunismus, das Liquidatorentum, sie konnte Schlussfolgerungen aus ihrer 95-jährigen Arbeit ziehen. Sie schaffte es, ihren revolutionären Charakter unter schwierigen Bedingungen beizubehalten und zögerte nicht, Fehler und Abweichungen einzuräumen und offen Selbstkritik vor dem Volk auszuüben.

Auf ihrem 95-jährigen Weg blieb die KKE grundlegenden Prinzipien einer revolutionären kommunistischen Partei treu: der Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse bei der gesellschaftlichen Entwicklung und der marxistisch-leninistischen Ideologie als die revolutionäre Theorie für das revolutionäre politische Handeln. Sie schwor niemals dem Klassenkampf, der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats ab.

Die KKE hielt in den Wirren des Sieges der Konterrevolution in der Sowjetunion und den Ländern des sozialistischen Aufbaus in Europa und Asien stand. Dieses Durchhaltevermögen kam nicht von ungefähr. Es wurde durch die enge historische Verbundenheit der Partei mit der Arbeiterklasse und den armen Bauern schon seit dem ersten Moment nach ihrer Gründung geschmiedet.

Seit 1918 verlieh die KKE den Arbeiterkämpfen gegen die kapitalistische Ausbeutung politischen Inhalt. Der Preis dafür waren viele Tote, Gefolterte und Verfolgte. In den ersten Jahrzehnten ihres Wirkens war die Partei mit der staatlichen Repression aller Formen der bürgerlichen Herrschaft (parlamentarische, diktatorische) konfrontiert. Sie beharrte auf die Organisierung der Arbeiterkämpfe, was sich positiv für die Volksbewegung auswirkte. Sie zeigte Standhaftigkeit unter den besonders harten Bedingungen der Illegalität während verschiedener Perioden. Sie war der Vorreiter beim bewaffneten Kampf gegen die dreifache Besatzung im Widerstand von EAM-ELAS. Zweimal, im Dezember 1944 und beim dreijährigen Kampf (1946-1949) der Demokratischen Armee Griechenlands (DSE) hat die Arbeiterbewegung mit der KKE an der Spitze und der verbündeten Bauernbewegung gegen die bürgerliche Herrschaft militärisch gekämpft, die durch die direkte imperialistische Intervention Großbritanniens und später der USA unterstützt wurde.

In seiner 95-jährigen Geschichte bekämpfte die KKE Auffassungen, die eine Zusammenarbeit zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten vertraten. Sie bekämpfte die Unterwerfung unter die Ausbeuter und verteidigte die Errungenschaften der Arbeiter und des Volkes.

Die tiefen historischen Wurzeln der KKE bei der Arbeiterklasse und dem Volk sowie das konsequente Bekenntnis zu den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus erklären, warum sie es schaffte, während vergangener Krisen, besonders von 1968 und 1991 ihre Kontinuität abzusichern, obwohl ein großer Teil ihrer Mitglieder ausgetreten war.

Die KKE wurde organisatorisch, ideologisch und programmatisch in der gesamten neuen Periode ihrer Geschichte wiederaufgebaut, auf der Grundlage der Ausarbeitungen der fünf Parteitage, die seit der Krise von 1991 zwischenzeitlich stattgefunden haben. Ergebnis dieses Weges ist das vom 19. Parteitag verabschiedete Programm, das die Gesamtstrategie der KKE über den Sozialismus und die Hauptaufgaben im Klassenkampf erläutert.

Die aktuelle Weltlage und die Stellung Griechenlands im imperialistischen System

Die konterrevolutionären Umstürze der letzten 30 Jahre verändern den Charakter unserer Epoche nicht. Die heutige Periode des großen Rückschritts der internationalen Arbeiterbewegung ist, historisch gese-

hen, vorübergehend. Wir leben in der Zeit der Notwendigkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, weil die materiellen Bedingungen für die sozialistische Organisation der Produktion und der Gesellschaft reif sind. Das ergibt sich aus dem Heranreifen des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit und der Verschärfung seines Widerspruchs mit dem kapitalistischen Eigentum. Dieser Widerspruch brachte die kapitalistische Produktionsweise zum völligen Gegensatz zu den zeitgemäßen gesellschaftlichen Bedürfnissen. Das Heranreifen der materiellen Voraussetzungen bedingt sich nicht aus dem bestehenden Kräfteverhältnis.

Der historische Rückschritt in der Entwicklung des Klassenkampfes wird begleitet vom Masseneintritt billiger Arbeitskraft (aus Asien, Afrika, Lateinamerika, Osteuropa usw.) in die internationalen kapitalistischen Märkte, von der Abwertung der Arbeitskraft in den entwickelten kapitalistischen Ökonomien (OECD-Länder), dem Auftreten allgemeiner und absoluter Verelendung der Arbeiterklasse, sowie der Intensivierung des Angriffs des Kapitals im internationalen Maßstab.

In der tiefen Krise der Überakkumulation des Kapitals 2008-2009, die in vielen kapitalistischen Ländern noch nicht überwunden ist, wurde die Tendenz wichtiger Veränderungen beim Verhältnis zwischen den kapitalistischen Ländern unter der Auswirkung des Gesetzes der ungleichmäßigen kapitalistischen Entwicklung deutlicher.

Die USA bleiben die erste Wirtschaftsmacht, allerdings mit deutlicher Minderung ihres Anteils am Weltbruttoprodukt. Bis 2008 befand sich die Eurozone an zweiter Stelle auf dem internationalen kapitalistischen Markt; diese Position hat sie nach der Krise verloren. China hat sich zur zweiten Wirtschaftsmacht entwickelt, die BRICS-Allianz (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) hat in den kapitalistischen Vereinigungen wie IWF und G-20, an Stärke gewonnen. Die Veränderung im Kräfteverhältnis zwischen den kapitalistischen Staaten zieht auch Veränderungen in den Bündnissen nach sich, weil sich die innerimperialistischen Gegensätze bei der Kontrolle und Neuverteilung von Gebieten und Märkten, Wirtschaftseinflusszonen verschärfen, besonders bei Energiequellen und Naturressourcen sowie Warentransportwegen.

Die innerimperialistischen Gegensätze, die in der Vergangenheit zu Dutzenden lokalen und regionalen, sowie zu zwei Weltkriegen geführt haben, führen weiterhin zu schweren wirtschaftlichen, politischen und militärischen Auseinandersetzungen. Dieser Prozess läuft unabhängig von der Zusammensetzung, der Neuordnung und den Veränderungen beim Aufbau und den Zielstellungen der internationalen imperialistischen Vereinigungen, der so genannten „neuen Architektur“. Das Motto „Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ gilt nach wie vor, besonders unter den Bedingungen einer tiefen Krise der Überakkumulation des Kapitals und wichtiger Veränderungen des Kräfteverhältnisses im internationalen imperialistischen System, bei denen die Wiederaufteilung der Märkte selten ohne Blutvergießen vonstatten geht.

Der periodische Ausbruch der Überakkumulationskrisen belastet den Zusammenhalt der Eurozone, als einer Währungsunion von Ökonomien von Mitgliedsstaaten mit tiefen Ungleichmäßigkeiten bei der Entwicklung und der Struktur der industriellen Produktion, der Produktivität und der Stellung auf dem EU- und dem internationalen Markt.

Die Tendenz der Verstärkung der Verflechtung der Wirtschaft der Staaten im internationalen imperialistischen System führt nicht zu einem Rückgang der Rolle des bürgerlichen Staates, wie die verschiedenen theoretischen Varianten der „Globalisierung“ behaupten.

Auf jeden Fall wird die Zukunft der EU und der Eurozone nicht allein durch die imperialistischen Planungen bestimmt, weil die Gegensätze ihre eigene Dynamik enthalten. Jegliche Option der bürgerlichen Verwaltung wird in Konflikt mit den Interessen der Arbeiterklasse und der Volksschichten in allen Mitgliedsländern der Eurozone geraten.

Die Krise machte die historischen Grenzen des kapitalistischen Systems noch deutlicher. Die Widersprüche und Schwierigkeiten der bürgerlichen politischen Verwaltung, und allgemein die Schwierigkeiten beim Übergang zu einem neuen Zyklus der erweiterten Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals, verschärfen sich.

Der Kapitalismus in Griechenland befindet sich im imperialistischen Stadium seiner Entwicklung, in einer Zwischenstellung innerhalb des internationalen imperialistischen Systems, mit starken ungleichmäßigen Abhängigkeiten von den USA und der EU.

Der Beitritt Griechenlands in die EWG Anfang der 80er Jahre beschleunigte die Anpassung des Landes an den westeuropäischen Markt. Dieser Prozess setzte sich durch den Beitritt in die EU 1991 und in die Eurozone 2001 fort. Durch seine Teilnahme an den Umstrukturierungen der EU und der NATO sowie der anderen imperialistischen zwischenstaatlichen Bündnisse hat sich der griechische kapitalistische Staat enger in das internationale imperialistische System integriert.

Anfangs hatte die Bourgeoisie Griechenlands aus dem konterrevolutionären Umsturz in den Nachbarstaaten im Balkan und dem Beitritt in die EU Vorteile gezogen. Sie verzeichnete signifikante Kapitalakkumulation und -exporte in Form direkter Investitionen, die zur Stärkung griechischer Unternehmen und Monopolgruppen beigetragen haben.

Die Kapitalexporte weiteten sich auch in die Türkei, nach Ägypten, in die Ukraine, nach China, Großbritannien, in die USA und andere Länder aus. Griechenland beteiligte sich aktiv an den imperialistischen Interventionen und Kriegen, wie z.B. in Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Libyen und anderswo.

In der Dekade vor dem Ausbruch der laufenden Krise behielt die griechische Wirtschaft eine bedeutend höhere jährliche Wachstumsrate des BIP im Vergleich zur EU und der Eurozone, ohne dass sich ihre Position darin wesentlich geändert hätte. Ihre Position innerhalb des Balkans ist jedoch aufgewertet worden.

Nach dem Ausbruch der Krise verschlechterte sich die Position der griechischen kapitalistischen Wirtschaft im Rahmen der Eurozone, der EU sowie der internationalen imperialistischen Pyramide im Allgemeinen. Diese Tatsache ändert aber nichts an der Feststellung, dass der Beitritt Griechenlands in die EWG-EU den dynamischeren Teilen des inländischen monopolistischen Kapitals diente und zur Absicherung seiner politischen Herrschaft beitrug.

Die Teilnahme Griechenlands in der NATO, die wirtschaftspolitischen und politisch-militärischen Abhängigkeiten von der EU und den USA begrenzen den Spielraum der Bourgeoisie Griechenlands für eigenständiges Manövrieren. Denn alle bündnispolitischen Beziehungen des Kapitals werden von der Konkurrenz, der Ungleichmäßigkeit und folglich der Vormachtstellung des Stärkeren geprägt. Sie gestalten sich als ungleiche Wechselbeziehungen.

Die innerbürgerlichen Gegensätze heben bis jetzt die strategische Option der Integration in die NATO und in die EU nicht auf, obwohl die Teilnahme in der Eurozone sich widersprüchlich entwickelt, während gleichzeitig die Tendenz der Intensivierung der Beziehungen zu anderen Zentren (USA, Russland, China) verstärkt wird.

Die Gefahren für einen allgemeinen imperialistischen Krieg in der erweiterten Region, vom Balkan bis zum Mittleren Osten, unter Beteiligung Griechenlands, wachsen.

Der Kampf um die Verteidigung der Grenzen und der Souveränitätsrechte Griechenlands ist aus der Sicht der Arbeiterklasse und der Volksschichten untrennbar mit dem Kampf für den Sturz der Herrschaft des Kapitals verbunden. Dieser Kampf hat nichts mit der Unterstützung der Pläne des einen oder des anderen imperialistischen Pols oder der Profitabilität des einen oder des anderen Monopols zu tun.

Die materielle Basis der Notwendigkeit des Sozialismus in Griechenland

Das griechische Volk wird sich von den Fesseln der kapitalistischen Ausbeutung und der imperialistischen Vereinigungen befreien, wenn die Arbeiterklasse mit ihren Bündnispartnern die sozialistische Revolution durchführt und zum Aufbau des Sozialismus-Kommunismus voranschreitet.

Das strategische Ziel der KKE ist die Erringung der revolutionären Arbeitermacht, der Diktatur des Proletariats, für den sozialistischen Aufbau als die unreife Stufe der kommunistischen Gesellschaft.

Die revolutionäre Veränderung in Griechenland wird sozialistisch sein.

Treibende Kräfte der sozialistischen Revolution werden die Arbeiterklasse als die führende Kraft, die unter den Monopolen leidenden Halbproletarier, die unterdrückten Volksschichten der Selbständigen in den Städten und die armen Bauern sein. Sie haben ein objektives Interesse an der Abschaffung der Monopole und des kapitalistischen Eigentums, am Sturz ihrer Macht und an den neuen Produktionsverhältnissen.

In den letzten zwanzig Jahren haben sich die bereits ausgereiften materiellen Bedingungen für den Sozialismus in Griechenland weiterentwickelt. Die kapitalistischen Verhältnisse in der landwirtschaftlichen Produktion, im Bildungs- und Gesundheitswesen, der Kultur und dem Sport sowie bei den Massenmedien erweiterten und festigten sich. Es fand eine intensivere Konzentration von Lohnarbeit und Kapital in der verarbeitenden Industrie, dem Handel, der Baubranche und dem Tourismus statt. Durch die Abschaffung des staatlichen Monopols entwickelten sich bei den Telekommunikationen, bei monopolisierten Segmenten des Energiesektors und des Transportwesens Unternehmen des Privatkapitals.

Der Anteil der Lohnarbeit an der Gesamtbeschäftigung ist erheblich gestiegen. Die Zahl der Selbständigen ist stabil geblieben, weil deren teilweise Verringerung durch die Zunahme des Dienstleistungssektors ausgeglichen wurde.

Die enorme Schrumpfung der industriellen Produktion und der Baubranche aufgrund der anhaltenden Krise katapultierte die Arbeitslosigkeit und die absolute Verelendung sowie die extreme Armut in die Höhe. Das Problem der Obdachlosigkeit wurde geschaffen. Explosiv sind die Ausmaße der Jugendarbeitslosigkeit und der Langzeitarbeitslosen.

Die Krise manifestiert sich nicht in allen Industriebranchen gleich. Es gibt Branchen und Unternehmen, die ihr Profitniveau erhalten, ausbauen oder geringfügig verringern, sowie die Produktion, die sie vor dem Krisenausbruch hatten, halten oder sogar steigern.

Die Kluft zwischen den zeitgemäßen Bedürfnissen der Arbeiterklasse und der anderen Volksschichten und der Möglichkeit ihrer Befriedigung wurde abrupt immer größer. Das parasitäre Verhalten und die Fäulnis des Monopolkapitalismus zeigten sich in allen Produktionszweigen, im Handel, bei der Zirkulation des Finanzkapitals, in allen Organisationsstrukturen der kapitalistischen Gesellschaft und in allen Institutionen des Systems; sie nahmen Formen von Finanzspekulation, Betrug, Unterschlagung, Korruption, Zerstörung, wie der Verunreinigungen und der Kontamination in der Nahrungsmittelproduktion, bei den Gewässern, der Luft, den Wäldern und den Küstengebieten. Das extremste parasitäre Profitstreben breitete sich aus in Form von Drogenhandel, organisierter Frauen- und Kinderprostitution u.a. Deutlich wurde die Verflechtung der Zentren, die Abgeordnete und Minister bestechen, mit den Machtorganen, die Verflechtung des organisierten Verbrechens mit den Strafverfolgungsbehörden.

Die Politik der gesellschaftlichen Bündnisse der Bourgeoisie wird erschwert durch Veränderungen in Aufbau, Inhalt und Umfang von Aufgabengebieten des bürgerlichen Staates, die den strategischen Anforderungen der Reproduktion des Kapitals dienen. Diese Veränderungen führen zu einer Verschärfung des Grundwiderspruchs zwischen Kapital und Lohnarbeit.

Die Beschleunigung der Umstrukturierungen lässt die Schichten der Arbeiteraristokratie und der Staatsbeamten schrumpfen und erschwert die Bemühungen der bürgerlichen Politik, die Arbeiterbewegung zu manipulieren und große Teile der Lohnabhängigen – wie in der Vergangenheit – zu assimilieren.

Von allen Facetten des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens kommt verschärft der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit und der privatkapitalistischen Aneignung des größten Teils ihrer Ergebnisse zum Vorschein. Grund dafür ist das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln. Die dringende Notwendigkeit des gesellschaftlichen Eigentums und der Zentralplanung im Rahmen der Arbeitermacht treten in den Vordergrund. Vom Gesichtspunkt der materiellen Bedingungen her, ist der Sozialismus notwendiger und aktueller denn je.

In Griechenland bestehen die materiellen Bedingungen für den sozialistischen Aufbau. Dieser Fakt ergibt sich aus der historischen Epoche des Kapitalismus, dem Niveau der Entwicklung des Kapitalismus in Griechenland, der Verschärfung seines Grundwiderspruchs und der Gesamtheit seiner Gegensätze. Der sozialistische Aufbau kann die Befriedigung der sich ständig erweiternden Bedürfnisse des Volkes gewährleisten.

Griechenland verfügt heute über große ungenutzte Produktionsmöglichkeiten, die nur durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durch die Arbeitermacht und die wissenschaftliche Zentralplanung der Produktion genutzt werden können. Es verfügt über erfahrene, zahlenmäßig starke Arbeitskräfte, sogar mit hoher technischer und wissenschaftlicher Qualifikation. Das Land besitzt wichtige Energieressourcen, eine Vielfalt von Bodenschätzen, industrielle, handwerkliche und agrarwirtschaftliche Produktion, um einen Großteil der Bedürfnisse des Volkes befriedigen zu können. Solche Bedürfnisse betreffen die Ernährung, die Energieversorgung, die Transporte und den öffentlichen Bau von Infrastruktur und den Wohnungsbau. Die landwirtschaftliche Produktion kann für viele Industriezweige unterstützend wirken.

Die Aufgaben der KKE für die sozialistische Revolution

Die KKE zielt ihr Handeln auf die Vorbereitung des subjektiven Faktors für die Perspektive der sozialistischen Revolution ab, auch wenn der Zeitpunkt ihres Auftretens von objektiven Bedingungen, von der revolutionären Situation bestimmt wird.

Die Aktivität der KKE unter nichtrevolutionären Bedingungen trägt entscheidend zur Vorbereitung des subjektiven Faktors (Partei, Arbeiterklasse, Bündnisse) für revolutionäre Bedingungen bei, zur Verwirklichung der strategischen Aufgaben:

- Der Zusammenschluss der zur Revolution entschlossenen großen Mehrheit der Arbeiterklasse mit der KKE
- Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den im Kapitalismus unterdrückten Volksschichten, um manche mehr oder weniger aktiv in den revolutio-

nären Kampf einzugliedern und andere zu neutralisieren.
- Die Unterstützung des Volkes, das sich an der Revolution beteiligt, durch möglichst breite Kräfte, die sich von der Armee ablösen.
- Die Sicherung der Überlegenheit der mit der KKE verbundenen revolutionären Kräfte gegenüber den reaktionären bürgerlichen und den schwankenden kleinbürgerlichen Kräften im entscheidenden Moment und an den entscheidenden Orten. Dies ist eine wichtige politische und gleichzeitig organisatorische Thematik.

Die aufgeführten Aufgaben werden nur unter revolutionären Bedingungen realisiert. Ihre Umsetzung entwickelt sich synchron, sie wirken aufeinander ein. Hauptaufgabe dabei ist der Zusammenschluss der Mehrheit der Arbeiterklasse um die Partei.

Zur revolutionären Situation

Die revolutionäre Situation ist ein Faktor, der sich objektiv entwickelt.

Sie beinhaltet die Schwächung der bürgerlichen Macht („die oben können nicht mehr“) und den raschen Anstieg der kämpferischen Stimmung der Volksmassen („die unten wollen nicht mehr“), die nicht mehr unter der ausbeuterischen Macht, unter der bisherigen Unterwerfung, leben wollen. Angetrieben werden sie auch durch die umfassende, nicht durch die bürgerliche Macht zu verwaltende, plötzliche Verschlechterung ihres Lebensstandards.

Unter diesen Bedingungen ist die Rolle der organisatorischen und politischen Reife der Vorhut der Arbeiterbewegung, der Kommunistischen Partei, entscheidend, um den Zusammenschluss und die revolutionäre Ausrichtung der Mehrheit der Arbeiterklasse, besonders des Industrieproletariats, sowie die Gewinnung der Vorreiter aus Volksschichten zu erreichen.

Die Faktoren, die zur revolutionären Situation führen werden, können nicht vorhergesagt werden. Die Vertiefung der Wirtschaftskrise und die Verschärfung der innerimperialistischen Gegensätze, die bis zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen können, können solche Bedingungen in Griechenland herbeiführen.

Im Falle einer imperialistischen kriegerischen Verwicklung Griechenlands, gleich ob in einen Verteidigungs- oder einen Angriffskrieg, muss die Partei die eigenständige Organisierung des Arbeiter- und Volkskampfes in allen Formen leiten, damit dieser zur vollständigen Niederlage der inländischen und der angreifenden ausländischen Bourgeoisie führt und praktisch mit der Erringung der Macht verbunden wird. Mit der Initiative und der leitenden Rolle der Partei muss dann eine Front der Arbeiterklasse und des Volkes gebildet werden, die sich aller Formen des Kampfes bedient und sich die Losung auf die Fahnen schreibt: „Das Volk erkämpft die Freiheit und den Ausstieg aus dem kapitalistischen System, das, solange es herrscht, den Krieg und den ‚Frieden‘ mit vorgehaltener Pistole bringt“.

Während des revolutionären Prozesses bildet die Arbeiterklasse mit ihren Bündnispartnern die Keime der Organe der Arbeitermacht.

Die Möglichkeit des Heranreifens der revolutionären Situation, der Durchführung und des Sieges der sozialistischen Revolution, zunächst in einem Land oder in einer Gruppe von Ländern, ergibt sich aus dem Gesetz der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus. Die Voraussetzungen, damit die sozialistische Revolution auf die Tagesordnung gesetzt wird, reifen nicht weltweit gleichzeitig heran. Die imperialistische Kette wird an ihrem schwächsten Glied brechen.

Die Wirtschaftskrise und die imperialistischen Kriege stellen gemeinsame Gefahren für die Arbeiterklasse und die Volksschichten jeder kapitalistischen Gesellschaft dar. Dies ist die objektive Möglichkeit für die revolutionäre Bewegung in einem Land, sich auf das Handeln der revolutionären Bewegung in einem anderen Land (in der Nachbarschaft oder in der erweiterten Region) zu stützen. Gleichzeitig hat der Kurs des Klassenkampfes in jedem einzelnen Land Einfluss auf das internationale Umfeld, sowie umfassendere Auswirkungen im regionalen und internationalen Maßstab. Daraus folgt auch die Notwendigkeit der koordinierten gemeinsamen Aktivität gegen jedes imperialistische Bündnis, das auf die Unterdrückung der Revolution in einem Land und auf die Möglichkeit zielt, dass Bedingungen für die Entwicklung des sozialistischen Sieges in einer Gruppe von Ländern entstehen.

Zur revolutionären Arbeiter- und Volksfront

Der Zusammenschluss der Mehrheit der Arbeiterklasse um die KKE und die Gewinnung von Teilen mit einer Vorreiterrolle aus den Volksschichten werden verschiedene Phasen durchschreiten. Die Arbeiterbewegung, die Bewegungen der Selbständigen in den Städten und der Bauern, und die Formen ihres Bündnisses (Volksbündnis) mit antimonopolistischen-antikapitalistischen Zielen, zusammen mit den Kräften der KKE, die eine Vorreiterrolle spielen, werden unter nichtrevolutionären Bedingungen den Keim für die Formung der revolutionären Arbeiter- und Volksfront unter revolutionären Bedingungen bilden. Die Arbeiter- und Volksmassen, durch die Erfahrung ihrer Beteiligung an der Organisierung ihres Kampfes gegen die Strategie des Kapitals, werden von der Notwendigkeit überzeugt werden, dass ihre Organisierung und ihre Konfrontation den Charakter eines allseitigen Gesamtangriffs auf die ökonomische und politische Macht des Kapitals annehmen muss.

Unter den Bedingungen einer revolutionären Situation kann die revolutionäre Arbeiter- und Volksfront mit all ihren Aktionsformen das Zentrum des Volksaufstandes gegen die kapitalistische Macht werden, indem sie die Vormacht in wichtigen Bereichen, wie den Industrie-, Handels- und Transportzentren, sowie in den Telekommunikations- und Energiezentren erringt. So können die Mechanismen der bürgerlichen Herrschaft außer Kraft gesetzt und deren Neutralisierung erreicht werden, so können sich der Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und die vom Volk geschaffenen revolutionären Institutionen durchsetzen, welche die Neuorganisierung der Gesellschaft und die Errichtung der revolutionären Arbeitermacht durchführen.

Beim revolutionären Prozess wird der Einfluss von opportunistischen und reformistischen Positionen permanent sein, ebenso die Notwendigkeit, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und sie innerhalb der Arbeiter- und Volksfront zu marginalisieren.

Unter den Bedingungen der revolutionären Situation manifestiert sich die Arbeiter- und Volksfront auch durch Komitees zur Verteidigung von Streiks und anderen Aufstandsformen. Sie erlangt die Fähigkeit und die Mittel, die Revolution in all ihren Phasen zu schützen. Sie setzt die Arbeiterkontrolle in den Betrieben, in den Banken, in der Landwirtschaft zusammen mit den armen Bauern durch, um die Ernährung der Bevölkerung zu sichern und den verschiedenen Mechanismen der Reaktion entgegenzuwirken.

Die revolutionäre Arbeiter- und Volksfront erlangt die Fähigkeit, ihre Gewalt gegen die Gewalt des Kapitals entgegenzusetzen, die Fähigkeit, die strategischen Stäbe des Klassengegners lahm zu legen, seine konterrevolutionären Pläne außer Kraft zu setzen, und ihnen die aktive Unterstützung durch Menschen aus der Arbeiterklasse oder den Volksschichten abzukoppeln. Die Front hat die Fähigkeit, die Interessen der armen Bauern, der armen Selbständigen in den Städten, der

Halbproletarier, der Masse der Arbeitslosen und der Migranten zu vertreten und sie für diese kämpferische Richtung zu gewinnen.

Die sozialistischen Revolutionen des 21. Jahrhunderts, verglichen mit den bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts, aber auch den sozialistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts, werden einem viel besser organisierten Repressionsapparat, technologisch besser entwickelten Informationsmedien und Massenvernichtungsmitteln zu begegnen haben. Sie werden den Apparaten der staatlichen kapitalistischen Gewalt gegenüberstehen, die in zwischenstaatlichen Strukturen, wie der NATO, der Euro-Armee, der Europolizei, der Eurogendarmerie u.a. integriert sind.

Trotz der technischen Entwicklung bleibt der Mensch der entscheidende Faktor beim Einsatz dieser Apparate und der Auseinandersetzung mit ihnen. Auf dieser Grundlage kann die Aktivität der Arbeiter und des Volkes all diese Mittel außer Kraft setzen, und die Anwendung der neuen Technologien zugunsten der revolutionären Bewegung erreichen.

Die Erringung der Arbeitermacht in einem Land trägt zum Anstieg der internationalen Arbeiterbewegung bei, zur Versöhnung der Arbeiterklasse und der Volkskräfte, unabhängig von ethnischer Herkunft, Sprache, kulturellem oder religiösem Erbe. Sie trägt zur Koordination des Klassenkampfes auf regionaler oder internationaler Ebene und zur Gründung von revolutionären Bündnissen zur Verteidigung jeder sozialistischen Revolution gegen internationale kapitalistische konterrevolutionäre Aktivitäten bei.

Die leitende Rolle der Partei in der Revolution

Die KKE wird in der Praxis zur leitenden Kraft im revolutionären Prozess, wenn sie ihre revolutionäre Linie und Fähigkeit sicherstellt, und Organisationen in Großbetrieben, in Sektoren und Dienstleistungen unterhält, die eine tragende Rolle beim Sturz der bürgerlichen Macht spielen.

Die organisatorische, ideologische und politische Eigenständigkeit der KKE gilt unter allen Bedingungen und unabhängig von den Formen der Massenorganisierung der Arbeiterklasse und ihres Bündnisses mit den aufständischen armen Bauern und anderen Selbständigen.

Die Existenz starker Organisationen der KKE und der KNE gewährleistet die Herausbildung von Mitgliedern, die in der Lage sind, die ideologischen und politischen Positionen der Partei in die großen Betriebe und Bildungsstätten, aber auch in die Massenorganisationen hineinzutragen. Sie werden in der Lage sein, Vertrauen auszustrahlen, Vorbild aufopfernden Vorreiterhandelns zu sein, die Initiative der Massen in der Praxis zu nutzen und den Reformismus-Opportunismus sowie die nationalsozialistisch-faschistischen Aktivitäten zu bekämpfen.

Die Partei kämpft für die Einheit der Arbeiterklasse in Griechenland unabhängig von Abstammung, nationaler Herkunft, Sprache, kulturellem und religiösem Erbe.

Die Bereitschaft, die materielle und ideologische Ausstattung, der ständige Kampf gegen den Opportunismus sind Voraussetzungen für die effektive Leitung der Auseinandersetzung mit den Apparaten der bürgerlichen Macht auf allen Ebenen.

Die leitende Rolle der Partei bei der Konzentration der Kräfte für die Revolution wird weder ein Einakter, noch ein sich gleichmäßig entfaltender Prozess sein. Sie wird Auf- und Abschwungsphasen haben, sie wird sich reflektieren in der Bewusstseinsbildung der Mehrheit der Arbeiterklasse und in der Abkoppelung der Halbproletarier, der armen Bauern und der anderen Selbständigen von der Bourgeoisie und dem kleinbürgerlichen und opportunistischen Einfluss. Es können nicht alle Phasen dieses Prozesses, alle Voraussetzungen der Beschleunigung oder Verlangsamung der Entwicklungen, die genaue Situation jeder Klasse und gesellschaftlicher Gruppe und das Verhältnis zwischen den kämpfenden Kräften der Arbeiterklasse und der Volksschichten vorausgesagt werden. Prüfsteine für die Ausrichtung dieses Prozesses, für die Fähigkeit der KKE, revolutionäre Kräfte zu leiten und die Entwicklungen zu beschleunigen, wird auch ihre Fähigkeit sein, rechtzeitige und objektive Einschätzungen zu treffen und entsprechend zu handeln.

Die leitende Rolle der Partei bleibt – in der Praxis und nicht bloß in Worten – auch nach dem Sturz der Herrschaft des Kapitals bestehen, als den ersten Akt beim Übergang des revolutionären Prozesses in eine neue Phase des Klassenkampfes, sowohl bei der Abschaffung der kapitalistischen Verhältnisse und der Gestaltung der neuen sozialistischen Verhältnisse, als auch bei der Auseinandersetzung mit der in- und ausländischen Neu-Organisierung der kapitalistischen Gewalt.

Die Partei verfolgt das Ziel, dass die revolutionäre Arbeitermacht durch die revolutionären Bewegungen und Volksbewegungen der Nachbar- und anderen Länder unterstützt wird, gegenüber den kapitalistischen Staaten, die ihren Sturz bezwecken. Sie strebt die Entwicklung eines gemeinsamen revolutionären Zentrums zumindest der Nachbarländer an, wenn die entsprechenden Bedingungen es ermöglichen.

Die Partei, stets dem proletarischen Internationalismus treu, unterstützt in der Praxis die revolutionären Bewegungen anderer Länder.

Sie erfüllt ihre revolutionäre Pflicht, ohne sie im Namen der Schwierigkeiten im internationalen Kräfteverhältnisses beim Klassenkampf aufzuheben. Sie betrachtet das internationale Kräfteverhältnis nicht als statisch oder unveränderbar.

Der Sozialismus als die erste, untere Stufe des Kommunismus

Der Sozialismus als die erste Stufe der kommunistischen gesellschaftsökonomischen Formation ist keine selbstständige Formation, es handelt sich um den unreifen Kommunismus. Dabei gilt das Grundgesetz der kommunistischen Produktionsweise: planmäßige Produktion für die erweiterte Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse.

Durch die Zentralplanung werden die Entwicklungsmöglichkeiten des Landes in den Dienst des Menschen und seiner Bedürfnisse gestellt. Es handelt sich dabei um alle Erzeugnisse der menschlichen Aktivität auf den Gebieten der Wissenschaft, der Technologie und der Kultur, die ein höheres Lebensniveau, geistige Entwicklung und Kultur sichern. Die Arbeitslosigkeit und die Unsicherheit um den Arbeitsplatz werden beseitigt, die Freizeit wird ausgeweitet, damit das werktätige Volk unter anderem auch die Möglichkeit erhält, sich aktiv an der Arbeiterkontrolle zu beteiligen. Dadurch kann der Charakter der Arbeitermacht gewährleistet werden.

Der sozialistische Aufbau ist ein einheitlicher Prozess, der mit der Erringung der Macht durch die Arbeiterklasse beginnt. Erst wird die neue Produktionsweise herausgebildet, die sich mit der vollständigen Abschaffung der kapitalistischen Verhältnisse, des Verhältnisses Kapital-Lohnarbeit, durchsetzen wird.

- Vergesellschaftung der Produktionsmittel in: Industrie, Energie- und Wasserversorgung, Telekommunikationen, Bausektor, Reparaturen, Transportwesen, Groß- und Einzelhandel, Import- und Exporthandel, konzentrierte Infrastrukturen in der Touristik- und Nahrungsmittelbranche
- Abschaffung des Privateigentums und der unternehmerischen Tätigkeit in den Bereichen der Bildung, des Gesundheitswesens, der Fürsorge,

der Kultur, des Sports und der Massenmedien. Diese Bereiche werden ausschließlich als soziale Dienste organisiert.
- Die industrielle Produktion und der Großteil der landwirtschaftlichen Produktion werden unter Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums, der Zentralplanung und der Arbeiterkontrolle auf allen Leitungsebenen realisiert.
- Die Arbeitskraft ist keine Ware mehr. Die Nutzung fremder Arbeit, d.h. der Lohnarbeit, durch noch existierende Inhaber von vereinzelten Produktionsmitteln in Zweigen, die nicht zwangsläufig vergesellschaftet werden, wird untersagt, z.B. in Handwerksbetrieben, in der landwirtschaftlichen Produktion, im Tourismus und in der Gastronomie, sowie bei einigen Hilfsdienstleistungen.
- Arbeitskräfte, Produktionsmittel, Roh- und Industriestoffe und Ressourcen werden in der Organisation der Produktion, der sozialen und administrativen Dienste durch die Zentralplanung eingebunden.

Staatliche Produktionsbetriebe für die Herstellung und Verarbeitung von Agrarprodukten als Rohstoffe oder Konsumgüter werden herausgebildet. Die griechische Realität macht eine Neuverteilung des Bodens nicht erforderlich. Die landlosen Agrarproduzenten werden in sozialistischen Betrieben der Landwirtschaft (Pflanzen- und Tierproduktion), arbeiten. Die Maßnahme der Vergesellschaftung des Bodens schließt die Möglichkeit der Konzentrierung von Land, seine Umwidmung für andere Nutzungszwecke und Kommerzialisierung durch private oder genossenschaftliche Agrarproduzente aus.

Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, die das Bodennutzungsrecht des vergesellschafteten Bodens als Produktionsmittel haben, werden gefördert. Die Eingliederung der Bauern mit Kleinbesitz in die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft erfolgt auf freiwilliger Basis. Ansporn für die Bildung von Genossenschaften sind:
- Senkung der Produktionskosten mittels gemeinsamen Anbaus und gemeinsamer Ernte.
- Schutz der landwirtschaftlichen Produktion vor bestimmten Naturereignissen durch die staatlichen Einrichtungen und die wissenschaftliche und technische Unterstützung.
- Vertrieb – Einsammlung, Lagerung, Konservierung und Transport – der Agrarprodukte durch staatliche Einrichtungen.
- Ausgeglichene Verteilung der Arbeitszeit über das Jahr, durch die Erweiterung der Mechanisierung und der zentralen Koordinierung zur Absicherung der außerplanmäßigen saisonalen Bedürfnisse.
- Umgestaltung der Dörfer durch die Entstehung von Einrichtungen, wie sie in der Stadt vorkommen, in Bezug auf das Bildungswesen, auf voll ausgerüstete Gesundheitszentren, verbunden mit den städtischen Krankenhäusern der Umgebung, auf kulturelle Strukturen, Verkehr usw.

In dem Maß, wie im Rahmen der Produktionsgenossenschaft die Arbeit durch die Anwendung mechanisierter Produktionsmittel und gemeinsamer Strukturen vergesellschaftet wird, werden sich die Bedingungen für eine direkte Eingliederung in das gesellschaftliche Eigentum und die vollständige Eingliederung in die Zentralplanung entwickeln. Im Zuge dessen verschwindet der Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Produktion. Der Nutzen der ehemals genossenschaftlich organisierten Bauern wird die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen sein.

Die Arbeitsverteilung in den vergesellschafteten Produktionsmitteln erfolgt auf der Grundlage der Zentralplanung, die die Produktion und die sozialen Dienste organisiert und ihre Proportionen bestimmt. Sie verteilt die Produkte, d.h. die Gebrauchswerte, mit dem Ziel der Befriedigung der erweiterten gesellschaftlichen Bedürfnisse. Es handelt sich um eine zentral geplante Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit, die direkt, und nicht etwa durch den Markt, die persönliche Arbeit in die gesamte gesellschaftliche Arbeit eingliedert.

Die Zentralplanung drückt die bewusste Darstellung der objektiven Produktions- und Verteilungsproportionen, sowie das Streben der allseitigen Entwicklung der Produktivkräfte aus. Sie ist ein kommunistisches Produktions- und Verteilungsverhältnis, das die Werktätigen und die Produktionsmittel, die sozialistischen Einrichtungen, zusammenbringt. Sie beinhaltet eine bewusste und planmäßige Auswahl von Anreizen und Ziele bei der Produktion und zielt auf die sich erweiternde Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse.

Die Zentralplanung priorisiert die Produktion von Produktionsmitteln, von der die Entwicklung der gesamten Produktionskapazität, der gesamten technologischen Ausrüstung, der sozialen Dienste, und letztendlich die Fähigkeit zur erweiterten Reproduktion und Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstands abhängen.

Der jeweils spezifische Plan muss immer umfassender die Gesetzmäßigkeiten der Zentralplanung reflektieren, und sich somit den objektiven Proportionen der erweiterten sozialistischen Akkumulation und dem gesellschaftlichen Wohlstand annähern.

Die Zentralplanung zielt mittel- und langfristig auf die allgemeine Entwicklung der Fähigkeit zur spezialisierten Arbeit, aber auch auf Änderungen bei der technischen Verteilung der Arbeit, einer allgemeinen Steigerung der Produktivität der Arbeit und Senkung der Arbeitszeit, einer Abschaffung der Unterscheidung zwischen ausführender und stabsmäßiger, sowie zwischen manueller und geistiger Arbeit.

Die landwirtschaftliche genossenschaftliche Produktion unterliegt bis zu einem gewissen Grad der Zentralplanung, die den Anteil der Produktion und den staatlichen Preis festlegt, durch den die Einsammlung der Produkte vom Staat erfolgt, sowie die Preise, mit denen die Produkte auf den staatlich organisierten Wochenmärkten verkauft werden.

Die Zentralplanung wird nach Sparten durch eine einheitliche staatliche Institution organisiert, die regional und nach Kategorien verzweigt ist. Sie beruht auf einer Reihe von Zielen und Kriterien:

Energieversorgung
Entwicklung von Infrastrukturen für die Verringerung der Energieabhängigkeit Griechenlands, Sicherstellung ausreichender und preiswerter Energie für das Volk, Sicherheit der Werktätigen in der Branche sowie in den Wohngebieten, Energieeinsparungen und hoher Grad an Energieeffizienz. Schutz der öffentlichen Gesundheit und der Umwelt. Grundpfeiler der Energiepolitik: Nutzung aller einheimischer Energiequellen, wie z.B. Braunkohle, Wasser, Wind, Sonne, Erdöl und Gas, systematische Erforschung und Erschließung neuer Quellen, Anstreben einer gegenseitig vorteilhaften zwischenstaatlichen Zusammenarbeit.

Transportwesen
Vorrang der öffentlichen Transportmittel vor dem Individualverkehr, Schienenverkehr auf dem Festland, Schiffsverbindungen zu den Inseln und den Küstenorten. Inanspruchnahme der vergesellschafteten Branche der Werft- und Schiffsausbesserungsindustrie für Bau, Umbau, Reparatur und Instandsetzung moderner und sicherer Schiffe sowie Eisenbahnmaterials. Planung des Straßen- und Luftverkehrs sowie aller anderen Formen der Massenbeförderung unter den Gesichtspunkten des vernetzten und gegenseitig sich ergänzenden Betriebs für eine schnelle und preiswerte Beförderung von Personen und Produkten, Energieeinsparung, ausgewogenes Wirken des Menschen auf

die Umwelt, planmäßige Entwicklung zur Abschaffung regionaler Ungleichheiten, vollständige Kontrolle der Verteidigung und der Sicherheit des sozialistischen Staates. Voraussetzung ist die Planung entsprechender Infrastrukturen, wie z.B. Häfen, Flughäfen, Bahnhöfe, Straßenverkehrsader, und einer Industriesparte zur Herstellung von Verkehrsmitteln.

Verarbeitende und Bergbauindustrie
Vorrang erhält die Herstellung von Produktionsmitteln (z.B. Maschinenbau) mit der kombinierten Nutzung der Bergbauindustrie und der Entwicklung entsprechender verarbeitender Zweige mit Hilfe der einheimischen wissenschaftlichen Forschung.

Griechenland besitzt wichtige Vorkommen von Bauxit, mineralischen Metallen (Gold, Nickel, Kupfer) sowie fossilen Ressourcen für den Bausektor (Perlit, Magnesit, Marmor u.a.)

Der Abbau der fossilen Rohstoffe wird mit ihrer industriellen Verarbeitung kombiniert (z.B. Aluminiumproduktion, Herstellung von Aluminiumkomponenten usw.), der Entwicklung der Metall- und Erdölindustrie und der Herstellung von Maschinen und Transportmitteln, mit dem Ziel der Minderung der Abhängigkeit von Auslandsimporten. Ähnliches gilt für die Zweige der verarbeitenden Industrie, wie die chemische Industrie.

Sicherstellung der einheitlichen staatlichen Organisation der Produktion in der Lebensmittel-, Bekleidungs-, Lederwaren-, Textil- und Konsumgüterindustrie, sowie weiterer Produkte des individuellen Grundbedarfs. Förderung des proportionalen Verhältnisses zwischen dem Agrarsektor (einschließlich Viehzucht und Fischerei) und Industriesektoren zur Versorgung eines Teils der erforderlichen Rohstoffe.

Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion durch die einheimische industrielle Produktion von Düngemitteln, Pflanzenschutzmitteln, Tierfutter, Gen- und Vermehrungsmaterial u.a., sowie Landmaschinen und Bewässerungsanlagen.

Durch die staatliche Industrie der Herstellung von Medikamenten, Medizinprodukten und biomedizinischer Ausrüstung wird die größtmögliche Autarkie zur kostenlosen Versorgung von Medikamenten und anderen pharmazeutischen Präparaten auf der Grundlage der Bedürfnisse des Volkes angestrebt.

Kommunikation/Informatik
Nutzung der technologischen Möglichkeiten zur Aufwertung des Produktionsprozesses, der wissenschaftlichen Zentralplanung und der Arbeiterkontrolle in Industrie, Verwaltung, bei den sozialen Diensten (Telemedizin, Telebildung usw.). Priorisiert werden der Aufbau und die Aufbesserung von entsprechenden Infrastrukturen für die Entwicklung der einheimischen industriellen Produktion von Automatisierungs- und Informatiksystemen sowie von Telekommunikationsmaterial. Gewährleistet wird der preiswerte, schnelle, sichere und allgemeine Zugang zur Kommunikation, Information und Unterhaltung.

Raumplanung – Bauwesen
Raumplanung auf der Grundlage von Forschungen zur Erkennung von neuen Bedürfnissen, zur Ausarbeitung von Regelungen und Standards, sowie von einem Nationalplan zur Abfallbehandlung, zur integrierten Verwaltung der Wasserressourcen und deren Nutzung und Schutz, unter den Kriterien des Wohlstands des Volkes und der Gestaltung von menschenfreundlichen Städten.

Ausgewogene Entwicklung von Bauten zur Befriedigung des Wohnbedarfs, der öffentlichen Infrastrukturen, zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion, der Industrie und der sozialen Dienste. Die Industrieproduktion kann den Bedarf der Baubranche an Zement und Baustoffen abdecken. Gewährleistung von Wohnungen für das Volk nach zeitgemäßen Standards, in Verbindung mit der Neugestaltung der Städte, Infrastrukturen für schnelle und sichere Transporte, Schutz vor Überschwemmungen, Bränden, Erdbeben. Ausreichende Grünflächen in Verbindung mit Flächen für Massensport, Kultur und Unterhaltung.

Unter der Federführung der Zentralplanung organisieren staatliche Einrichtungen, Universitäten und Instituten u.a. die wissenschaftliche Forschung zur Entwicklung der Zentralplanung, zur Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes und zur Leitung der gesellschaftlichen Produktion und der sozialen Dienste, um den gesellschaftlichen Wohlstand zu entwickeln.

Es entstehen staatliche soziale Infrastrukturen, die hochqualitative soziale Dienste zur Befriedigung von Bedürfnissen anbieten, die heute individuell oder in der Familie befriedigt werden, z.B. Betriebskantinen, Schulspeisung, Erholungseinrichtungen. Es entstehen ebenso hochwertige Fürsorgeeinrichtungen, die Menschen, die altersbedingt (Kinder, ältere Menschen) oder krankheitsbedingt nicht für sich selbst sorgen können, mit Sorgfalt und Würde betreuen und pflegen. Letzteres gilt auch für Menschen mit Behinderungen.

Alle Vorschulkinder erhalten unentgeltliche öffentliche Vorschulerziehung. Gewährleistet wird eine unentgeltliche, ausschließlich öffentliche, zwölfjährige Bildung in einer Schule mit einheitlichem Aufbau, Programm, Verwaltung, Infrastruktur, materiell-technischer Ausstattung und einheitlich ausgebildetem Personal. Die Evaluationssysteme dienen der Festigung des Wissens, der Entwicklung des dialektisch-materialistischen Denkens, der Selbstdisziplin und der Kollektivität. Sichergestellt wird eine unentgeltliche, ausschließlich öffentliche Berufsausbildung nach Abschluss der allgeneinen obligatorischen Grundbildung. Durch ein System einheitlicher, unentgeltlicher und ausschließlich öffentlicher Hochschulbildung werden Wissenschaftler hervorgebracht, die fähig sind, als Lehrende in den Bildungseinrichtungen zu wirken und als hochqualifiziertes Personal die Bereiche der Forschung, der vergesellschafteten Produktion und der staatlichen Dienste zu besetzen.

Die Zentralplanung schafft alle Voraussetzungen zur Entwicklung des sozialistischen Kulturschaffens, zu seiner Verbreitung unter die Massen. Ziel ist, dass der Zugang zur Kunst und ästhetischen Erziehung, zu der kreativen Erhaltung und Weiterentwicklung des Kulturerbes allen ermöglicht wird, dass die Kunst bei der Herausbildung des kommunistischen Bewusstseins und der kommunistischen Haltung für die Entwicklung der neuen Gesellschaft ihren Beitrag leistet.

Es entsteht ein ausschließlich öffentliches und unentgeltliches Gesundheits- und Fürsorgesystem. Besondere Aufmerksamkeit wird der Vorsorge gewidmet. Geboten werden Dienste für die Erhaltung des körperlichen und psychischen Wohlbefindens, der geistigen und kulturellen Entwicklung des Menschen, für die Sicherung von umfassenden gesellschaftlichen und Umweltbedingungen, die die öffentliche Gesundheit, die Fähigkeit zum Arbeiten und zum gesellschaftlichen Engagement fördern. Bis die Substanzabhängigkeiten als gesellschaftliches Phänomen völlig beseitigt sind, stehen qualifizierte soziale Dienste zur Vorbeugung, Therapie und Integration zur Verfügung.

Die Rolle und die Funktion der Zentralbank ändern sich. Die Regelung der Funktion des Geldes als Zirkulationsmittel für den Warenverkehr beschränkt sich im Austausch der sozialistischen Produktion mit der genossenschaftlichen landwirtschaftlichen Produktion und der Warenproduktion eines Teils der Konsumgüter, die nicht in sozialistischen Produktionsbetrieben produziert werden, bis zur endgültigen Abschaffung jeder Form des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Existenz einer Warenproduktion. Die Zentralbank kontrolliert die entsprechenden Funktionen einiger spezialisier-

ter staatlicher Kreditinstitute für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und für bestimmte individuelle Warenproduzenten.

Die Entwicklung der Zentralplanung und die Ausweitung des gesellschaftlichen Eigentums in alle Bereiche macht das Geld allmählich überflüssig, sowohl als Inhalt, als auch als Erscheinungsform, als den Beleg des individuellen Beitrags an der gesellschaftlichen Arbeit und Mittel der Verteilung des gesellschaftlichen Produkts auf der Grundlage der geleisteten Arbeit.

Die Zentralbank erhält eine Rolle zur Ausübung der allgemeinen gesellschaftlichen Bilanzierung und ist mit der Einrichtung und den Zielen der Zentralplanung verbunden. Die Zentralbank kontrolliert die internationalen, zwischenstaatlichen Handels- und Touristiktransaktionen, solange es kapitalistische Staaten auf der Welt gibt. Diese Transaktionen werden ausschließlich von staatlichen Einrichtungen durchgeführt. Sie reguliert die Goldreserven oder die Reserven anderer Waren, die die Funktion einer Weltwährung haben, oder sonstige Reservemittel.

Der sozialistische Aufbau ist unvereinbar mit der Teilnahme des Landes an jeglicher imperialistischer Vereinigung, wie der EU und der NATO, dem IWF, der OECD, sowie mit der Existenz von Militärstützpunkten der USA und der NATO. Die neue Macht wird, entsprechend der internationalen Bedingungen und des Umfelds des Landes, anstreben, zwischenstaatliche Beziehungen im gegenseitigen Nutzen zwischen Griechenland und anderen Ländern aufzubauen. Dieses gilt besonders für Länder, deren Entwicklungsniveau, spezifische Probleme und unmittelbare Interessen eine solche gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit gewährleisten können.

Der sozialistische Staat wird die Zusammenarbeit mit Ländern und Völkern anstreben, die objektiv ein unmittelbares Interesse daran haben, sich den ökonomischen, politischen und militärischen Zentren des Imperialismus zu widersetzen, vor allem mit Völkern, die in ihren Ländern den Sozialismus aufbauen. Er wird anstreben, jeden geeigneten „Riss“ in der imperialistischen „Front“, aufgrund der innerimperialistischen Gegensätze, zur Sicherung und Stärkung der Revolution und des Sozialismus zu nutzen. Das sozialistische Griechenland, den Prinzipien des proletarischen Internationalismus treu, wird im Rahmen seiner Möglichkeiten der internationalen, antiimperialistischen, revolutionären kommunistischen Bewegung eine Stütze sein.

Die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse

Die gesellschaftlichen Bedürfnisse werden auf der Grundlage des Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte, die in der gegebenen historischen Periode erreicht worden ist, bestimmt.

Wichtige gesellschaftliche Bedürfnisse (Bildung, Gesundheitsversorgung, Fürsorge) werden in ihrer Gesamtheit unentgeltlich gedeckt, während ein anderer Teil von einem relativ niedrigen Teil des Arbeitseinkommens gedeckt wird (Wohnen, Wasser- und Energieversorgung, Heizung, Personenbeförderung, Nahrungsmittel).

Merkmal der ersten Stufe der kommunistischen Verhältnisse, d.h. der sozialistischen, ist die Verteilung eines Teils der Produkte entsprechend der Arbeitsleistung, als Resultat des kapitalistischen Erbes und nur der Form nach dem Warenaustausch ähnlich. Die neue Produktionsweise hat dies noch nicht abgelegt, weil sie die menschliche Produktivkraft und die Produktionsmittel durch umfassende Nutzung der neuen Technologien noch nicht im erforderlichen Maß entwickelt hat. Die Produktivität der Arbeit erlaubt noch keine entscheidend große Senkung der Arbeitszeit, keine Abschaffung der schweren Arbeiten und der Einseitigkeit der Arbeit, damit die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Zwangs zur Arbeit abgeschafft werden kann.

Von der planmäßigen Verteilung der Arbeitskraft und der Produktionsmittel leitet sich die planmäßige Verteilung des gesellschaftlichen Produktes ab. Das bedeutet also einen grundlegenden Unterschied im Vergleich zur Verteilung des gesellschaftlichen Produktes über den Markt auf der Grundlage der Gesetzmäßigkeiten und Kategorien des Warenaustausches.

Die Arbeitszeit im Sozialismus ist das Maß des individuellen Beitrages an der gesellschaftlichen Arbeit zur Produktion des Gesamtproduktes. Sie funktioniert als Maß für die Verteilung jener Produkte des individuellen Verbrauchs, die noch „nach der geleisteten Arbeit“ verteilt werden.

Der Zugang zum Teil des gesellschaftlichen Produktes, das „nach der geleisteten Arbeit“ verteilt wird, wird vom individuellen Arbeitsbeitrag jedes Einzelnen zur gesamtgesellschaftlichen Arbeit bestimmt, ohne dass die Arbeit in komplexe oder einfache, manuelle oder nicht-manuelle unterschieden wird. Maß des individuellen Beitrages ist die Arbeitszeit, die vom Plan auf der Grundlage der gesamten Bedürfnisse der gesellschaftlichen Produktion und der materiellen Bedingungen des Produktionsprozesses bestimmt wird. Bei der Bestimmung der Arbeitszeit werden die besonderen Bedürfnisse der gesellschaftlichen Produktion für die Konzentrierung der Arbeitskraft in Regionen, Sparten usw. berücksichtigt. Auch besondere gesellschaftliche Erfordernisse, wie die Mutterschaft, die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen und anderen Bevölkerungsgruppen werden berücksichtigt. Die individuelle Haltung gegenüber der Organisation und Realisierung des Produktionsprozesses spielt eine entscheidende Rolle bei der Arbeitsproduktivität, der Ersparnis von Rohstoffen, der Anwendung produktiverer Technologien, der rationaleren Organisation der Arbeit und der Ausübung der Arbeiterkontrolle in der Leitung und Verwaltung.

Es werden Voraussetzungen zur Herausbildung kommunistischer Vorbildhaltung bei der Organisation und der Ausführung der Arbeit im Produktionsbetrieb oder der sozialen Dienststelle geschaffen, durch die Reduzierung der rein unqualifizierten und manuellen Arbeiten, die Verringerung der Arbeitszeit in Kombination mit dem Zugang zu Fortbildungsmaßnahmen, Erholungsdienstleistungen, Kultur und Beteiligung an der Arbeiterkontrolle. Die Form der Geldanreize wird verworfen.

Die sozialistische Macht, die aus dem Kapitalismus eine große Anzahl von Lohnabhängigen aus den Verwaltungsdiensten als Erbe übernimmt (Staatsbedienstete, Verwaltungspersonal der Unternehmen) strebt ihre politische und kulturelle Anpassung an, sowie ihre Arbeitseingliederung in die sozialistischen Produktionsbetriebe und sozialen Dienste.

Die planmäßige Entwicklung der Produktivkräfte in der kommunistischen Produktionsweise befreit immer mehr Zeit von der Arbeit, die zur Anhebung des Bildungs- und kulturellen Niveaus des Werktätigen, zur Beteiligung an den Aufgaben der Machtausübung und der Leitung der Produktion usw. genutzt wird. Die Herausbildung einer kommunistischen Haltung gegenüber der unmittelbaren gesellschaftlichen Arbeit hängt von der allseitigen Entwicklung des Menschen als Produktivkraft in der sich aufbauenden Gesellschaft neuen Typs und der kommunistischen Verhältnissen.

Der Kampf des Neuen mit dem Alten. Die Notwendigkeit der bewussten und geplanten Abschaffung von Unreife-Merkmalen

Die vollständige Durchsetzung der Gesetzmäßigkeiten des Kommunismus setzt die Überwindung der Merkmale der Unreife, die seine untere Stufe, den Sozialismus kennzeichnen, voraus.

Im Sozialismus ist noch nicht jedes Überbleibsel vorheriger Produktionsweisen abgeschafft worden. Die materiellen Bedingungen sind noch nicht herausgebildet worden, damit die neue Produktionsweise seinen kommunistischen Charakter vollständig annimmt, so dass das Prinzip „von jedem nach seinen Möglichkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ völlig in Kraft tritt.

Anfangs bleiben Formen des Privat- oder Gruppeneigentums bestehen, die die Grundlage für die Existenz der Ware-Geld-Beziehungen bilden.

Aufgrund der ökonomischen Unreife des Sozialismus bestehen soziale Ungleichheiten, Schichtungen, wesentliche Differenzen und Widersprüche, z.B. zwischen Stadt und Land, zwischen den Werktätigen manueller und geistiger Arbeit, zwischen Arbeitern hoher und niedriger Qualifizierung, die allmählich und planmäßig abgeschafft werden müssen.

Beim sozialistischen Aufbau erhält die Arbeiterklasse, schrittweise und nicht einheitlich, die Fähigkeit, eine umfassende Kenntnis der unterschiedlichen Produktionsabschnitte, des stabsmäßigen Arbeitens und eine tragende Rolle bei der Organisation der Arbeit einzunehmen. Als Folge der Schwierigkeiten dieses Prozesses ist es noch möglich, dass Werktätige, die eine leitende Rolle in der Produktion spielen, Werktätige der geistigen Arbeit, und solche mit hoher Qualifikation, ihr individuelles Interesse oder ihr Gruppeninteresse vom gesellschaftlichen Interesse abkoppeln, und einen größeren Anteil am gesamten gesellschaftlichen Produkt beanspruchen, weil sich die kommunistische Haltung gegenüber der Arbeit noch nicht durchgesetzt hat. Die Auseinandersetzung mit solchen Phänomenen ist ein Anliegen des Klassenkampfes, der unter Bedingungen des sozialistischen Aufbaues unter der Leitung der Kommunistischen Partei geführt wird.

Die soziale Revolution bleibt nicht auf die Erringung der Macht und auf die Bildung der ökonomischen Basis für die sozialistische Entwicklung beschränkt, sondern erweitert sich während des gesamten sozialistischen Weges und beinhaltet die sozialistische Entwicklung zur Annäherung an die höhere kommunistische Stufe.

Folglich erweitern und vertiefen sich die neuen Verhältnisse, die kommunistischen Verhältnisse entfalten sich und der neue Mensch entwickelt sich auf eine höhere Stufe, die die unumkehrbare Herrschaft des Kommunismus sichert, wenn die kapitalistischen Verhältnisse weltweit oder zumindest in den entwickelten, einflussreichen Ländern des imperialistischen Systems abgeschafft sind.

Der sozialistische Weg beinhaltet die Möglichkeit der Umkehr und des Rückschrittes zum Kapitalismus, wie die Erfahrung des konterrevolutionären Umsturzes der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten gezeigt hat. Der Rückschritt bedeutet geschichtlich auf jeden Fall ein vorübergehendes Phänomen. Der Übergang von einer niederen zu einer höheren Produktionsweise ist keine linear steigende Bewegung. Dies zeigt auch die Geschichte der Durchsetzung des Kapitalismus.

Der Sprung während des sozialistischen Aufbaus, d.h. während der revolutionären Übergangsperiode vom Kapitalismus zum entwickelten Kommunismus, ist qualitativ höher als jeder vorherige, weil die kommunistischen Verhältnisse – als nicht ausbeuterische – sich nicht im Rahmen des Kapitalismus entwickeln. Es findet ein Kampf zwischen dem Neuen und den Überbleibseln des Alten in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens statt, ein Kampf um die grundlegende Änderung aller ökonomischen Verhältnisse und damit aller gesellschaftlichen Beziehungen zu kommunistischen.

Während dieses langjährigen Überganges von der kapitalistischen zur entwickelten kommunistischen Gesellschaft bekommt die Politik der revolutionären Arbeitermacht, unter der Leitung der Kommunistischen Partei, Vorrang bei der Gestaltung, Ausweitung und Vertiefung der vollständigen und unumkehrbaren Durchsetzung der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse, nicht auf einer voluntaristischen Basis, sondern auf der Grundlage der Gesetzmäßigkeiten der kommunistischen Produktionsweise.

Es ist ein dauerhafter Kampf für die Abschaffung jeder Form von Gruppen- und Privateigentum an den Produktionsmitteln und an den Produkten, sowie die Abschaffung des kleinbürgerlichen Bewusstseins, das tiefe historische Wurzeln hat. Es ist ein Kampf für die Entwicklung eines kommunistischen Bewusstseins und einer kommunistischen Haltung gegenüber der unmittelbaren gesellschaftlichen Arbeit.

Die erreichte sozialistische Akkumulation führt zu einem neuen Niveau des Wohlstands. Das neue Niveau macht die schrittweise Ausweitung der neuen Verhältnisse zu dem Teil der Produktivkräfte möglich, die vorher nicht reif waren, um in die unmittelbare gesellschaftliche Produktion eingegliedert zu werden. Immer mehr verbreiten sich die materiellen Bedingungen für die Abschaffung der Unterschiede bei der Verteilung des gesellschaftlichen Produktes zwischen den Werktätigen, bei der unmittelbaren gesellschaftlichen Produktion, für die ständige Verringerung der notwendigen Arbeitszeit, die ständige Bildungs- und kulturelle Entwicklung und technologische wissenschaftliche Spezialisierung des Menschen, für die Entwurzelung religiöser Vorurteile, reaktionärer und anachronistischer Auffassungen und moralischer Vorstellungen sowie gesellschaftlicher Verhaltensweisen in den Beziehungen zwischen den beiden Geschlechtern.

Gemäß dem allgemeingültigen gesellschaftlichen Gesetz der Anpassung der Produktionsverhältnisse an das Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte, verlangt jedes historisch neue Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte, das der sozialistische Aufbau anfangs erreicht, die weitere „Revolutionierung“ der Produktionsverhältnisse und aller ökonomischen Verhältnisse durch revolutionäre Politik in Richtung ihrer vollständigen kommunistischen Transformation.

Die Entwicklung der kommunistischen Produktionsweise auf ihrer ersten Stufe, der sozialistischen, ist ein Prozess der Abschaffung der Verteilung des gesellschaftlichen Produkts in Geldform. Die kommunistische Produktion, auch auf ihrer unreifen Stufe, ist unmittelbare gesellschaftliche Produktion.

Grundprinzipien der Gestaltung der sozialistischen Macht

Die sozialistische Macht ist die revolutionäre Macht der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats. Die Arbeitermacht ersetzt alle bürgerlichen Institutionen, die die revolutionäre Aktion zerschlagen hat, durch die neuen, vom Volk geschaffenen, Institutionen.

Die revolutionäre Arbeitermacht setzt einen hohen Grad an Organisierung mit allen Mitteln voraus. Sie fordert die Arbeiterkontrolle bei der Ausübung der Verwaltung der Industriebetriebe, vor allem in den strategisch wichtigen Branchen, damit ihr schöpferisches wirtschaftlich-soziales und kulturelles Werk unter allen Bedingungen realisiert wird, sowohl in der Zeit eines möglichen Krieges oder in der relativ friedlicheren Periode des sozialistischen Aufbaus. So kann die Überlegenheit der Arbeiter- und Volksmehrheit gegenüber dem in- und ausländischen Widerstand des Kapitals und seiner konterrevolutionären Aktivität nach dem Machtverlust erreicht werden.

Die revolutionäre Arbeitermacht setzt die Vorbereitung und die Fähigkeit der schnellstmöglichen Mobilisierung der vergesellschafteten Produktionsmittel und aller Arbeitskräfte durch die Zentralpla-

nung voraus, damit die Verluste aus der vorausgegangen Periode der landesweiten Krise, des Widerstands der Kapitalisten, aber auch der oberen Mittelschichten, dem ausländischen Embargo, den imperialistischen Interventionen und Kriegen usw. rasch ausgeglichen werden.

Die Grundprinzipien der revolutionären Arbeitermacht ergeben sich aus der objektiven Stellung der Arbeiterklasse in der vergesellschafteten Produktion, die allerdings noch kein einheitliches Bewusstsein ihrer sozialen Rolle erreicht hat.

Die Grundprinzipien der neuen Macht stehen in vollem Gegensatz zur alten bürgerlichen Macht, da die vergesellschaftete Arbeit das Privateigentum an den Produktionsmitteln nutzlos macht.

Der Umfang und die Formen, die die revolutionäre Arbeitermacht bei der Unterdrückung der konterrevolutionären Aktivität anwenden wird, werden von der Haltung der politischen und sozialen Organisationen gegenüber den beiden sich bekämpfenden Kräften, der Kraft der Arbeiterklasse und der kapitalistischen Kraft, abhängen.

Die Organisation der neuen Macht ist Anliegen der gesamten Arbeiterklasse. Die Beteiligung der anderen gesellschaftlichen Kräfte

Der sozialistische Staat, als Organ des Klassenkampfes, der mit neuen Formen unter neuen Bedingungen fortgeführt wird, hat nicht lediglich defensiv-repressive, organisatorische Funktionen. Er hat auch schöpferische, ökonomische, kulturelle, erzieherische Funktionen, unter der Leitung der Kommunistischen Partei. Er drückt eine höhere Form der Demokratie aus, mit dem wichtigsten Merkmal der aktiven Beteiligung der Arbeiterklasse und des Volkes im Allgemeinen an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft, der Lösung der Gesamtheit der alten Widersprüche und sozialen Ungleichheiten, der Kontrolle der Verwaltung der Produktionsbetriebe, der sozialen und administrativen Dienststellen, aller Machtorgane von unten bis oben. Gewährleistet wird die Kritikausübung gegenüber Entscheidungen und Handlungen, die den sozialistischen Aufbau behindern, mit der ungehinderten Verurteilung an subjektiver Willkür, bürokratischer Haltung von Funktionären sowie anderer negativer Phänomene und Abweichungen von den sozialistischen-kommunistischen Prinzipien.

Grundlage der Arbeitermacht ist die Pflicht jedes arbeitsfähigen Menschen – innerhalb des gesetzlich festgesetzten Arbeitsalters – zu arbeiten und mittels der Arbeit seine Rechte gegenüber den Machtorganen auszuüben und seinen Pflichten nachzugehen. Die Machtorgane, der Arbeiterstaat insgesamt, sichern allen eine Arbeit gemäß ihrer Qualifikation oder Nachqualifikation, unabhängig vom Bildungsniveau und vom sprachlichen, kulturellen und religiösen Erbe.

Fundament der Arbeitermacht ist die Produktionsbetrieb, der soziale Dienst, die Administrationsdienststelle und die Produktionsgenossenschaft.

In der Versammlung der Werktätigen wird die direkte und indirekte Arbeiterdemokratie begründet, das Prinzip der Kontrolle, der Rechenschaftslegung und der Abwahlmöglichkeit.

Das Wahlrecht in der sozialistischen Macht bedeutet, dass der Werktätige alle Machtorgane wählen und bei allen Machtorganen gewählt werden kann, Ratsmitglieder und Vertreter zu kontrollieren und abzuwählen. Der Ausschluss vom Wahlrecht kann nur in der Umsetzung des Straf- und Disziplinarrechts erfolgen.

Die Arbeitermacht strebt an, dass arbeitsfähige Frauen unterhalb des Rentenalters arbeiten. Frauen, die vorher nicht gearbeitet haben und dem Renteneintrittsalter nähern, wird die Ausübung ihres Wahlrechtes gewährleistet.

Dasselbe trifft auch für nicht arbeitende volljährige Lehrlinge und Studenten zu, die ihr Recht in der entsprechenden Bildungseinrichtung wahrnehmen, zu der auch die Mitarbeiter und die Studierenden gehören.

Die Rentner beteiligen sich an den Wahlvorgängen im Rahmen ihrer letzten Arbeitsstelle.

Bevölkerungsteile mit besonderen Problemen nehmen ihre Rechte entweder als Rentner, oder in Arbeitsstellen mit geeigneten Arbeitsbedingungen, oder in qualifizierten Bildungs- und Produktionsstätten wahr.

Die sozialistische Macht sichert den Bevölkerungsteilen, die andere Sprachen sprechen, die Bewahrung ihrer Sprache und ihrer kulturellen Traditionen, die Kenntnis ihrer geschichtlicher Wurzeln, durch die Eingliederung in ein spezielles Programm im Rahmen des einheitlichen Bildungswesens und der Kultur. Sie schafft die gesonderten Siedlungen ab und ergreift besondere Maßnahmen, damit sie in den höheren Organen vertreten werden.

Die Arbeitermacht drückt das Bündnis mit den einzelnen Selbständigen und den genossenschaftlichen Bauern aus, indem sie die Möglichkeit ihrer gesonderten Vertretung durch ihre eigenen Räte einräumt, für die auch die jeweiligen Rentner wählen. Diese Räte haben einen Übergangscharakter, da sie Übergangseigentumsformen entsprechen. Diese Schichten werden perspektivisch in die unmittelbare gesellschaftliche Produktion eingegliedert.

Der Arbeitercharakter der Macht wird durch die Zusammensetzung der regionalen und zentralen Organe gewährleistet sein, in denen die Selbständigen und die genossenschaftlichen Bauen vertreten werden.

Einige Richtlinien für die Konstituierung der Machtorgane

Die Struktur der Machtorgane beinhaltet:

Den Arbeiterrat, den Regionalrat und das Oberste Organ der Arbeitermacht.

Das Oberste Organ der Arbeitermacht trägt die Verantwortung für die Zentralplanung, für das schöpferische Werk in der Ökonomie und in allen gesellschaftlichen Verhältnissen, den Schutz des sozialistischen Aufbaus und die zwischenstaatlichen Beziehungen. Es besitzt volle legislative, exekutive und rechtsprechende Macht, die jeweils über stabsmäßige Strukturen organisiert werden.

Staatliches Organ von besonderer Bedeutung ist die Oberste Leitung der Zentralplanung, die auch Ausschüsse für besondere Fragen beinhaltet, wie die besonderen Bedürfnisse der Frauen, der Jugend, der Menschen mit Behinderungen usw.

Für alle Organe gilt das Prinzip des demokratischen Zentralismus, der den einheitlichen Charakter der Zentralplanung und die Spezifizierung bei ihrer Umsetzung gewährleistet.

Die Regelung der Arbeitszeit der Mitglieder der Organe erfolgt durch die Arbeitsstelle für die Dauer ihrer Wahlperiode und entsprechend dem Umfang ihrer Aufgaben in den Organen. Jeglicher finanzieller Vorteil wird durch Gesetz ausgeschlossen. Dasselbe gilt auch für die Leiter der sozialistischen Produktions- und Verwaltungsbetriebe und der Sozialen Dienste.

Die Leitung des Produktionsbetriebs, des Sozialen Dienstes oder der Verwaltungsbehörde besteht aus mehreren Personen und beteiligt sich am Arbeiterrat. Alle entsprechenden Gremien und Organe sind befugt, Fragen der Kontrolle und der Abberufung der Leitung aufzuwerfen.

Der Einsatz – zumindest für Betriebe einer bedeutenden Größe – eines ökonomischen und eines Produktionsleiters ist eine Frage der Verteilung des entsprechend qualifizierten Personals, die die Zentral-

planung klärt. Die Machtorgane haben die Verpflichtung, die Voraussetzungen für die Leitung des Betriebes aus seinem Personal zu schaffen.

Alle drei Ebenen der Machtorgane – Betriebsebene, Regionalebene, Landesebene – beteiligen sich gemäß ihrer hierarchischen Stellung an der Organisierung des Schutzes der Revolution, der Volksjustiz und des Kontrollapparats.

In all den speziellen Organen – Justiz, Kontrolle, Schutz – beteiligen sich Vertreter der Werktätigen sowie qualifiziertes Personal.

An der Stelle der bürgerlichen Armee und der Repressionsorgane, die vollständig aufgelöst worden sind, entstehen neue Institutionen der sozialistischen Macht auf der Grundlage des revolutionären Kampfes zur Zerschlagung des Widerstandes der Ausbeuter und der Verteidigung der Revolution. Ein neues leitendes Personal, erzogen nach den Prinzipien der neuen Macht, bestehend aus jungen Menschen mit Arbeiterherkunft wird herausgebildet. Genutzt wird die positive Erfahrung des sozialistischen Aufbaus, wonach die Aufgaben des Schutzes der revolutionären Errungenschaften nicht nur von den festen Facheinheiten, sondern auch von Arbeiterkomitees übernommen werden.

Die revolutionäre Arbeiterverfassung und die entsprechende Gesetzgebung bilden das neue Recht, das den neuen ökonomischen Verhältnissen Rechnung trägt.

Die Arbeitermacht nutzt alle technischen Mittel, damit sie nicht nur effektiv die Verteidigung gegen den internationalen Imperialismus erzielen, sondern auch die ständige Steigerung der Produktivität, die Verringerung der Arbeitszeit, die Verbesserung der Fähigkeit der Organisation und der Kontrolle der Produktion und die Abschaffung unnötiger administrativer Arbeiten erreichen kann.

Das Verhältnis der KKE zur Arbeitermacht

Die KKE, als die ideologisch-politisch organisierte Vorhut der Arbeiterklasse, ist die leitende Kraft der revolutionären Arbeitermacht, der Diktatur des Proletariats. Sie wird ihrer revolutionären Leitungsrolle gerecht, wenn sie in der Praxis die allgemeinen Interessen der Arbeiterklasse und die Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen-kommunistischen Aufbaus vertritt. Die Arbeiterklasse, auch als revolutionäre Klasse, hat noch kein einheitliches kommunistisches Bewusstsein, keine kommunistische Haltung gegenüber der unmittelbaren gesellschaftlichen Arbeit und dem gesellschaftlichen Eigentum; sie hat die Differenzierung zwischen ihren Teilen, so wie sie im Kapitalismus entstanden ist, noch nicht überwunden. Die Mitglieder und die Kader der KKE und ihrer Jugendorganisation beteiligen sich an allen Formen der Organisation der Gesellschaft und üben ihre ideologisch-politische Leitungsrolle mit Selbstaufopferung aus, ohne jeglichen finanziellen oder anderweitigen Vorteil.

Die Mitglieder der Jugendorganisation der KKE, der KNE, wirken entsprechend in den Bildungseinrichtungen unter der Leitung der Parteiorgane und -mitglieder, beispielsweise im Bereich der Bildung, der Arbeiterarmee, in den Komitees zum Schutz der Revolution usw.

Die Rolle der Mitglieder und Kader der KKE wird ständig in der Praxis beurteilt, sie wird bewährt oder aufgehoben. Deswegen benötigen sie ein hohes Niveau an theoretischen, wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen, um beim ideologischen und politischen Heranreifen der Arbeiterklasse in ihrer neuen Rolle als führende Kraft des sozialistisch-kommunistischen Aufbaus beizutragen.

Die KKE ist die politische Kraft, die in alle Organe der Arbeitermacht die Fähigkeit einführt, wissenschaftliche Prognosen aufzustellen und planmäßig zu handeln. Sie trägt weiters das politische Konzept für die Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Basis, der neuen sozialistischen Verhältnisse in Produktion und Verteilung, aller neuen sozialistischen-kommunistischen Verhältnisse hinein, die alle Bereiche der Organisation der Gesellschaft, die Bildung, die Kultur, die Beziehungen zwischen den beiden Geschlechtern, die Abschaffung des langjährigen Einflusses metaphysischer Dogmen usw. durchdringen.

Die Partei äußert durch ihre Mitglieder in jedem Bereich – die KNE entsprechend im Bereich der Lehrausbildung – ihre Meinung zu jedem Thema (z.B. Kandidaturen für die Organe, Fragen der Planung und der Rechenschaftslegung usw.)

Die Anerkennung und Verwirklichung der leitenden Rolle der Partei ist das Ergebnis ihres revolutionären ideologischen, politischen und organisatorischen Gefüges, das ständig im Leben unter Bewährung steht. Das dialektische Verhältnis zwischen revolutionärer Theorie und revolutionärer Praxis wird ständig geprüft. Dieses Verhältnis bedeutet:

Eine Partei mit einem grundsätzlichen Bekenntnis zur revolutionären kommunistischen Ideologie, dem Marxismus-Leninismus, aus der sie die Fähigkeit entwickelt, neue Phänomene zu erklären und den Klassenkampf zu leiten. Maßstab ist dabei die Notwendigkeit der Entwicklung und der Verankerung der neuen Produktionsweise, der Festigung des Sozialismus als untere Stufe des Kommunismus, des entscheidenden Sieges des gesellschaftlichen Eigentums über jegliche Form von Privateigentum und des endgültigen Sieges des Kommunismus.

Alle Ebenen der Partei setzen sich aus Arbeiterinnen und Arbeitern zusammen. Besonders unter Bedingungen relativer Stabilisierung der revolutionären Macht dürfen der Ausbau der organisierten Kräfte und die Erneuerung der Altersstruktur der Partei durch jüngere Mitglieder den mehrheitlichen Anteil der Arbeiter aus den produktiven Industriezweigen nicht verändern.

Die Zusammensetzung der Partei aus Arbeiterinnen und Arbeitern verbindet sich mit der kollektiven Verantwortung, dass alle Mitglieder ein hohes marxistisches Bildungsniveau besitzen, die Fähigkeit, die Partei, und insbesondere die höheren Organe, vor dem Eindringen von bürgerlichen ideologischen Konstrukten, reformistischen Tendenzen und opportunistischen Optionen zu schützen.

Eine Partei, die fähig ist, kommunistische Wissenschaftler hervorzubringen und zu erziehen, d.h. Vorreiterin bei der Entwicklung der Forschung, der Aneignung von neuem Wissen zu sein, aber auch bei der weiteren Anwendung ihrer Ergebnisse zu Gunsten des unumkehrbaren Sieges des Kommunismus. Leitungsorgane, die fähig sind, die Einheit der Klassenfrage und Wissenschaftlichkeit zu gewährleisten, als Voraussetzung, damit die Partei ihre revolutionäre Leitungsrolle ausüben kann.

Eine Partei, die fähig ist, ihre revolutionären Bindungen zur Arbeiterklasse, der Schöpferin des gesellschaftlichen Reichtums auszubauen und zu erneuern, und zwar unter neuen Bedingungen, unter neuen Wendungen des Klassenkampfes, bei jeder – positiven oder negativen – Veränderung des Kräfteverhältnisses im Inland oder international, unbeirrbar orientiert auf die endgültige Beseitigung des Privat- und des genossenschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln. Mit der Vorreiterhaltung ihrer Mitglieder und Kader trägt sie in der Praxis zur Entwicklung einer kommunistischen Haltung gegenüber der Arbeit bei.

Die KKE hat einen langen Weg hinter sich und einen langen Weg vor sich, weil „die Sache des Proletariats, der Kommunismus, die allseitig humanste, tiefste und weiteste Sache ist“.

Angenommen vom 19. Parteitag der KKE
11. – 14. April 2013

Impressum

Medieninhaberin und Verlegerin:

Partei der Arbeit Österreichs (PdA),
Rankgasse 2/5,
1160 Wien

pda@parteiderarbeit.at
www.parteiderarbeit.at

PdA
Partei der Arbeit
www.parteiderarbeit.at

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.“

Karl Marx / Friedrich Engels:
Manifest der Kommunistischen Partei

www.parteiderarbeit.at